

Benito Mussolini, Regula Stämpfli, Silvio Berlusconi, Franz Hohler

Nummer 9 – 28. Februar 2013 – 81. Jahrgang – Fr. 6.50 (inkl. MwSt.) – Euro 4.90

DIE WELTWOCH

80 JAHRE QUALITÄT



Minder, der tragische Held

Mit seiner «Abzocker»-Initiative wird Thomas Minder zum nützlichen Instrument der Linken. *Von Urs Paul Engeler und Philipp Gut*

Aber, aber, Frau Staiblin

Die Chefin des angeschlagenen Stromkonzerns Alpiq geht gleich nach Amtsantritt wieder monatelang in Mutterschaftsurlaub. *Von Andreas Kunz*

Mein Spion in Nachbars Garten

Drohnen für den Hausgebrauch – ein Selbstversuch. *Von Urs Gehriger*



ERLEBEN SIE DESIGN UND
BEWEGUNG IN VOLLENDUNG.

DER NEUE RANGE ROVER.

Von Grund auf neu konzipiert und doch unverkennbar ein Range Rover, bringt die vierte Generation der britischen Design-Ikone so einiges in Bewegung. Als weltweit erster SUV mit Vollaluminium-Monocoque-Karosserie wiegt er bis zu 420 kg weniger als seine Vorgänger und setzt damit neue Maßstäbe in seiner Klasse – was den Verbrauch wie auch das Handling betrifft. Der neue Range Rover fährt sich noch komfortabler und wirtschaftlicher. Dabei fällt er mit seinem aerodynamischen Design auf und lässt mit seinem noch luxuriöseren Interieur keine Wünsche, aber viel Platz für Fahrer und Passagiere offen. Am besten kommen Sie jetzt bei Ihrem Land Rover-Fachmann für eine Probefahrt vorbei.

www.landrover.ch



ABOVE AND BEYOND



Intern

Forscher sprechen von einer Revolution am Himmel. Drohnen haben in den letzten Jahren den Luftraum erobert. Bald könnten sie als Katastrophenhelfer, fliegender Transportdienst oder Kampfroboter unseren Alltag verändern. Aber auch als Spielzeuge finden Drohnen reissenden Absatz. Mit Kameras ausgerüstet, stossen sie rasch in juristische Grauzonen vor. Dabei geht es nicht bloss um die Lufthoheit über Nachbars Grill, sondern um Gefahren vor kriminellen Missbrauch. Vorschriften stecken zwar einen gesetzlichen Rahmen ab, vieles bleibt aber widersprüchlich und ungeklärt, wie Urs Gehrigler auf Testflügen



Testflug in Bern: Autor mit Drohne.

durch Bern erlebte. Während vor der US-Botschaft bereits das Starten der Rotoren Alarm auslöste, blieb ein Absturz auf dem Areal des Schweizer Nachrichtendienstes unbemerkt. Als er um Rückgabe seiner Drohne bat, wurde ihm diese sofort ausgehändigt. «Keine Ursache», sagte der Wachtdienst, «wir wünschen einen schönen Tag.» **Seite 44**

Jasmin Staiblin, CEO des grössten Schweizer Energieunternehmens Alpiq, verabschiedet sich wenige Wochen nach Amtsantritt in den Mutterschaftsurlaub. Bereits vor vier Jahren machte Staiblin Schlagzeilen, als sie ihre erste mehrmonatige Babypause einlegte, damals als Chefin von ABB Schweiz. Ist es ein Problem, wenn der CEO einer kriselnden Firma für eine vierzehnwöchige Babypause die Kommando-Brücke verlässt? Andreas Kunz sprach mit Wirtschaftsführern, Professoren und Headhuntern. Er versuchte, auch mit Staiblin und

den Verwaltungsräten der Alpiq über die Hintergründe dieses Präzedenzfalls zu reden. «Kein Kommentar», hiess es unisono. **Seite 30**

Thomas Minder heisst der Mann der Stunde. Der parteilose Schaffhauser Ständerat und Unternehmer hat als «Vater der «Abzocker»-Initiative» im Widerstand gegen das gesamte Polit- und Wirtschaftsestablishment bewie-



Mann der Stunde: Unternehmer Minder.

sen, dass er die Regungen der Volksseele zu lesen weiss. Minder hat Philipp Gut in Neuhausen am Rheinfall zu Gesprächen über Fussball, Vögel, seinen alten BMW M5, aber auch über Politik und Geschäft empfangen. Wie Urs Paul Engeler analysiert, wird Minder schon im Augenblick seines erwarteten Triumphs am Sonntag zum tragischen Helden mutieren. Die Linke ist drauf und dran, die «Abzocker»-Debatte auf ihre Mühlen zu leiten und eine Reihe von Vorstössen zu lancieren, die den Absichten und Überzeugungen des Initianten zuwiderlaufen. **Seite 9, 36**

Die Walliser sind derzeit nicht sonderlich gut auf die *Üsserschwizzer* zu sprechen. Nach der Lex Weber, die ihnen den Zweitwohnungsbau vermieste, droht das Ja zum neuen Raumplanungsgesetz. Die Walliser haben eine gesunde Abneigung gegen alles, was ihnen Bern vorschreiben will. Lucien Scherrer ist der Frage nachgegangen, was hinter dieser Haltung steckt. Die Gastfreundschaft hat trotz allem Groll auf die *Üsserschwiz* nicht gelitten. «Im Moment macht ihr uns zwar nur Probleme», erklärte ihm ein älterer Herr bei einem Glas Fendant, «aber deswegen bleiben wir euch immer noch eng verbunden.» **Seite 34**

Ihre Weltwoche

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: aboservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 225.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)
Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Paul Engeler, Urs Gehrigler, Andreas Kunz, Christoph Landolt, Daniela Niederberger, Alex Reichmuth, Markus Schär, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Florian Schwab, Lucien Scherrer, Mark van Huissing

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Markus Gisler, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, René Lüchinger, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller, Daniele Muscionico, Deborah Neufeld, Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Sacha Verna (*New York*), Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Adam Schwarz (*Leitung*), Verena Tempelmann, Nadja Schmid (*Assistentin*)
Layout: Tobias Schär (*Leitung*), Silvia Ramsay

Korrektorat: Cornelia Bernegger und Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits, Gregor Szyndler, Dieter Zwicky
Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*), Inga-Maj Hojajj-Huber, Raymond Kaufmann

Geschäftsführer: Sandro Rügger

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (*Leitung*), Christine Lesnik (*Leitung WW-Magazin*), Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: ADEXTRA

Tarife und Buchungen: Tel. 044 533 09 93, info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG, Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der Weltwoche-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt ist. Es schont damit Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

printed in
switzerland

Shortcut: Mit dem iPhone Weltwoche-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut



Passen Sie sich keinen Öffnungszeiten an. UBS e-banking.



**Jetzt für UBS e-banking anmelden
und 20 Franken* sichern**
www.ubs.com/online oder
Telefon 0800 868 402

Bankgeschäfte sind unser Handwerk seit 1862.

Mit UBS e-banking erledigen Sie Ihre Bankgeschäfte einfach, schnell und praktisch. Ob Zahlungen oder Börsenaufträge, mit UBS e-banking bleiben Sie jederzeit über Ihre Finanzen informiert. Profitieren Sie von unseren umfassenden Online Services. Gerne beraten wir Sie persönlich.



Best Bank in
Switzerland



Wir werden nicht ruhen



Italien

Das beeindruckende Comeback Berlusconi. Was der Bundesrat aus den italienischen Wahlen lernen sollte.

Von Roger Köppel

Demokratie ist, wenn es anders herauskommt, als Meinungsführer, Journalisten und tonangebende Politiker gedacht haben. Die italienischen Wahlen brachten viele Überraschungen, allen voran das faszinierende Comeback von Silvio Berlusconi, der in allen Zeitungen, die ich kenne, seit Jahren für erledigt und für unwählbar erklärt wird. Seine Aufholjagd auf Platz zwei, knapp hinter den sozialdemokratischen Sieger Pier Luigi Bersani, einen früheren Kommunisten, ist die interessanteste Nachricht des Wochenendes, weil die Italiener mit ihrer Berlusconi-Wahl eindrücklich demonstriert haben, dass sie über eine vitale, eigenständige Demokratie verfügen, die immun ist gegen Ratschläge von aussen und Einmischungsversuche von Leuten, die ihre eigenen ideologischen Vorurteile für das Mass aller Dinge halten. Dem von Brüssel favorisierten Technokraten Mario Monti, selber ein Meister der ironisch-verspielten Arroganz, erteilten die Italiener eine schroffe Absage, die europaweit Kopfschütteln auslöste. Sie wissen besser als Merkel und Co., welche Politiker für ihr Land gut sind.

Auch in den Pressekommentaren zu Italien kommt eine erstaunliche Verachtung der demokratischen Entscheide zum Ausdruck. Die besonnene *Neue Zürcher Zeitung* beschimpft die Wähler und spricht von «destruktiver Energie» und «politischen Rattenfängern». Sie fragt sich, ob man «den beachtlichen Zulauf für Berlusconi und Grillo» nicht «mit einer italienischen Lust an Frivolität und Selbstzerstörung erklären» müsse. «Erst der Albtraum, dann das Erwachen», schreibt die *Süddeutsche Zeitung* und kommentiert von oben: «Es regieren Populismus, Geschrei und Lüge».

Das Bemühen, die Gründe zu verstehen, weshalb die Italiener dem Polit-Berserker Beppe Grillo und dem angeblich abgewrackten Silvio Berlusconi rund 55 Prozent der Stimmen gaben, hält sich in Grenzen. Stattdessen sollen die unterbelichteten Südländer belehrt werden: «Italiens Wähler haben eine ganz simple Botschaft an der Urne hinterlassen: <Wir haben nicht verstanden.> Beschimpfen darf man sie deswegen nicht, sie leben in einem politischen Klima, das die Halbwahrheit befördert und die Satire zur Staatsräson erklärt.» So schrieben Kolonialherren über ihre Untertanen.



«Mehr direkte Demokratie.»

Kann es sein, dass die Chronisten irren? Kann es sein, dass die Italiener sehr wohl verstanden haben? Zwei Botschaften sind doch nach der Wahl zweifelsfrei erkennbar. Die erste ist eine schallende Ohrfeige an die politische Klasse. Wenn ein amtierender Komiker mit wilden Tiraden gegen Vetternwirtschaft in der Politik und unter anderem mit der Forderung nach mehr direkter Demokratie auf Anhieb 25 Prozent erreicht, artikuliert er ein offenbar weitverbreitetes Unbehagen. Die Italiener wissen höchstwahrscheinlich selber, dass der Antipolitiker Grillo nicht unbedingt die Idealbesetzung eines Regierungschefs abgibt, aber sie haben ihn trotzdem gewählt, weil ihnen die radikale Absage ans politische Establishment gefällt. Das ist nicht erstaunlich in einem Land, das seine Politiker und Beamten mit Privilegien und beträchtlichen Summen beglückt. Berlusconi selber hat mit Kampfansagen gegen die Bürokratie und zu hohe Steuern mehrmals Wahlen gewonnen, wenn auch nicht die erhofften Resultate geliefert. In Wahlen kommt es auf die Botschaft an.

Die zweite Erkenntnis lautet: Die Italiener wollen nicht von Brüssel aus ferngesteuert werden, sondern mehr Unabhängigkeit für die Lösung ihrer eigenen wirtschaftlichen Probleme. Monti wurde als professoraler Statthalter der EU empfunden, als etwas blutleerer, wenn auch intelligenter Apparatschik, der zwar dauernd von Reformen redete, die eine oder andere Reform auch durchdrückte, vor allem aber die Steuerquote von 42,5 auf 45,1 Prozent des Bruttosozialprodukts erhöhte. Merkel, Barroso und die meisten Chefredaktoren hätten Monti gewählt, was wiederum zeigt, wie weit sich die Euro-Elite von den

gewöhnlichen Leuten entfernt hat. Dass Berlusconi in Brüssel angeblich so verhasst ist, war für die Italiener erst recht ein Grund, ihn, den «Cavaliere», zu wählen (dies aber bei den Umfragen zu verschweigen). Der Nationalstaat bleibt eine Realität in Europa. Der in Berlin, Brüssel und Paris geschmiedete Plan, die europäischen Probleme durch noch mehr EU und noch mehr Zentralismus zu lösen, ist an den italienischen Urnen zurückgewiesen worden. Auch die Italiener wollen zurück zum Kontrollier- und Überschaubaren.

Weniger Europa, weniger *Classe politique* und mehr Mitsprache für die Bürger: Das sind wichtige Botschaften dieser Wahl. Kein Lager bekam ein klares Mandat. Darin drückt sich ein allgemeines, nachvollziehbares und durchaus vernünftiges Misstrauen gegenüber der Politik aus. Die Schweiz hat auf solchen Instinkten ihren Staat aufgebaut, dabei aber das Volk als Souverän mit greifbaren Entscheidungsgewalten installiert. In Italien fehlen die entsprechenden Instrumente, aber ein Bedürfnis danach ist sichtbar. Die EU-Krise hat die Ohnmachtsgefühle der Bürger in den meisten repräsentativen Demokratien verschärft. Je eigenmächtiger Brüssel, Berlin und Paris für alle entscheiden, je weniger die Leute das Gefühl haben, noch etwas zu sagen zu haben, desto heftiger meldet sich der Widerstand. Den Urschrei der Wähler gegen die Eliten verkörpert in Italien modellhaft der Komiker Beppe Grillo. Man sollte die Signale ernst nehmen. In Grossbritannien lenkte Regierungschef David Cameron ein und versprach den Wählern eine Volksabstimmung über die EU-Zugehörigkeit des Landes. Mehr direkte Demokratie ist in Europa das Gebot der Stunde.

Der Wahlausgang wird von Medien und Politikern wahrscheinlich dramatisiert. Sicher stimmt es, dass die Regierungsbildung harzig wird. Allenfalls drohen baldige Neuwahlen. Die italienische Politik war noch nie eine sonderlich effiziente Maschine. Ironischerweise lieferte der vielkritisierte Testosteronpolitiker Berlusconi in den letzten zwanzig Jahren die stabilsten Verhältnisse. Man wird allerdings davon ausgehen dürfen, dass sich die Italiener auch aus dieser Lage wieder irgendwie herauswursteln werden. Not macht erfinderisch. Für Brüssel freilich bedeuten diese Wahlen eine schlechte Nachricht: Das politische Fundament des europäischen Projekts bröckelt. Die EU erweist sich als Schönwetterkonstrukt, von dem sich die Leute in schwierigeren Zeiten abwenden.

Bevor der Bundesrat alles unternimmt, um das neben Deutschland vermutlich einzige wirklich funktionierende Land Europas, die Schweiz, enger an den wankenden Koloss zu binden, sollte er zur Kenntnis nehmen, dass sich immer mehr Europäer, wenn man sie denn dazu fragt, von der EU entfernen.



Drohne über Bern: Bundeshaus. Seite 56



Kampfbereite Walliser: Grimselpass. Seite 34



Wieder da: Populist Berlusconi. Seite 13



Babypause: Alpiq-CEO Staiblin. Seite 30

Kommentare & Analysen

- 5 **Editorial**
- 9 **Kommentar** Der nützliche Idiot
- 9 **Im Auge** Oscar Pistorius, der Titanmensch
- 10 **Kommentar** Affront für alle, die ehrlich arbeiten
- 11 **Personenkontrolle** Widmer-Schlumpf, Ambühl, Tuor etc.
- 11 **Nachruf** Otfried Preussler, Kinderbuchautor
- 12 **Italien** Kompromisse im Hinterzimmer
- 13 **Berlusconi** Italiens de Gaulle
- 14 **Die Deutschen** Brüsseler Hafen
- 14 **Wirtschaft** Private und öffentliche Schulden
- 17 **Ausland** Die Grösse der Türkei
- 18 **Mörgeli** «Inobhutnahme» von Kindern der Landstrasse
- 18 **Bodenmann** Der Volkszorn wird zunehmen
- 19 **Medien** Warum sind TV-Quoten wichtig?
- 19 **Gesellschaft** Fantasien vor Gericht
- 20 **Grundbegriffe des Lebens** Gerechtigkeit – von Linus Reichlin
- 22 **Leserbriefe/** Darf man das?

Hintergrund

- 24 **Trag Sonne im Portemonnaie**
Ein «Dream-Team» prägt die Energiepolitik des Parlaments
- 28 **«Als Ingenieur tut mir das weh»**
ETH-Professor Anton Gunzinger und die Energiewende

30 Aber, aber, Frau Staiblin

Alpiq-Chefin Jasmin Staiblins Mutterschaftsurlaub

32 Störfaktor im IV-Apparat

Selbständige Invalide werden vom System bestraft

34 Alles für das Wallis!

Die Walliser wehren sich lautstark gegen eine Einmischung

36 Thomas Minder, der tragische Held

Wer ist der «Vater der <Abzocker>-Initiative»?

40 «Schon ein sehr hohes Abgangspaket»

US-Unternehmensberaterin Ferracone über Managerlöhne

42 Bildung Gewerbeverband vs. Avenir Suisse

43 Rohstoffe Geschäfte mit dem Hunger

44 Der Spion vor deinem Fenster

Flugversuche mit einer privaten Drohne in Bern

48 Die Stolpersteine der Liebe

Warum meistens alles schiefgeht. Ein Erfahrungsbericht

52 Zwischen Damokles und Hydra

Buchauszug aus «Antifragilität» von Nassim Nicholas Taleb

54 Zeitgeschichte Weltwoche-Artikel vom 26. September 1940

55 Essay «Das Ende der Männer und der Aufstieg der Frauen»

56 Genosse Mussolini in der Schweiz

Der Faschist radikalisierte sich im linksextremen Milieu

60 «Fürchte den Steuereintreiber»

Tito Tettamanti über den Geldhunger der Mächtigen



«Tun statt nachdenken»: Ex-Trader und Autor Taleb. Seite 50

Interview

50 «Hochschulen sind ein Betrug»

Bestsellerautor Nassim Nicholas Taleb sagt, warum er das steigende Ausbildungsniveau in der Schweiz für schädlich hält

Stil & Kultur

62 Stil & Kultur Lieblingsbilder: Elizabeth Taylor

64 Bestseller

64 Kunstgeschichte Die Autorenschaft der Esther-Rolle ist geklärt

65 Satire Franz Hohler, 70, und das wahre Dilemma der Schweiz

65 Jazz Wayne Shorter Quartet

66 Top 10

66 Kino «The Impossible»

67 Radio-Kritik «Kontext»

68 Namen Von Karl Lagerfeld bis Evelyne Binsack

69 Hochzeit Maya Onken über den Seitensprung

69 Thiel Selbstbeauftragte

71 Im Gespräch Fabio Cattaneo, Weinhändler

72 Wein Clos Floridène (Dubourdieu) Grand Vin de Graves 2011

72 Die Besten Bleiben Sie auf dem Teppich

73 Auto Maserati Gran Turismo S Automatik

74 MvH trifft Patrick Liotard-Vogt, Unternehmer

Autoren in dieser Ausgabe

Rolf Dobelli



Der 46-jährige Ökonom und Buchautor ist Mitbegründer der Firma Get Abstract, die sich seit 1999 zum weltweit führenden Anbieter von Buchzusammenfassungen entwickelt hat. Für diese Ausgabe hat Dobelli den ehemaligen Trader und Bestsellerautor Nassim Nicholas Taleb gesprochen. Seite 50

Tito Tettamanti



Der 83-jährige Financier, einst Tessiner CVP-Regierungsrat, blickt auf eine erfolgreiche Karriere als Unternehmer zurück. In seinem Essay schreibt der Tessiner anhand historischer Vergleiche über die Geldgier des Staates und die Plünderung des Steuerzahlers. Seite 60

Neu im iKiosk!



Lesevergnügen jetzt auch unterwegs. Abonnenten haben unbeschränkten Zugriff auf alle Artikel, Bilder und Grafiken.

DIE WELTWOCH
80 JAHRE QUALITÄT



Festival La Perla: «Aida»

Vom 9. bis 18. August 2013 findet das Opern-Spektakel «Festival La Perla» am Seequai in Pfäffikon ZH statt. Aufgeführt wird die Oper «Aida» in vier Akten von Antonio Ghislanzoni, Musik von Giuseppe Verdi, inmitten einer beeindruckenden Naturkulisse.

Das Open-Air-Highlight mit über 200 Mitwirkenden – nur 20 Minuten von Zürich entfernt.

Wenn im Jahr 2013 der 200. Geburtstag von Giuseppe Verdi (1813–1901) gefeiert wird, gelangt sein Meisterwerk «AIDA» zu einer Neuaufführung an einem der schönsten Seen der Schweiz: In Pfäffikon ZH, weniger als eine halbe Stunde von Zürich entfernt, wird dazu eine Seebühne aufgebaut. Auf der Tribüne finden pro Vorstellung 3900 Gäste Platz. Insgesamt werden an den acht Aufführungen über 30 000 Festivalbesucher in den Genuss der puristischen «Aida»-Inszenierung kommen.

Namhafte Solistinnen und Solisten werden dabei auftreten, unter anderem Paolo Battaglia, Manrico Signorini, Tiziana Carraro, Sanja Anastasia, Gustavo Porta, Ernesto Grisales, Franco de Grandis, Gregor Rozycki, Marcello Lippi, Gianfranco Montresor, Oreste Cosimo, Vilislava Gospodiva, Noëmi Nadelmann und Barbara La Faro.

Das neue Klassik-Highlight soll in der Schweizer Kulturszene einen festen Platz bekommen. Worauf sich die Besucherinnen und Besucher freuen dürfen, wird in einer 1:45-minütigen Simulation eindrucksvoll bereits heute gezeigt: Die 300 m² grosse Opernbühne und die 3900 Zuschauer fassende Sitzplatztribüne sind in allen Details zu sehen – vollbesetzt mit Zuschauern und dem Orchester – mit der Naturumgebung mit Bäumen, Wiesen und dem See. Veranstalter George Egloff erklärt: «Es war uns ein Anliegen, unsere Produktion schon jetzt anschaulich zeigen zu können. Dies, weil das Festival ja noch nie stattgefunden hat. Hierfür setzen wir modernste virtuelle Grafik ein.»

Zu sehen ist die Animation auf der Website www.festival-la-perla.ch und auf der Facebook-Page [facebook.com/festivallaperla](https://www.facebook.com/festivallaperla).

Weltwoche-Spezialangebot

**Festival La Perla: «Aida»
vom 9. bis 18. August 2013**

Festivaltickets vom
11. und 18. 08. 2013 10 % reduziert

Premium	Fr. 224.10 anstatt Fr. 249.–
Kategorie A	Fr. 179.10 anstatt Fr. 199.–
Kategorie B	Fr. 152.10 anstatt Fr. 169.–
Kategorie C	Fr. 80.10 anstatt Fr. 89.–

Veranstaltungsort
Seebühne Pfäffikersee, Pfäffikon ZH

Anmeldungen
www.weltwoche.ch/platinclub

Veranstalter
Festival La Perla AG
www.festival-la-perla.ch

Infos und Tickets
unter www.festival-la-perla.ch

Der nützliche Idiot

Von Urs Paul Engeler — «Zum Schutz des Privateigentums» hat Thomas Minder die «Abzocker»-Initiative lanciert. Seine linken Verbündeten haben das Anliegen ins Gegenteil gewendet.



Verführerische Wirkung des wirkungslosen Mittels: Initiant Minder.

Am Sonntag wird er wohl noch jubeln können, wenn die Bürger sein Volksbegehren «gegen die Abzockerei» gutgeheissen und die Bundesverfassung mit einem Wust von Bestimmungen über die staatlich verordnete Lohnpolitik in Schweizer Aktiengesellschaften aufgebläht haben. Gut möglich, dass sogar von einem «Triumph» geredet und geschrieben werden wird. Sicher wird Sieger Thomas Minder auf die rasche und buchstabengetreue Umsetzung des ellenlangen Textes pochen.

Das allerdings ist noch das kleinste aller Übel. Die Aktionärinnen und Aktionäre, die Eigentümer der Gesellschaften, müssen jährlich über die Entschädigungen der Firmenführer und Beiräte abstimmen und Neuwahlen in die Organe der Gesellschaft vornehmen. Das wird bürokratisch und kostentreibend, ist aber nicht geeignet, Veränderungen zu erzwingen, wie Erfahrungen in der Schweiz und im Ausland belegen. Keine einzige Aktionärsdemokratie hat bis dato eine Kürzung der Managergehälter oder eine interne Revolution bewirkt, solange die Zahlen des Unternehmens stimmen.

Das hat auch die Linke schon früh erkannt. «Die Minder-Initiative löst das Abzocker-Problem nicht», warnten die Jungsozialisten (Juso) noch vor kurzem. Der Vorstoss, kritisiereten sie, wolle nämlich nur eines: «Die Macht der Aktionäre/-innen stärken.» Trotzdem

wirbt die SP, mit alt Juso-Präsident Cédric Wermuth an vorderster Front, derzeit für eine möglichst hohe Zustimmung zum Projekt, das sie als verfehlt bezeichnen.

Perfekte Kulisse fürs eigene Geschäft

Die Sozialisten, muss man wissen, sind verschlagen. Sie haben die verführerische Wirkung des wirkungslosen Mittels entdeckt und benutzen die Initiative des Unternehmers Minder als perfekte Kulisse, hinter der sie ihr eigenes Geschäft betreiben. Sie wollen keineswegs die Aktionäre stärken, die ihnen als Firmeninhaber ebenso verhasst sind wie die Manager. Im Gegenteil: Sie ergreifen die Gelegenheit, um die Schweiz mit noch mehr Sozialismus und Gleichmacherei zu überziehen.

Der Text des Volksbegehrens, das korrekt «Aktionärs-Initiative» lauten müsste, kümmernt die Neidgenossen darum gar nicht. Es gehe, erklärte SP-Präsident Christian Levrat eine Woche vor dem Urnengang voffreudig, weniger um den Inhalt als um den «esprit» der Initiative, der im deutschen Titel «Abzocker» so schön zum Ausdruck komme, um das «Signal» oder um den «Grundstein» für eine ganze Serie von weitergehenden Umwälzungen im Sinne der Linkspartei: Mit einer «Bonussteuer», die Firmen zusätzlich zu entrichten

»» Fortsetzung auf Seite 10

Lebenslügen



Oscar Pistorius, Titanmensch.

Ob Oscar Pistorius, der in der St. Valentinsnacht seiner Geliebten Reeva Steenkamp mit drei Schüssen aus seiner Parabellum durch die Türe der 1,4 mal 1,4 Meter engen Toilette das Leben nahm, ein vorsätzlicher Mörder ist oder in Paranoia handelte, weil er einen Einbrecher im Haus wähnte, weiss nur Oscar Pistorius. Auch weil die Ermittler bei der Spurensicherung geschlampt haben. Der «Blade Runner», dem schon als Baby die missgebildeten Unterschenkel amputiert wurden, der sein Handicap mit hochtechnologischen Beinwerkzeugen aus Titan überwand und damit fast übermenschlich schnell laufen lernte und sich seiner doch niemals sicher war: ein moderner weisser Othello, ein Zweifler hinter der Arroganz des Machos? Zum teuflischen Schlussstrich getrieben von seiner Eifersucht? Diesem Explosivgemisch – Shakespeare sprach vom «grünäugigen Monster» – aus Wut und Verletzung, Besitzzwang und Verlustangst, das als uncooles Gefühl gilt, als finstere gesellschaftliche Peinlichkeit, obwohl es in jedem steckt. Der Vergleich mit O.J. Simpson ist naheliegend. Der schwarze US-Football-Star kam als einziger Täter für den Messermord an seiner weissen Ex-Frau und deren Liebhaber in Frage. Seine Anwälte suggerierten ein rassistisches Komplott, das Geschworenengericht sprach ihn frei. Pistorius hingegen wird von Berufsrichtern abgeurteilt.

Könnte er sich, als Ultima Ratio, darauf hinausreden, unter dem Einfluss von Anabolika gehandelt zu haben, die aggressiv machen? Dann würde er auch noch seine Grossartigkeit als Sportler verlieren, das Einzige, was ihm bleibt. Im Olymp der Selbstzerstörer des Sports ist ihm ein Platz neben Maradona und Armstrong gewiss. Von Frauen kann er sich kein Verständnis erhoffen. Am Pranger steht aber ganz Südafrika. Die berühmteste Südafrikanerin, die Hollywood-Schauspielerin Charlize Theron, versucht zu erklären: «Alle haben hier Waffen, sie sind Alltag. Wenn die Leute irrational und emotional werden, geschehen fürchterliche Dinge.» Wie das Drama ihrer Eltern. Charlize war 15, als ihre Mutter den gewalttätigen Vater erschoss. Peter Hartmann

hätten, sollten die Löhne auf maximal eine Million beschränkt werden. Darüber hinaus bedeute die Minder-Initiative den Auftakt zweitens zur Juso-Initiative, die in der Verfassung die Lohnspanne auf den maximalen Faktor zwölf begrenzen will, drittens zur gewerkschaftlichen Mindestlohn-Initiative (52 000 Franken pro Jahr), viertens zur links-grünen Erbschaftssteuer-Initiative und schliesslich zur SP-Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung reicher Ausländer. «Je höher der Ja-Anteil», verkündete Levrat, umso zügiger komme sein dunkelrotes Gesamtprogramm voran: «Die <Abzocker>-Initiative ist nicht das Ende der Diskussion um [...] Gehälter, sondern deren Anfang.»

Der gute Thomas Minder, ein konservativer Mann aus rechtsfreisinnigem Haus, parteiloser Ständerat in der SVP-Fraktion, der Erbe, Verwaltungsrat und Geschäftsführer der beiden Neuhauser Körperpflegefirmen Trybol AG und Dianam S. A., hat den Linken das elektrisierende Stichwort «Abzocker» geliefert und ihnen als begnadeter Einpeitscher auch das Terrain für neue staatliche Eingriffe geebnet, die seinen Ideen und Interessen diametral entgegenlaufen. So hat er sich im Ständerat vehement («Tubel-Vorschläge!») gegen den Antrag einer Bonussteuer gewehrt, die nicht den Aktionär stärkt oder das Unternehmen, sondern allein den Fiskus.

Nur: Minder, der Unternehmer, der neue Steuern bekämpft, ist längst nicht mehr Herr seiner politischen Aktion. Der Aussenseiter hat die verheerende Neidwelle angestossen, die übers Land schwappt, er hat die Wogen, Auftritt für Auftritt, verstärkt – und wird nun von ihnen mitgerissen. Je erfolgreicher der Missionarische für seine Initiative, gegen die Wirtschaftsverbände und gegen die bürgerlichen Parteien kämpft, umso weiter entfernt er sich von seinem eigentlichen Ziel. Längst führt die militante Linke, mit der er sich so unselig verbündet hat, Regie; Sie bestimmt die Agenda. Der Urheber selbst ist nicht mehr Autor, sondern nur noch populärer Protagonist, der am Sonntagabend, bereits während der Feier, politisch erledigt und ausgewechselt ist.

Die Geschichte «zum Schutz des Privateigentums» hat sich ins Absurde gewendet. Je mehr Stimmen Minder macht, umso sicherer werden, wie der Vorsitzende Levrat doziert hat, die Sozialisten ihr Werk vollenden. Der Unternehmer hat das Geschäft der erklärten Gegner der freien Wirtschaft betrieben. Das ist politisch fatal, persönlich ein Fiasko.

Wenn Thomas Minder gewinnt und trotzdem jubelt, dann ist er einer der tragischsten Triumphatoren oder, einfacher: ein nützlicher Idiot.

Wer ist Thomas Minder? Seite 36

Kommentar

Affront für alle, die ehrlich arbeiten

Von Martin Schubarth — Das Bundesgericht schützt einen renitenten Sozialhilfebezüger, der nicht arbeiten will, mit alltagsfernen Argumenten. Das Urteil geht am Problem vorbei.

Viele Schweizer leben in bescheidenen Verhältnissen. Sie bemühen sich um Arbeit. Den Gedanken, sich ans Sozialamt zu wenden, weisen sie von sich. Wirklich Bedürftigen steht ein Recht auf Sozialhilfe zu. Dagegen hat niemand etwas einzuwenden. Doch wer ist wirklich bedürftig? Kann jemand Sozialhilfe beziehen, der keine zumutbaren Anstrengungen unternimmt, selbst das Nötige zu verdienen? Und der sich um Beratungstermine fouthert?

Ein Fall aus dem Kanton Aargau hat jüngst Staub aufgewirbelt. Danach soll sich ein arbeitsscheuer junger Mann, dem die Sozialhilfe von der Gemeinde entzogen worden war, bis zum Bundesgericht durch die Instanzen gekämpft und dort – genauer bei der bundesgerichtlichen Zweigniederlassung in Luzern, vormals eidgenössisches Versicherungsgericht – schliesslich recht bekommen haben.

Nimmt man sich die Mühe, das Urteil des Bundesgerichtes (8C_500/2012) zu lesen – eine Aufgabe, der offenbar nicht jeder Journalist gewachsen ist –, sieht die Sache allerdings etwas anders aus. Nicht der Sozialhilfeempfänger, sondern die Gemeinde hat ans Bundesgericht rekurriert, nachdem bereits das Aargauer Verwaltungsgericht wie bereits zuvor das Bezirksamt weitgehend gegen die Gemeinde entschieden hatte.

Worum ging es? «Der 1990 geborene L. bezieht seit Juni 2008 Sozialhilfe der Gemeinde X. Mit Verfügung vom 26. September 2011 stellte der Gemeinderat die materielle Hilfe für den Lebensunterhalt und die Miete wegen rechtsmissbräuchlichen Verhaltens mit Wirkung auf den 30. September 2011 ein; die medizinische Grundversorgung wurde aufrechterhalten.» Auf Beschwerde hin verneinte das zuständige Bezirksamt ein rechtsmissbräuchliches Verhalten des Sozialhilfebezügers. Wegen der Nichtbeachtung von Auflagen und Weisungen bezüglich der Einhaltung von Gesprächsterminen beim Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) und der sehr schwierigen Zusammenarbeit ordnete es indes eine Kürzung des Grundbedarfs für die Dauer von drei Monaten an.

Behörden und Steuerzahler verschaukelt

Ein ungutes Gefühl bleibt. Der Betroffene hat – das ist gerichtlich festgestellt – mehrere Beratungstermine nicht eingehalten. Er war aufgefordert worden, sich intensiv um eine Arbeitsstelle zu bemühen und seine Bewerbungsunterlagen mit Hilfe des RAV zu überarbeiten. Er hat bereits früher mehrfach Weisungen missachtet. Er wurde wegen Sozialhilfebetrugs bestraft, da er neben der Sozialhilfe auch Arbeitslosengeld bezogen hatte. Zweimal weigerte er sich, zu einem Gespräch mit der Gemeinde zu erscheinen.

Sollte es zutreffen, dass dieses renitente Verhalten nicht genügt, um einem Sozialhilfebezüger den Geldhahn abzudrehen, dann stimmt etwas nicht im Sozialhilferecht. Ein solches Ergebnis ist ein Affront nicht nur für alle ehrlich Arbeitenden, die mit ihren Steuern die Sozialhilfe und die vergeblichen Anstrengungen der Gemeinde finanzieren, sondern überdies gegenüber den Leuten in der Gemeinde, die sich um den Betroffenen bemühen.

Hatte das Bundesgericht wirklich keine Möglichkeit, den Fall von Grund auf zu prüfen und dem Betroffenen eine klare Botschaft zu übermitteln? Ein Urteil, das sich vor allem mit Fragen der Gemeindeautonomie und des Rechtsmissbrauchs herumschlägt, statt auf den Kern des Problems einzugehen, dient der Sache nicht. Der Betroffene sieht sich in seiner Haltung des fremdfinanzierten dolce far niente bestätigt. Und die Behörden, die sich offenbar schon lange mit diesem Müssiggänger herumschlagen müssen, kommen sich verschaukelt vor.



Wer ist wirklich bedürftig? Bericht im Blick.

Personenkontrolle

Widmer-Schlumpf, Ambühl, Tuor, Strehle, Fehr, Meienberg, Binswanger, Leuenberger

Positiv am eben erschienen Bericht 2013 des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen (SIF) ist, dass die 38 Seiten nur 16 700 Franken gekostet haben. Stirnrunzeln hingegen generiert das von einem Sektionschef der Bundeskanzlei angefertigte farbige Titelbild, das den Amtssitz von Finanzministerin **Eveline Widmer-Schlumpf** (BDP) und Staatssekretär **Michael Ambühl** unter bedrohlich düstergrauen Wolken zeigt. Vollends misstrauisch macht schliesslich der Hinweis von SIF-Sprecher **Mario Tuor**, wonach der Bericht nicht zwecklos sei: Vor allem ausländische Behörden



Bedrohlich: Ambühl, Widmer-Schlumpf.

fragten die Broschüre, die einem Katalog der laufenden und der künftigen Schweizer Kapitulationen gleichkommt, gerne nach. (*upe*)

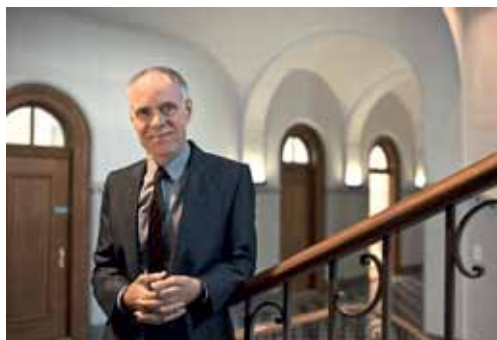
«Jetzt spricht **Res Strehle**», verspricht das Fachblatt *Schweizer Journalist* in seiner aktuellen Ausgabe. Offensichtlich kann man auch sprechen, indem man schweigt. Der *Tages-Anzeiger*-Chef bringt es fertig, jeder kritischen Frage zu seiner linksextremen Vergangenheit, seinen nachweislichen Terroristenbekauntschaften und seiner vielfach dokumentierten Gewaltrechtfertigung auszuweichen und wortreich auf anderthalb Seiten so gut wie nichts zu sagen. Im Originalton klingt das dann so. Frage: «Wissen Sie, Herr Strehle, ich habe jetzt als einziger Journalist die Chance, Ihnen dazu Fragen zu stellen. Und das Thema interessiert nicht nur die *Weltwoche*, sondern auch andere bis hinein in Ihre Redaktion.» Antwort Strehle: «(schweigt)». Der Fragesteller lässt nicht locker. Ein paar Zeilen weiter unten sagt er: «Aber Sie fragen Führungsfiguren wie Christoph Blocher oder Sergio Ermotti auch nicht, wann ihnen gerade eine Debatte passt.» Antwort Strehle: «Nochmal: Ich bitte Sie, meine Souveränität in dieser Frage zu respektieren.» Darauf der Fragesteller: «Mein Hinweis lautet, Sie bewegen sich damit im



Schweigt wortreich: Tages-Anzeiger-Chef Strehle.

Widerspruch zu Ihrem Beruf.» Antwort Strehle: «(schweigt)». Doch dann, mitten im rauschenden Schweigen, sagt der *Tagi*-Chef: «Es gibt auf die Gewaltfrage nicht nur eine apodiktische Antwort: ja oder nein. Die Skala zwischen der Gewaltfreiheit eines Dalai Lama und dem militärischen Weg der kurdischen Arbeiterpartei PKK oder dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus ist breit. Es wäre interessant zu diskutieren, was in welcher historischen Situation mehr Erfolg verspricht.» Dass Strehle die Gewalt von Terrorgruppen wie der deutschen RAF aus tiefster Überzeugung verteidigte, kann man etwa in **Marianne Fehrs** Biografie über **Niklaus Meienberg** nachlesen. Wir empfehlen die Lektüre insbesondere dem früheren *Weltwoche*-Redaktor **Daniel Binswanger**, der in der letzten *Magazin*-Beilage des *Tages-Anzeigers* behauptet, die *Weltwoche* habe «hier ein frei erfundenes Lügengebäude gezimmert». Der Kollege irrt nachweislich. Die Zitate stammen wörtlich aus Fehrs Biografie «Meienberg», Limmat-Verlag, Seite 389 f. (*gut*)

Der Verdacht, dass alt Bundesrat **Moritz Leuenberger** (SP) sich rechtzeitig vor einem Ja zur «Abzocker»-Initiative von der Gilde der grossen Geldbezüger verabschiedet hat, ist falsch. Leuenberger (66) verlässt zwar nach nur zwei Amtsjahren den Verwaltungsrat des Baukonzerns Implen AG, kassierte 2012 dort jedoch nur ein Honorar von 160 000 Franken. Allerdings hielt der Einsatz des zu Genuss und Musse neigenden Politikers sich in engsten Grenzen. Gemäss Implen-Geschäftsbericht (Seite 128) tagte das «Nachhaltigkeitskomitee», das Leuenberger zu präsidieren hatte, kein einziges Mal. (*upe*)



Stressfrei: alt Bundesrat Leuenberger.

Nachruf



Mit dem Herzen: Autor Preussler.

Otfried Preussler (1923–2013) — Er ist der Räuber, den Eltern in die Kinderzimmer bitten: Hotzenplotz, einschlafen kann man nur mit ihm. Denn im Traum ist man mit Hotzenplotz' Pfefferpistole das stärkste Mädchen der Welt. Und als man Jahre später feststellt, dass der grosse Schauspieler Gert Fröbe Hotzenplotz sein Gesicht leiht, ist bewiesen: Alle Menschen lieben Otfried Preussler. Fünfzig Millionen auf jeden Fall, so viele Bücher hat der Schöpfer des sanftmütigsten Langfingers weltweit verkauft.

Die Wurzeln seiner Geschichten finden sich in seiner Kindheit. Im nordböhmisches Reichenberg, dem heutigen Liberec, kommt Preussler 1923 zur Welt. Geschichten werden viele erzählt in seiner Familie: Oma Dora erfindet gerne Schwänke und weckt Otfrieds Fantasie. Vater Josef sammelt als Heimatforscher die Sagen des Isergebirges. In seiner Bibliothek verschlingt das Kind Lyrik von Eichendorff, aber auch die Abenteuer von Karl May. Hier entsteht der Stoff für den Zauberlehrling Krabat, die kleine Hexe, Hotzenplotz.

So klein seine Figuren auch sein mögen – Hexe, Gespenst und Wassermann –, Otfried Preussler gab Kindern stets das wunderbare Gefühl, selber gross zu sein. Und er belehrte sie, doch nicht mit dem Zeigefinger, sondern mit dem Herzen. Als er 89-jährig am Chiemsee verstarb, wartete im Olymp der deutschen Kinderbuchautoren sein freier Platz auf ihn zwischen Erich Kästner und Michael Ende. Und das kleine Gespenst fand endlich einen Freund. *Danièle Muscionico*

Cari amici!

Von Dirk Schümer — Beppe Grillo ist weniger unterhaltsam als ein Teppichverkäufer. Die Linke begeht Harakiri. Berlusconi entflieht dem Gefängnis, und Italien bleibt eine Avantgarde der Politik.



Wettstreit unter Männern im Rentenalter: Luigi Bersanis sozialdemokratische Helfer.

War Italien je regierbar? Das frage ich mich, wenn ich am Tag nach der Wahl überall das Wort *ingovernabile* lese. Seit 150 Jahren hatte dieses schöne Land eigentlich nur unter Mussolini eine starke Regierung, und das ist Italien sehr übel bekommen. Seither ist das Land kreativ gespalten zwischen links und rechts, Nord und Süd, katholisch und atheistisch, Reich und Arm, legal und illegal – und vor allem: zwischen Politikern und Bürgern. Dieser Unwille mit der *casta* hat Beppe Grillo seinen Sieg mit 25 Prozent Stimmen beschert. Aber ist das wirklich ein Sieg? Bei seinen fantastisch gut besuchten Wahlreden brüllt und kreischt Grillo, den man komischerweise einen Komiker nennt, wie in Trance und beschimpft das Establishment. Ein Prediger ist besinnlicher, ein Teppichverkäufer unterhaltsamer. Doch Grillo war die einzige Alternative zum verkrusteten System. Jetzt weiss keiner, ob in der Wundertüte dieses «Movimento 5 Stelle» Zündstoff für radikale Reformen steckt – oder folgenlose Totalverweigerung. Wahrscheinlich wissen das nicht einmal Grillos Leute selbst.

Nur Berlusconi weiss genau, was er will. Er will nicht *in galera* gehen, auf Deutsch: in den Knast. Nur darum ist der alte Mann noch einmal angetreten, und sein treues Elektorat hat ihm genau die Sperrminderheit beschert, um

den Padrone trotz eines laufenden Prozesses wegen sehr junger Prostituiertes und trotz eines Urteils wegen Steuerbetrugs vom Gefängnis fernzuhalten. Diese Motivlage ist immerhin nachvollziehbar. Warum allerdings die italienische sogenannte Linke wieder einmal Harakiri beging, ist schon rätselhafter. Es gab in Gestalt von Matteo Renzi, dem Bürgermeister von Florenz, endlich einen jungen Hoffnungsträger, der Obamas Motto ins Italienische übersetzt hätte: «Sì, si può!»

Aber Renzi konnte dann doch nicht, weil der 37-Jährige bei den Vorwahlen vom alten Parteilosoldaten Pier Luigi Bersani geschlagen wurde. Seitdem war klar: Diese Wahl wird ein zäher Wettstreit zwischen vier Männern im Rentenalter, von denen Silvio immerhin der Unterhaltsamste ist. Jetzt sagen Strategen der Linken, man brauche schnell eine grosse Koalition zwischen Renzi und Berlusconis Erben Alfano. Typisch italienisch: Die Gewählten wollen sich drücken und schicken die Geprügelten an die Front.

Typisch auch der linke Multifunktionär Enrico Letta (sein Onkel ist Berlusconis rechte Hand), der eine Stunde nach Schliessung der Wahllokale eine Neuwahl verlangte – mit geändertem Wahlgesetz. Will die Kaste wirklich so lange am System schrauben, bis die erwünschte Mehrheit herauskommt? Wieso

können sich die hasserfüllten Lager nicht einigen wie in anderen zivilisierten Ländern? Der Steuern zahlende Norden müsste sich mit dem subventionierten Mezzogiorno einigen, die viel zu vielen Beamten müssten Einschränkungen hinnehmen und die Unternehmer ehrlich Beiträge zahlen. Ist dieses bisschen staatliche Modernität zu viel verlangt?

Im Programm sind die Gräben zwischen Berlusconi und der Linken ohnehin sehr seicht. Darum haben beide Lager einträchtig auch fast zwei Jahre lang Mario Monti gestützt, um den Ökonomen die schlimmste Drecksarbeit, also eine Art Sparpolitik, erledigen zu lassen. Montis Unpopularität konnte man sich vorher ausrechnen, jetzt ist sie amtlich bei neun Prozent. Und er ist gar nicht so missgelaunt, denn nun kommen wieder die Märkte ins Spiel: Börse runter, Schuldzinsen rauf, Vertrauen der Anleger im Eimer. Es wird sich erst noch zeigen, ob es zum vermeintlichen Loser Monti eine Alternative gibt.

Dieweil haben Linke wie Rechte ihrer jeweiligen Klientel das Blaue vom Himmel versprochen: keine Steuern, aber mehr Jobs beim Staat; frische Euros aus Frankfurt, aber weniger Europa. Bis auf die Etiketten gab es zwischen dem Erzlinken Nichi Vendola und der Lega Nord keine grossen Unterschiede: Man will mit viel Fantasie die Leckereien aus einem leeren Topf verteilen. Das Bedienen der eigenen Anhänger – und seien es nur deren Sehnsüchte nach besseren Tagen – gehört schliesslich zu den italienischen Ritualen seit der Democrazia Cristiana. Italiener sind extrem konservativ, gerade die linken. Nur hier gibt es noch Hammer und Sichel, extrem papsttreue Sozialisten, Machos – und nicht zu vergessen eine supertreue Wählerschaft. Welches andere Volk würde bei miesem Schneeregen mit 75 Prozent Beteiligung bei Wahlen mitmachen, an deren grosse Operntöne selbst die Wähler nicht mehr glauben?

Wir unterschätzen die Biegsamkeit von Italiens Politikern, wenn wir ihnen einen schmierigen Kompromiss im Hinterzimmer jetzt nicht zutrauen. Man müsste sie nur lassen. Man muss nur endlich nach zwanzig verlorenen Jahren einen Mittelweg finden zwischen dieser grassierenden Halblegalität und einer verknöcherten Justiz, zwischen gepredigtem Sozialismus und fehlendem Sozialstaat, zwischen gelebter Modernität und geglaubter Rückständigkeit. Und vielleicht ist dieses Land mit einer starken Industrie in einem schwachen Staat, mit seinem Medienfeudalismus und seinen so kultiviert anarchischen Bewohnern ja gar nicht Europas Rücklicht, sondern die Avantgarde des postpolitischen Zeitalters. Italiens Wahrheit ist ohnehin nicht im überbezahlten Parlament zu finden, sondern in der Bar oder im Ristorante. Da sitzen dann die Feinde beisammen und streiten munter weiter – über Fussball. *Viva l'Italia!* ○

Berlusconi ist Italiens de Gaulle

Von *Tim Stanley* — Die Kritik aus dem Ausland zielt daneben. Die Italiener haben gute Gründe, den unzerstörbaren Populisten Silvio Berlusconi immer wieder zu wählen.



Spiegel seiner Nation: viermaliger Ministerpräsident Berlusconi (rechts) mit Fotomodell.

Silvio Berlusconi hat es wieder einmal geschafft. Bereits als hoffnungsloser alter Schwindler mit geringeren Chancen auf ein Wahl-Comeback als Mitt Romney abgeschrieben, hat er bei den italienischen Wahlen mit minimalem Rückstand den zweiten Platz erreicht. Jetzt hat er Chancen, in einer neuen Koalition das Zünglein an der Waage zu spielen. Der Mann ist häufiger von den Toten auferstanden als Dracula – und aus harmloseren Gründen. Während seine Kritiker ihn als Inbegriff des italienischen *bragadoccio* (Prahlerie) sehen, versteht Berlusconi sein Volk auf eine Weise, die seinen Gegnern abgeht. Er ist ein Populist, ein geschickter Manager und – vor allem – ein Siegertyp. Nichts ist erfolgreicher als Erfolg, und Silvios politische Karriere war ungewöhnlich erfolgreich.

Erstens, um einen linken Kommentator zu zitieren: «Berlusconi hat in der Wahlkampagne zur Wirtschaft Vernünftigeres gesagt als die andern grossen Parteien.» Berlusconi wurde 2011 unter dem falschen Vorwand, die italienischen Schulden seien völlig ausser Kontrolle geraten, aus dem Amt hinausgeworfen. Tatsache war: Die öffentlichen Schulden liefen aus dem Ruder, nicht aber die privaten Schulden, mit der Situation war umzugehen. Seit dem Rausschmiss schrumpfte unablässig die italienische Wirtschaft. Um die EU zu beschwichti-

gen, schluckte Mario Montis Regierung eine Palette von Austeritätsmassnahmen, darunter drastische Kürzungen der öffentlichen Ausgaben, Steuererhöhungen und Arbeitsgesetzreformen. Die Märkte liebten die Politik, aber das italienische Volk liebte sie nicht.

Während der ganzen Wahlkampagne 2013 hat Berlusconi die Ansicht vertreten, dass das arme Italien gezwungen werde, sich an in Berlin ausgedachte steuerpolitische Fantasien zu halten. Entsprechend führte Berlusconi seinen Wahlkampf als patriotischer Populist. Die Märkte mögen Berlusconis Haltung in der Steuerpolitik bedauern haben, aber jeder, der der EU misstraut und etwas auf nationale Souveränität hält, muss für die Leute, die ihn wählten, eine gewisse Sympathie empfinden. Die Italiener, die für ihn stimmten, wollen die Kontrolle über die eigene Volkswirtschaft zurückerlangen.

Berlusconi zieht trotz seiner sexuellen Eskapaden das Wahlvolk immer noch an. Dies aus drei guten Gründen. Erstens ermöglicht es ihm sein enormes Medienimperium, seine Botschaft direkt in die Wohnstuben zu tragen. Er hat dieses Imperium von null aufgebaut – der junge Silvio war Schnulzensänger auf einem Kreuzfahrtschiff (er schrieb die Hymne des Fussballklubs AC Milan), ging dann ins Baugeschäft, gründete einen ersten kleinen Kabelfernsehsender und schuf Italiens einziges

Fernsehimperium. Berlusconis Leben verkörpert den Traum des freien Markts.

Zweitens: Obschon die Märkte und die Boulevardpresse ihn mit politischem Chaos in Verbindung bringen, verkörpert er für viele Italiener relative Stabilität in einem demokratischen System, das immer wieder Gefahr läuft, in die Anarchie abzugleiten. Er ist Italiens Premierminister, der am längsten amtierte, und er hat sein Amt mit einem Mass an Kompetenz und unter Betonung der nationalen Einheit geführt, die zuvor beinahe unbekannt waren. Ein Beispiel war seine Reaktion auf das Erdbeben in L'Aquila im Jahr 2009. Berlusconi eilte ins Katastrophengebiet und brachte finanzielle Entlastung und raschen Wiederaufbau. Sein charismatisches «Regieren durch Willenskraft» hat auch jetzt wieder Millionen von Wählern beeindruckt.

Er begreift sein Volk

Der dritte Grund, wieso derart viele Italiener erneut Berlusconi gewählt haben, ist der, dass er sein eigenes Volk begreift. Während so viele andere europäische Führungspersonlichkeiten aus einer Riege grauer Technokraten zu stammen scheinen, ist Silvio ein Ausbund an Testosteron. Sein unverschämter Chauvinismus wird durch das klassische Paradox des katholischen konservativen Vorurteils ausgeglichen. Als man ihn 2010 auf seine Vorliebe für junge Mädchen ansprach, erwiderte Berlusconi: «Es ist besser, sich für schöne Frauen zu begeistern, als schwul zu sein.» Rationale Beobachter mögen sich an diesem niedrigen Populismus stossen, aber in einem Land, in dem die 1970er Jahre nie ganz zu Ende gegangen sind, finden derartige Ansichten positiven Widerhall.

Zudem ist anzumerken, dass das Liebäugeln mit der weniger fortgeschrittenen Seite des nationalen Charakters überall auf der Welt anzutreffen ist. Man könnte sich die Frage stellen, wieso amerikanische Feministinnen viel von Bill Clinton halten, dies trotz seiner bekannten sexuellen Eskapaden. Wenn die Welt Berlusconi für Dinge verdammt, die andern Politikern verziehen werden, hat dies einen Hauch von antiitalienischem Snobismus. Aber gerade dieses ausländische Nase-rümpfen gibt seinem Volk einen weiteren Grund, für ihn zu stimmen.

Weil Berlusconi von den internationalen Medien durchs Band schlechtgemacht wird, ist die Versuchung da, ihn als alphas männlichen Narren abzutun. Aber der Punkt ist doch der, dass es ihm gelungen ist, das Selbstverständnis und die Hoffnungen seines Landes auf eine Weise zu verkörpern, wie dies kein anderer italienischer Politiker tut. Er ist der de Gaulle der italienischen Politik – ein Spiegel seiner Nation.

Der Brite **Tim Stanley** (Jahrgang 1982) ist Historiker und Journalist. © *The Daily Telegraph*
Aus dem Englischen von **Hanspeter Born**

Brüsseler Hafen

Von Henryk M. Broder — Die EU wird grösser, ihre Probleme kann sie längst nicht mehr lösen.



Langsam nehmen die Vereinigten Staaten von Europa Gestalt an. Da sind auf der einen Seite wirtschaftlich intakte Geberländer wie Deutschland, Finnland, Österreich und Luxemburg, auf der anderen Seite die *failed states* wie Griechenland, Portugal, Spanien und Zypern. Dazwischen die unsicheren Kantonten wie Frankreich und Italien, die *too big to fail* sind. Und dann sind da noch Rumänien und Bulgarien, die 2007 in die EU aufgenommen wurden. Auch fünf Jahre nach dem Beitritt ist nicht klar, worin der Beitrag der beiden zur Europäischen Union besteht, wenn man einmal davon absieht, dass sie mit je einem Kommissar in der EU-Kommission vertreten sind. Eine Bulgarin verwaltet das Ressort «Humanitäre Hilfe und Krisenschutz», ein Rumäne ist für das Ressort «Landwirtschaft und ländliche Entwicklung» zuständig. Die Kommissare werden mit über 20 000 Euro monatlich entlohnt, es ist das Vierfache des durchschnittlichen rumänischen Jahreseinkommens.

Sie sind versorgt. Um ihre Landsleute kümmern sich andere. In Deutschland ist es eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die sich mit der «Armutszuwanderung» beschäftigt. Zwischen 2007 und 2011 sind 147 000 Bulgaren und Rumänen nach Deutschland gekommen. Kaum einer würde Deutsch sprechen, heisst es in einem Bericht der Arbeitsgruppe, die meisten würden von Sozialleistungen und Schwarzarbeit leben und Wuchermieten bezahlen. Die ohnehin klammen Kommunen wären überfordert, jetzt müsste sich der Bund des Problems annehmen. Oder am besten gleich die EU, die ja zu dem Zweck gegründet wurde, die Probleme zu lösen, die sie verursacht. Aber: Die Zahl derjenigen, die immer noch glauben, die EU wäre in der Lage, irgendein Problem zu lösen, wird von Tag zu Tag kleiner. Die EU dagegen wächst und wächst.

In diesem Jahr wird Kroatien als 28. Schiff im Brüsseler Hafen anlegen, obwohl die Kriterien in Bezug auf Korruption und Rechtsstaatlichkeit nicht erfüllt sind. Macht nichts. Auch bei Bulgarien und Rumänien hat man alle Augen zugezückt. Jetzt ist Kroatien an der Reihe. Und der neue kroatische EU-Kommissar könnte das Amt für «Folgen der Armutszuwanderung» übernehmen.

Private und öffentliche Schulden

Von Silvio Borner — Während private Schuldner mit ihrem eigenen Vermögen haften, werden die Folgen von verantwortungsloser Schuldenpolitik auf die Steuerzahler von morgen abgewälzt.

Für den Buchhalter sehen private und öffentliche Rechnungsabschlüsse genau gleich aus: auf der einen Seite sind die Ausgaben, auf der anderen die Einnahmen. Sind die Ausgaben grösser als die Einnahmen, entsteht ein Defizit, das sowohl beim privaten wie öffentlichen Haushalt zu decken ist. Wie? Entweder verkauft man Vermögenswerte oder man verschuldet sich. Letzteres heisst, dass man einen Kredit aufnimmt, sei dies bei einer Bank, einer Kreditkartenfirma, einem Freund oder Verwandten. Dies ist nicht a priori moralisch zu verdammen und schon gar nicht ökonomisch zu kritisieren. Denn es gibt viele gute Gründe, Schulden zu machen, zum Beispiel um eine Ausbildung zu finanzieren, ein Geschäft zu gründen, ein Haus zu kaufen. Solange die Rendite der so finanzierten Vermögenswerte höher ist als der Schuldzins, ist dies einzelwirtschaftlich rentabel und volkswirtschaftlich erwünscht.

Aber was passiert, wenn der Schuld kein Gegenwert gegenübersteht oder dieser im Falle einer Fehlinvestition oder einer Liegenschaftskrise stark schrumpft? Dann drohen dem Privaten Konkurs und Zwangsverwertung. Derjenige, der die Schuld eingegangen ist, haftet dafür mit seinem privaten Eigentum. Wer sich zum Schuldenmachen entschieden hat, trägt automatisch und ausschliesslich die Folgen.

Das ist beim Staat ganz anders. Die Politiker entscheiden über die Ausgaben und Einnahmen und müssen so auch die Defizite finanzieren. Diese werden durch Bankkredite oder viel häufiger durch die Ausgabe von staatlichen Schuldtiteln (Obligationen) gedeckt. Auf der Seite der Kreditgeber herrscht also wie beim privaten Haushalt absolute Klarheit: Es sind dies Banken oder die Halter der Obligationen, die ökonomisch gesehen mit ihrem Kredit den Steuerzahler von heute entlasten. Würde nämlich niemand dem Staat Kredit geben, so müsste dieser sofort die Steuern erhöhen.

Doch wer haftet für die Verzinsung und Rückzahlung der Kredite? Sicher nicht die Politiker, die darüber entschieden haben. Diese können politisch nicht verantwortlich gemacht und finanziell schon gar nicht belangt werden. Die Haftung geht automatisch auf den Steuerzahler von morgen über, denn die einzige Sicherheit der Kreditgeber liegt im Versprechen der Politiker, die Steuerzahler

von morgen zur Kasse zu bitten – und zwar unter staatlichem Zwang. Im krassen Gegensatz zum privaten Schuldner ist somit völlig offen, wer für die Verzinsung oder Rückzahlung letztlich einstehen muss. Wer das effektiv sein wird, hängt nicht nur von der demografischen Entwicklung ab, sondern auch von den zukünftigen Steuergesetzen.

Neue Dimension im Euro-Land

Zweifellos gibt es auch in der Politik gute Gründe, um Schulden aufzunehmen, vor allem, wenn es um wachstumsträchtige Investitionen in die Infrastruktur oder in Humankapital geht. Solange die reale Wachstumsrate der Volkswirtschaft höher ist als der Schuldzins, sind selbst steigende Schuldenquoten kein ökonomisches Problem. Leider ist die Versuchung für die Politiker allgegenwärtig, ihren Klientelen durch Steuergeschenke, Subventionen, Transfers, *pork barrel*-Projekte gruppenspezifische Vorteile zu verschaffen. Analog zum verschwenderischen Privathaushalt verschleudern unsere Politiker so die aufgenommenen Kredite für öffentlichen Konsum oder reine Umverteilung.

Die oft gehörte Ausrede «Wir schulden uns das ja selber» ist natürlich Unsinn, denn die Obligationäre von heute und morgen

sind nicht identisch mit den Steuerzahlern von heute oder morgen. Dies erklärt auch die Tendenz, immer mehr untere Einkommensklassen von der Steuerpflicht zu befreien. Sie werden dann erst recht neuen Ausgaben und Schulden zustimmen, weil sie wissen, dass sie nicht mehr zur Kasse gerufen werden. Dies gilt in gewisser Weise auch für ältere Menschen, die darauf hoffen dürfen, dass die Schuldenkrise erst nach ihrem Ableben ausbrechen wird. Die individuelle Verantwortungslosigkeit des Privathaushalts wird durch die direkte Haftung für die Folgen in engen Grenzen gehalten. Und wenn es doch zum Konkurs kommen sollte, dann können dadurch die Folgen nicht auf den Steuerzahler abgewälzt werden. Die Verantwortungslosigkeit für die staatlichen Schulden ist jedoch systeminhärent.

Im Euro-Land hat dies eine ganz neue Dimension erlangt, indem die Folgen verantwortungsloser Schuldenpolitik gar auf die Steuerzahler anderer Länder abgewälzt werden können.





TOYOTA

ALWAYS A
BETTER WAY

MIT ABSTAND KLASSENBESTER. DER NEUE TOYOTA AURIS HYBRID.



ENTDECKEN SIE DAS FORTSCHRITTLICHSTE AUTOMOBIL IN DER KOMPAKTKLASSE.

- Null Emissionen im Stop-and-go-Verkehr dank Toyota Vollhybrid-Technologie mit 3 Fahrmodi: rein elektrisch (EV), Eco-Drive und sportlicher Power-Drive.
- Sie profitieren von zwei vollautomatisch geregelten Antrieben – ein Elektromotor in Kombination mit einem 1,8-Liter-Benzinmotor.
- Nur 3,8 Liter/100 km Verbrauch und klassenbeste CO₂-Emissionen von nur 87 g/km bei kraftvollen 136 PS.
- Grosszügiges, variables Platzangebot im Inneren trotz äusserst kompakten Aussenmassen.

Auris Hybrid ab Fr. 31'000.–* (inkl. Fr. 3'500.– Cash Bonus und Fr. 1'000.– Eintauschprämie). **Mit 3,9% Leasing: Fr. 324.– pro Monat*.** Jetzt Probe fahren!

5 JAHRE
HYBRID
GARANTIE

3 JAHRE
VOLL
GARANTIE

3 JAHRE
GRATIS
SERVICE

toyota-hybrid.ch

*Empfohlener Netto-Verkaufspreis nach Abzug von Cash Bonus und Eintauschprämie**, inkl. MwSt. **Auris Hybrid** Luna 1,8 VVT-i Hybrid Synergy Drive®, 100 kW (136 PS), 5-Türer, Fr. 35'500.– abzgl. Cash Bonus von Fr. 3'500.– und Eintauschprämie** von Fr. 1'000.– = Fr. 31'000.–, Leasingzins Fr. 324.65, Ø Verbrauch 3,8 l/100 km, Ø CO₂-Emissionen 87 g/km, Energieeffizienz-Kategorie A. Ø CO₂-Emissionen aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 153 g/km. Abgebildetes Fahrzeug: **Auris Hybrid** Sol 1,8 VVT-i Hybrid Synergy Drive®, 100 kW (136 PS), 5-Türer, Fr. 38'300.– abzgl. Cash Bonus von Fr. 3'500.– und Eintauschprämie** von Fr. 1'000.– = Fr. 33'800.–, Leasingzins Fr. 353.95. **Leasingkonditionen:** effektiver Jahreszins 3,97%, Leasingzins pro Monat inkl. MwSt., Vollkaskoversicherung obligatorisch, Sonderzahlung 20%, Kaution vom Finanzierungsbetrag 5% (mindestens Fr. 1'000.–), Laufzeit 48 Monate und 10'000 km/Jahr. Weitere Berechnungsvarianten auf Anfrage. Eine Leasingvergabe wird nicht gewährt, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt. Die Verkaufsfaktionen sind gültig für Vertragsabschlüsse mit Inverkehrsetzung bis 30. Juni 2013 oder bis auf Widerruf. Nur bei den teilnehmenden Toyota Partnern. **Bei Eintausch Ihres aktuellen Fahrzeugs (PW) durch den Toyota Partner und Kauf eines neuen Auris. Die Eintauschprämie wird vom Verkaufspreis des Auris Neuwagens abgezogen.



Vom Mittelalter in die Moderne

Shanghai, Südchina und Hongkong

Expertenreise für Weltwoche-Leser: Entdecken Sie drei Regionen Chinas, die unterschiedlicher nicht sein könnten mit Asienexperte Peter Achten vom 15. bis 30. September 2013.

Nach einem «vollkommen demokratischen» Regierungswechsel ohne faktische Wahlen ist das Land der Mitte mehr denn je ein Reich der Extreme. Gemeinsam mit Peter Achten haben wir eine kulturelle Zeitreise ausgearbeitet, die Ihnen die verschiedenen Gesichter der Volksrepublik zeigt und mit Professoren, Studenten, Künstlern und nationalen Minderheiten auch die Menschen zu Wort kommen lässt.



Peter Achten arbeitete als langjähriger Korrespondent für das SRF mehrere Jahre in Asien und wohnt seit 1999 in Peking. Er begleitet die Reise an acht Tagen, berichtet von seinen eindrücklichen Reisen in China und versorgt die Gruppe mit Vorträgen, welche Land und Leute verständlich und die Geschichte greifbar machen.

Futuristische Millionenmetropolen, abgeschiedene Bergdörfer und Maos Erbe – vom imposant zur Schau gestellten Fortschritt in Shanghai geht es abseits der Touristenströme in die Provinzen Hunan und Guizhou, wo Sie unberührte Natur und indigene Volksstämme erwarten. Beim Besuch einer Universität erzählen junge Studenten von ihren Zukunftsträumen und zu Gast in abgelegenen Dörfern sprechen Sie mit Peter Achten und dem Dorfältesten über die Lebensbedingungen der chinesischen Minderheiten. Aus den glamourösen Galerien Shanghais führt Sie die Reise in eine traditionelle Seidenspinnerei, eine Papierfabrik und zu den Meistern einer Kalligrafeschule. Auf den Spuren

der Revolution kommen Sie auch in Maos Geburtsort vorbei, wo Peter Achten den Lebensweg des «Grossen Vorsitzenden» aufzeigt. Den Abschluss bildet Hongkong mit seinem einzigartigen Mix aus Essbuden und Wolkenkratzern. Machen Sie sich Ihr eigenes Bild, wie den Chinesen der Spagat zwischen westlichem Einfluss und eigener Identität gelingt.

- Weitere Highlights und Vortragsthemen dieser Reise
- **Shanghai:** Mit der Magnetschwebbahn durch Häuserschluchten gleiten und beim Apéro mit Schweizer Geschäftsleuten einen Einblick in die chinesische Wirtschaft erhalten.
 - **Venedig des Ostens:** In der Wasserstadt Suzhou wird die beste Seide Chinas hergestellt – Grund genug, eine der edlen Seidenspinnereien zu besuchen.
 - **Bouyei, Hmong oder Dong:** Wie geht die Regierung mit ihren nationalen Minderheiten um? Ein Besuch im Bergdorf zeigt ein anderes Bild der Weltmacht.
 - **Handwerkskunst:** In einer Papierfabrik entstehen unter professioneller Anleitung unsere eigenen Bögen aus feinstem chinesischem Papier.
 - **Volksnah:** Nach einem quirligen Marktbesuch geniessen Sie einen Reiswein im Kreise einer einheimischen Familie und diskutieren aktuelle Themen.
 - **Abseits der Massen:** Die südliche Grosse Mauer ist das Pendant zum berühmten Schutzwall im Norden und bietet fernab der Touristenströme ungestörtes Entdecken.
 - **Maos Erbe:** In Changsha, dem Geburtsort des «Grossen Vorsitzenden» wird Geschichte greifbar – was sind die Folgen von Maos Politik?

- **Hongkong:** Aufstieg unter Grossbritannien und Parallelentwicklung zum chinesischen Mutterland – entdecken Sie glitzernde Wolkenkratzer und die grüne Idylle des Hausbergs.

Weltwoche-Spezialangebot

Expertenreise für Weltwoche-Leser

Shanghai, Südchina und Hogkong
Mit Peter Achten
15. bis 30. September 2013

Reisearrangement
Für Abonnenten: Fr. 7400.–
Für Nichtabonnenten: Fr. 7700.–

Detailprogramm/Anmeldeformular
Weitere Informationen zur Reise finden Sie auf www.weltwoche.ch/platinclub

Veranstalter
Reiseveranstalter ist die auf Expertenreisen spezialisierte Reiseagentur cotravel in Allschwil BL (www.cotravel.ch)

Telefon: 061 308 33 00
E-Mail: cotravel@cotravel.ch

Die Grösse der Türkei

Von Hansrudolf Kamer— Die Wirtschaft der Türkei wächst, jene der Euro-Zone schrumpft. Dennoch bleiben die EU-Beitrittsverhandlungen für Erdogan ein notwendiges Übel.



Lässt man den Bürgerkrieg in Syrien mit seinen vielen Gefahren ausser Betracht, so sieht für die Türkei die Lage besser aus als seit langem. Die Wirtschaft wächst weiter, die Dynamik im Land ist mit Hän-

den zu greifen. Strukturreformen zahlen sich aus. Politische Stabilität herrscht – am Bosphorus keine Selbstverständlichkeit.

In den Beziehungen zu Europa hat sich einiges geändert, seit die Türkei als Bittstellerin um Aufnahme in die Europäische Union ersucht hat. Die EU bietet zurzeit ein Kontrastprogramm. «Ausser unseren Redetexten wächst gar nichts», summierte der für Energie zuständige Brüsseler Kommissar Günther Oettinger dieser Tage die Situation.

Die europäische Wachstumsschwäche legt sich wie ein Grauschleier auf den eisigen Kontinent – trotz unablässigen Ankurbelungen durch die Politik. Die Euro-Zone schrumpfte im letzten Quartal 2012 um 0,6 Prozent, die Wirtschaft Deutschlands und Frankreichs ist nun auch im Rückwärtsgang.

So ist die deutsche Bundeskanzlerin Merkel zwar nicht «auf ihren Knien nach Ankara gerobbt», wie sich besagter Oettinger auch noch ausdrückte. Doch schmeichelt es dem redegewaltigen, impulsiven und statusbewussten Regierungschef Tayyip Erdogan, wenn die Mächtigen sich um ihn bemühen.

Es war an Merkel, etwas anzubieten, denn die EU hat für die Türken stark an Anziehungs-

kraft eingebüsst. Kaum jemand ausser den Spezialisten registrierte noch, dass in den Beitrittsverhandlungen, die seit 2005 laufen, von 35 Kapiteln erst eines abgeschlossen wurde und nur 13 überhaupt «eröffnet» worden sind.

Die Kanzlerin sprach nun einer Beschleunigung das Wort. Sie werde sich dafür einsetzen, dass ein weiteres Kapitel oder auch zwei «eröffnet» werden. Der französische Ex-Präsident Sarkozy, der die Türken nie leiden konnte, hatte die Verhandlungen de facto blockiert – das entsprach damals aber auch den deutschen Wünschen. Sein Nachfolger Hollande signalisierte, man könnte ein weiteres Kapitel in Angriff nehmen. Das europäische Führungsduo will die Hinhaltetaktik weiterführen – keine grossen Fortschritte, aber auch kein Abbruch. In dieser Lage bewegt sich gar nichts. Merkel konnte Erdogan weder neue Versprechungen zur Beachtung der Menschenrechte und der Medienfreiheit noch solche zur Einhaltung des sogenannten Ankara-Protokolls entlocken. Dieses bezieht sich unter anderem auf eine Anerkennung Zyperns durch die Türkei, was als Voraussetzung für Fortschritte bei den Beitrittsverhandlungen gilt. Erdogan sprach beharrlich von Südzypern und Nordzypern.

Die Türkei ist immerhin ein guter Exportmarkt, und die türkischen Einwohner Deutschlands sind ein Grösse, die man auch innenpolitisch zu berücksichtigen hat. Die Türkei ihrerseits profitiert vom europäischen Druck auf Modernisierung, auf demokratische und rechtsstaatliche Reformen. Die Zähmung der türkischen Militärs findet europäische Billigung, zumindest in der Öffentlichkeit.

Erdogan, wendig und fantasievoll, sucht ständig eine strategische Alternative. Gefun-

den hat er sie wohl nicht. Umso mehr redet er darüber. In einem Fernseh-Interview wiederholte er die Äusserung vom letzten Sommer, er habe den russischen Präsidenten Wladimir Putin «im Scherz» gebeten, man solle doch die Türkei in die Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit aufnehmen. Dann werde er die Europäische Union vergessen und ihr adieu sagen.

Sammelbecken der Autokraten

Während die EU Demokratien vereint, ist die Schanghai-Organisation das Sammelbecken der Autokraten. Sie wurde von China, Russland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan 1996 gegründet und fünf Jahre später um Usbekistan erweitert. Auf die Frage, ob die beiden Gebilde eine Entweder-oder-Alternative für die Türkei seien, erklärte Erdogan bündig, die «Schanghai-Fünf» seien besser und stärker als die EU. Doch seine Schanghai-Bemerkung war nur so dahingeworfen. Die Türkei hat sich schon im März 2011 als Dialogpartner der Organisation beworben und wurde im letzten Sommer als solcher akzeptiert. Vollzogen ist der Akt noch nicht.

Erdogan würde gerne auf die EU verzichten. Sein Ego strebt nach Grösserem. In einer Rede bei der Eröffnung eines Provinzflughafens erinnerte er an die ruhmreiche Vergangenheit der Osmanen und die Verantwortung, die sich daraus ergebe. Wohin immer die Vorfahren geritten seien, dorthin müsse sich auch die Türkei bewegen: Gaza, Syrien, Libanon, Kosovo, Irak, Aserbaidschan, Afghanistan, Burma, Somalia – eine eindrückliche Aufzählung historischer Feldzüge.

Doch seine neo-osmanische Aussenpolitik der Abwendung vom Westen ist mittlerweile in der Sackgasse gelandet. Mit den Israelis hat er sich überworfen, das Verhältnis zu Armenien ist lädiert, Syrien ist eine offene Wunde, der Irak ist kein Freund. Selbst Putin lächelt nur unverbindlich, wenn er in Ankara auftaucht.

So bleiben noch Amerika und die Nato übrig, wenn's brennt. Auf sie ist noch Verlass, doch das Verfallsdatum rückt langsam näher. ○

ARVI
THE SWISS BANK OF
FINE AND RARE WINES

ARVISA
Via Pedemonte 1
CH-6818 Melano
T 091 649 68 88
F 091 648 33 75
info@arvi.ch
www.arvi.ch

TENUTA DI BISERNO: GEBOREN UM DER BESTE HERSTELLER AUS DER TOSKANA ZU WERDEN

Lodovico Antinori, Erzeuger von Ornellaia und Masseto, und Piero Antinori, Hersteller von Tignanello und Solaia, wieder für ein neues Projekt vereint.

<p>INSOGLIO DEL CINGHIALE Campo di Sasso L&P Antinori 2011</p> <p>ROBERT PARKER 92</p> <p>CHF 18.35</p>	<p>PINO DI BISERNO Tenuta di Biserno L&P Antinori 2009</p> <p>KAMES RÜCKLING 95</p> <p>CHF 37.80</p>	<p>BISERNO Tenuta di Biserno L&P Antinori 2009</p> <p>ROBERT PARKER 95</p> <p>CHF 102.60</p>	<p>LODOVICO Tenuta di Biserno L&P Antinori 2008</p> <p>ROBERT PARKER 95</p> <p>CHF 243.00</p>
---	--	--	---

Preis pro Flasche inkl. MwSt. / 75cl, Zwischenverkauf vorbehalten. Franko Melano. Transport nicht im Preis enthalten.

HIGHLIGHTS DER WOCHE

Le Volte - Tenuta dell'Ornellaia 2010	ROBERT PARKER 90 CHF 20.50
Le Serre Nuove dell'Ornellaia - Tenuta dell'Ornellaia 2010	ROBERT PARKER 91-93 CHF 44.30
Ornellaia - Tenuta dell'Ornellaia 2009	ROBERT PARKER 97 CHF 167.40
Masseto - Tenuta dell'Ornellaia 2009	KAMES RÜCKLING 95 CHF 480.60
Sassicaia - Tenuta San Guido 2009	KAMES RÜCKLING 98 CHF 140.40
Guidalberto (2nd Vin Sassicaia) - Tenuta San Guido 2010	KAMES RÜCKLING 92 CHF 30.25

«Inobhutnahme» von Kindern der Landstrasse

Von Christoph Mörgeli

Die Geschichte wiederholt sich. «Inobhutnahme» wegen «Kindeswohlgefährdung» – so heissen die Massnahmen deutscher Behörden gegenüber rumänischen und bulgarischen Roma-Kindern. Ende 2013 dürfte die Zahl sogenannter Armutseinwanderer aus Rumänien und Bulgarien in Deutschland 200 000 erreichen. Steinreiche Clanchefs nutzen mit ihren Schlepperbanden das Elend osteuropäischer Roma aus. Vor allem die vielen Kinder leiden an miserablen Wohnverhältnissen, Hunger, Krankheiten, Schwarzarbeit, Kriminalität, Bettelei, Prostitution. Da können die deutschen Behörden nicht wegsehen.

Die deutschen Probleme mit der Roma-Zuwanderung werden bald auch Schweizer Probleme sein. Allerdings ohne eindeutigen Willen des Volkes. Dafür sorgte das Zusammenbinden der Personenfreizügigkeit der «alten» EU-Staaten mit jener für Rumänien und Bulgarien. 2016 fallen die Hürden. Auch für die Armutseinwanderung ins Sozialsystem. Unsere Behörden werden dann bei den Roma-Kindern ebenfalls «Inobhutnahmen» wegen «Kindeswohlgefährdung» vornehmen.

Die Geschichte wiederholt sich. 1926 hat Pro Juventute das Hilfswerk Kinder der Landstrasse gegründet. Die Spitzen von Politik, Armee und Gemeinnützigkeit sahen damals – genau wie heute die Behörden in Deutschland – eine «Kindeswohlgefährdung» unter den Fahrenden. Sie wollten etwas tun gegen die hohe Säuglingssterblichkeit, die grassierende Tuberkulose, den Analphabetismus, die Kinderkriminalität. 586 «Zigeunerkinde» wurden ihren Eltern weggenommen und in Pflegefamilien oder Heimen platziert.

Nach dem Aufschrei der Öffentlichkeit über diese «Inobhutnahme» wurde das Hilfswerk Kinder der Landstrasse 1973 eingestellt. Die Betroffenen sprachen von «kulturellem Genozid». Der Staat bereute, machte wieder gut und zahlte. Die vom Bund gegründete Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende erhält jährlich 413 200 Franken. Davon besteht der Grossteil aus Sitzungsgeld. Selbst die Fahrenden scheinen heute lieber zu sitzen als zu fahren.

Trotz Sitzungsbürokratie und modernem Sozialstaat: Die neuen Probleme mit den Roma sind die alten. Der Wegfall von Grenzen erhöht ihre Mobilität – und die sozialen Spannungen. Die Verantwortlichen handeln hilflos wie eh und je. Mit «Inobhutnahme» wegen «Kindeswohlgefährdung». Nein, das Zigeunerleben ist nicht lustig.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Der Volkszorn wird zunehmen

Von Peter Bodenmann — Die Umsetzung der Minder-Initiative wird die nächste schwache Nummer von Simonetta Sommaruga.



Herumdoktern: SP-Bundesrätin Sommaruga.

Die grössere Hälfte der SVP-Basis sind Modernisierungsverlierer. Sie wollen eine nationale, fremdenfeindliche und soziale Schweiz. Gleich wie einst die Wähler von Schwarzenbach und Oehen.

Während fünf Jahren hat Christoph Blocher versucht, Thomas Minder einzuseifen, um ihn zum Rückzug seiner «Abzocker»-Initiative zu bewegen. Die Polit-Massage zeigte keine Wirkung, aber viele Nebenwirkungen.

Der von Blocher so aufgewertete Minder wurde Ständerat. Am Wochenende wird er mit seiner Initiative einen grossen Erfolg feiern.

Auch auf der linken Seite zeigen taktische Fehler Langzeitfolgen. Als die SP den Bundesratssitz der Freisinnigen rettete, vergass sie, im gleichen Zug die Verteilung der Departemente zu regeln. Darum darf Simonetta Sommaruga seit ihrer Wahl in den Bundesrat die Asylsuchenden plagen und muss sich mit Aktienrechtsrevisionen herumschlagen.

Die rechte Sozialdemokratie – von Rudolf Strahm über Daniel Jositsch bis zu Claude Jankin – hat alles versucht, um die Minder-Initiative zu versenken. Genau gleich erfolglos wie Blocher.

Simonetta Sommaruga muss sechzig Tage nach Annahme der Minder-Initiative eine bundesrätliche Verordnung – die Verwaltung hat sie intern längst vorbereitet – in Kraft setzen. Und so den angenommenen Verfassungstext

wortgetreu umsetzen. Stattdessen wird Sommaruga ängstlich herumdoktern. Weil sie – in der Logik von Economiesuisse – diesen rechtlich möglichen und naheliegenden Weg im Abstimmungskampf faktisch ausgeschlossen hat. Deshalb wird die Pianistin zuerst einen Gesetzestext bringen, der vom Parlament verzögert und massakriert wird. Und erst Anfang 2014 mit einer kastrierten Verordnung kommen. Das wird – nach ihrem Auftritt in der «Arena» – die nächste schwache Nummer.

Die Generalversammlung von Novartis hat gezeigt: Die Söldnerführer des Kapitals machen weiter wie bisher. Wenn es gut läuft, bekommt der neue Novartis-CEO ab 2014 neunzehn Millionen Franken Lohn und Boni pro Jahr. Zugegeben: Die «Abzocker»-Initiative ändert daran rechtlich wenig bis fast nichts. Der Gegenvorschlag noch weniger bis gar nichts. Weil Gier bei der Teilung der Beute dank raffinierter Anwälte immer neue Schlupflöcher findet.

Deshalb führt die Annahme der Initiative zu einem Klimawandel. Der Volkszorn wird zunehmen. Es drohen: Ein Ja zur Initiative «1:12»; ein Ja zu 4000 Franken Mindestlohn; Erbschaftssteuern für mehrfache Millionäre; Abschaffung der Pauschalbesteuerung; mehr als ein Nein zu Personenfreizügigkeit und Einwanderung. Minder sei Dank.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Kästli hin, Kästli her

Von Kurt W. Zimmermann — Warum sind TV-Quoten wichtig? Weil sich die Schweiz soeben in Italien verwandelt hat.

Das Ding ist so ein *Kästli*. Das *Kästli* heisst «Direct View». Es registriert, wer gerade welchen Fernsehsender nutzt. In der *Kästli*-Zentrale laufen dann die Daten der *Kästli* zusammen. Daraus errechnen sich die TV-Quoten.

2100 *Kästli* gibt es in der Schweiz. Sie sind seit Anfang Jahr in ausgewählten Haushalten installiert. Das Blöde daran ist nur, dass diese neuen *Kästli* ganz andere Werte messen als die alten *Kästli*, die zuvor dreissig Jahre lang im Einsatz waren.

Manche Kanäle, wie etwa die deutschen Privatsender, haben nun auf einmal weniger Zuschauer als zuvor. Andere Kanäle, wie etwa das Schweizer Fernsehen, haben nun auf einmal mehr Zuschauer als zuvor.

Es gibt also nur drei Möglichkeiten. Entweder sind die neuen *Kästli* nicht repräsentativ. Oder die alten *Kästli* waren nicht repräsentativ. Oder beides zusammen.

Möglichkeit drei ist die wahrscheinlichste Variante. Darum werden seit Anfang Jahr keine TV-Quoten mehr bekanntgegeben. Und das wird noch eine Zeitlang so bleiben.

Für die Unternehmen ist das eine kleinere *Kästli*-Katastrophe. Sie wissen nicht mehr, ob ihre TV-Werbung beachtet wird oder nicht. Die grössten Werbeauftraggeber des Landes sind im Blindflug. Die zehn grössten sind Coop, Migros, Swisscom, Procter & Gamble, Ferrero, L'Oréal, Unilever, Orange, Ford und Cablecom. Sie haben keine Marketingkontrolle mehr.

Treue und Loyalität zählen nichts

Das *Kästli*-Problem kommt in einem interessanten Moment. Denn im Jahr 2012 vollzog sich in unserer Medienlandschaft eine echte Revolution. Erstmals in der Geschichte war der Werbeumsatz des Fernsehens höher als jener der gedruckten Presse. 31,5 Prozent aller Werbegelder flossen in TV-Werbung. Die Tages-, Sonntags- und Wochenzeitungen kamen auf nur noch 29,0 Prozent.

Noch zwölf Jahre zuvor lag der Werbeumsatz der Zeitungen doppelt so hoch wie jener des Fernsehens. Unsere Verleger blickten mit amüsiertem Lächeln nach Italien oder Spanien, wo das TV schon damals die Presse überholt hatte. Solch südländische Verhältnisse, sagten sie frohgemut, werde es im «Zeitungsland Schweiz» nie geben.

Nun ist es so weit. In den Medien ist die Schweiz soeben in Italien angekommen.

Die Werbebranche, muss man wissen, hat eine herausragende Eigenschaft. Sie verhält



Im Blindflug: Quoten-Messgerät.

sich vollkommen opportunistisch. Treue und Loyalität zählen nichts in ihrem Geschäft. Die Werbebranche ist nur daran interessiert, wie sie ihr Geld möglichst effektiv, also mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis, investieren kann. Es ist klar, dass hier die Zeitungen nicht mehr erste Wahl sein können. Ihre Auflagen schmolzen noch schneller als die Gletscher. Der TV-Konsum hingegen wächst.

Der Boom der TV-Werbung ist auch erklärbar durch den Mangel an Alternativen. Die ganz grosse Enttäuschung dabei ist das Internet. Nur 2,8 Prozent aller Werbegelder flossen 2012 ins Internet. Das ist deutlich weniger als noch zwei Jahre zuvor. In der Medienbranche weiss inzwischen jeder Depp, dass man mit Online-Werbung kein Geld verdienen kann.

Das beschreibt die schwierige Situation unserer führenden Medienhäuser. Dort, wo es mit der Werbung aufwärtsgeht, sind sie nicht dabei. Kein einziger Verlag betreibt einen grösseren TV-Sender. Dort, wo es mit der Werbung abwärtsgeht, sind sie hingegen voll dabei. Sie geben Dutzende von Blättern heraus. Dort, wo mit der Werbung gar nichts geht, sind sie ebenfalls voll dabei. Im Internet machen sie darum arge Verluste.

Die Schlusspunkte können wir damit kurz halten. *Kästli* hin oder *Kästli* her – die finanzielle Zukunft in den Medien gehört dem Fernsehen.

Wunschdenken

Von Beatrice Schlag — Wenn Fantasien vor Gericht kommen.

Das sich der Polizeibeamte Gilberto Valle ausmalte, seine Frau Kathleen loszuwerden, ist nicht einzigartig. Die Vorstellung, der andere könnte tödlich verfallen und einen damit ganz schuld-

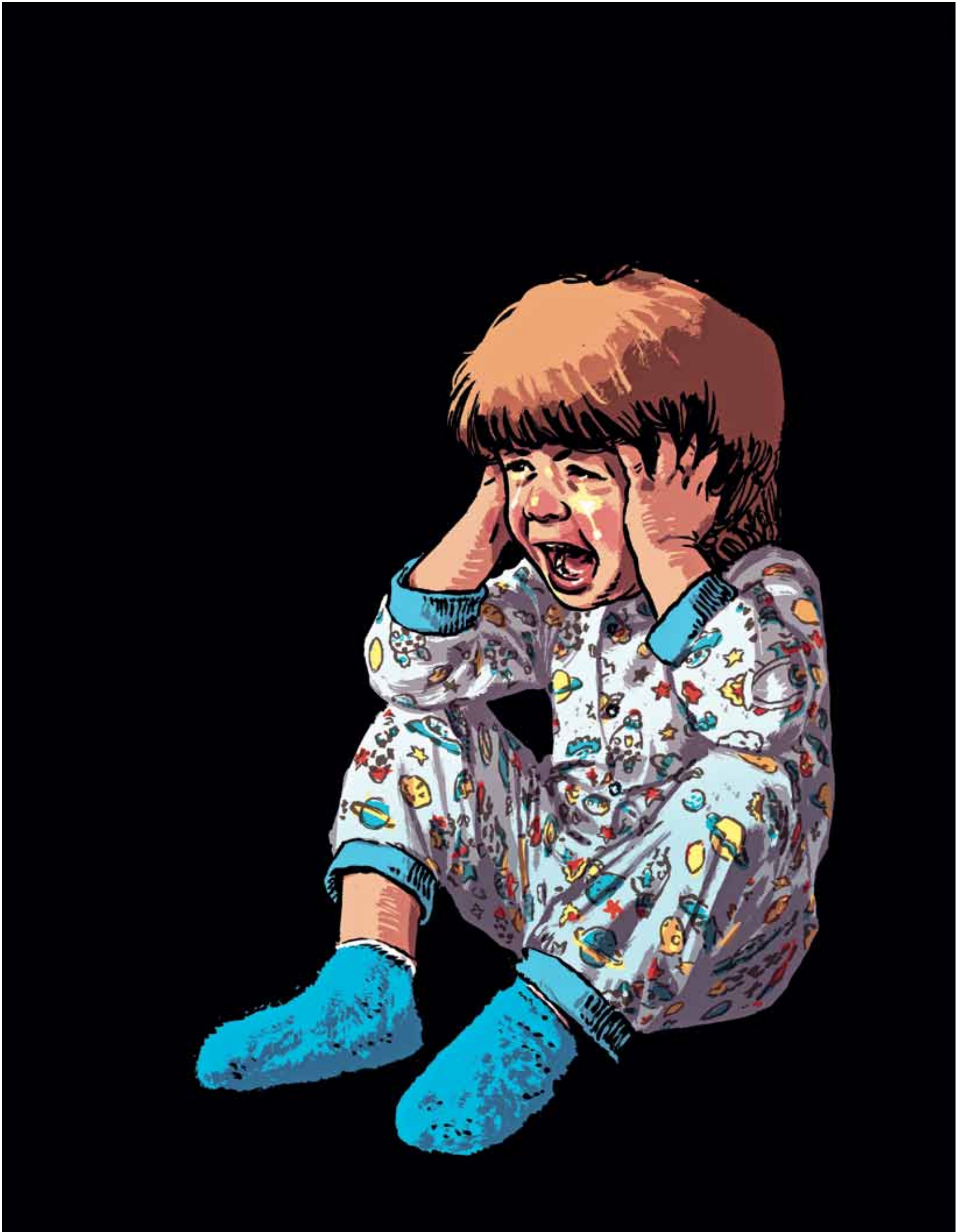


los aus einer unfrohen Ehe befreien, ist eine Fantasie, die den wenigsten ganz fremd ist. Valle hatte allerdings weitaus rabiatere Vorstellungen: Er wollte seine Frau an den Füssen aufhängen, ihr die Kehle aufschlitzen und zusehen, wie sie langsam verblutet.

Dass und wie er sie und mehrere ihrer Freundinnen gerne umbringen würde, erfuhr Kathleen Valle, als sie vor einigen Monaten seinen Computer benutzte. Sie fand zahlreiche Chats, in denen ihr Mann sich mit Gleichgesinnten darüber austauschte, wie sie und ihre Freundinnen gefoltert, vergewaltigt, zerteilt und in den Ofen gesteckt werden könnten. Wer genau die Freundinnen waren und wie er sie entführen könnte, wurde detailliert diskutiert. Kathleen Valle floh mit der gemeinsamen Tochter zu ihren Eltern nach Nevada und zeigte ihren Mann beim FBI an.

Seit letztem Montag steht Gilberto Valle in New York wegen Kidnapping-Verschworung vor Gericht, seine Ehefrau ist Zeugin. Sollte der Polizist verurteilt werden, kann ihm eine lebenslängliche Gefängnisstrafe drohen. Wie ihre Freundinnen ist Kathleen Valle von ihrem Mann nie körperlich verletzt worden. Die Anklage behauptet, es gebe zahlreiche Indizien, dass die Morde tatsächlich hätten ausgeführt werden sollen. Valles Verteidigerin sagt, die schockierenden Chats hätten mit Horrorfilmen nicht nur die Grausamkeit gemein, sondern auch die Tatsache, dass sie pure Fiktion seien. Joseph DeMarco, ehemaliger Chef der *cybercrime*-Einheit bei der Staatsanwaltschaft in Manhattan, sagt zu dem Fall: «Noch vor dreissig Jahren hätte jemand mit ähnlichen Fantasien in der Realität kaum Gesinnungsgenossen gefunden. Online findet man sie, und sie ermutigen und bekräftigen einander. Der Gedanke ist naheliegend, dass jemand dadurch zu Grenzüberschreitungen angeregt wird, die er allein nicht begehen würde.»

Die Frage bleibt: Kann man für ein Verbrechen im Kopf bestraft werden?



Gerechtigkeit

Der Mensch, der arme Kerl, muss versuchen, in einem radikal schöpferischen, auf Ungerechtigkeit beruhenden System zumindest die Gleichheit der Chancen herzustellen.

Von Linus Reichlin und Benjamin Güdel (Illustration)

Zwei Hirsche werden gejagt, zwei Schüsse fallen. Der eine Hirsch wird tödlich getroffen und stirbt auf der Stelle. Der andere wird gleichfalls getroffen, aber nicht ins Blatt, sondern in die Hüfte. Er springt über den Leib seines toten Artgenossen und flieht, so schnell es seine Verwundung zulässt. Die Kugel drückt auf Nervenbahnen, jede Bewegung ist für den Hirsch mit starken Schmerzen verbunden. In seiner Panik übersieht der Hirsch eine Baumwurzel, stürzt und bricht sich das Bein. Im Schwung des Sturzes schlittert er über feuchtes Laub auf einen Abhang zu und fällt in die Tiefe. Es ist eine enge, unzugängliche Schlucht. Die Jäger können weder hinabgelangen noch den Hirsch von oben mit einem Schuss erlösen, denn Felsen und Bäume versperren die Sicht. Acht Stunden lang leidet der Hirsch mit zerschmetterten Beinen und gebrochenen Rippen, bis er an Erschöpfung und inneren Blutungen stirbt.

Zwei Hirsche sind also gestorben, der eine auf gnädige Weise sofort, ohne Schmerzen, der andere erst nach acht qualvollen Stunden. Unter der Voraussetzung, dass es einen Weltenlenker gibt, der über jedes Ereignis informiert ist, handelt es sich bei den ungleichen Toden der Hirsche um eine Ungerechtigkeit, die sich nur durch ein schuldhaftes Vergehen des einen Hirschen erklären lässt: Er hat ein sündiges Leben geführt und musste deswegen qualvoll sterben. Wer nicht an einen Weltenlenker glaubt, wird nicht von Ungerechtigkeit, sondern von Zufall sprechen: Genauso gut hätte der andere Hirsch qualvoll sterben können. Aber die Möglichkeit, dass beide Hirsche schmerzlos oder beide qualvoll hätten sterben können, ist das, was man *Gleichheit der Chancen* nennt. Und die führt nicht zu identischen Ergebnissen. Der eine Hirsch hat auch nicht einfach Pech gehabt, sondern er wurde das Opfer eines Naturgesetzes, das in allen Dingen waltet und das dennoch merkwürdigerweise von den wenigsten als echtes Naturgesetz erkannt wird. Es ist das Gesetz, dass es in der Natur keine Gerechtigkeit geben darf.

Der Grund, warum es in der Natur ungerrecht zu- und hergehen muss, wird klarer, wenn man die Geschichte mit den Hirschen weiterdenkt. Gerechtfertigt wäre es ja gewesen, wenn beide Hirsche auf dieselbe Weise gestorben wären, egal ob qualvoll oder

schmerzlos. Nehmen wir den Hirschen zuliebe das Beispiel schnell und schmerzlos: Wenn beide aus Gründen der Gerechtigkeit auf diese Weise gestorben wären, hätten schon zuvor alle Hirsche schnell und schmerzlos sterben müssen und erst recht alle danach. Jede andere Todesart wäre auf die eine oder andere Weise ungerecht gewesen. Wenn alle qualvoll sterben, ist es ungerecht, wenn einer schmerzlos stirbt, und umgekehrt. Eine Natur, in der Gerechtigkeit herrscht, wäre also eine Natur, in der allen Wesen exakt dasselbe zustoßt. Keine Amsel würde einen dickeren Wurm finden als die andere, schon allein deswegen nicht, weil es keine dickeren und weniger dicken Würmer gäbe, denn auch sie würden alle genau gleich viel oder wenig Nahrung finden. In einer gerechten Natur gäbe es absolut keinen Spielraum für Abweichungen, und das überhaupt Mögliche wäre strikt limitiert auf vergleichsweise wenige Ereignisse, die sich unablässig repetieren würden. Die Olympischen Spiele wären stinklangweilig, denn alle Hundertmeterläufer würden exakt zur selben Zeit die Ziellinie erreichen.

Diese Beispiele stimmen genau genommen nicht ganz, denn in einem auf Gerechtigkeit basierenden Universum gäbe es gar kein Leben – aber wir wollen mal auf dem Teppich bleiben und einfach froh sein, dass es uns alle gibt, komplett unterschiedliche Lebewesen in einem vor Ungerechtigkeiten strotzenden System. Der eine ist dick, der andere hungert, der eine fliegt, der andere stürzt. Der Bruder eines Freundes von mir wurde am selben Tag überfahren, an dem mein Freund die Liebe seines Lebens kennenlernte. Die eine Fliege findet den Fensterspalt, die andere landet in meinem Handstaubsauger. Und zwischen diesen Extremen gibt es eine schier unendliche Fülle kleinerer Ungerechtigkeiten jeglicher Art, die in ihrer Summe dazu führen, dass wir in einer wunderbar vielfältigen Welt leben. Würde andererseits in der Natur das Prinzip der Gerechtigkeit herrschen, gäbe es keine Vielfalt, denn allen würde ja dasselbe zustoßen. Es versteht sich von selbst, dass dieser Zustand der absoluten Gleichheit ohne Planung und Absicht gar nicht herbeigeführt werden könnte. Eine auf Gerechtigkeit basierende Natur wäre eine, in der eine Zentralinstanz permanent über die Aufrechterhaltung der Gleichheit wachen

müsste und darüber, was geschehen darf und was nicht. Aber diese Zentralinstanz existiert ganz offensichtlich nicht. In der Natur gibt es weder Plan noch Absicht, und deswegen geschieht alles auf unterschiedliche Weise, oder besser gesagt: Es geschieht auf alle möglichen Weisen. Wir mögen darüber verzweifeln, dass es auf der Welt das Böse, das Niederträchtige und den Triumph der Schurken gibt, aber im Grunde wirkt hier dasselbe Naturgesetz wie bei den zwei Hirschen. Die Natur strebt, da sie von keinem Plan oder übergeordneten Willen eingeschränkt und geleitet wird, die Verwirklichung aller Möglichkeiten an, die der ewigen, zwei Menschen für immer glücklich machenden Liebe genauso wie die der Erfindung der Wasserstoffbombe.

Innerhalb der Natur gibt es gegen ihre totale Freiheit, alles Mögliche zu verwirklichen, durchaus Widerstand. Die sich selbst organisierende Materie sehnt sich nach Ordnung und schafft sich in eigener Regie verlässliche Regeln. Sie ist durchaus an einer gewissen Gerechtigkeit der metabolischen Abläufe interessiert und möchte im Prinzip, dass alle Körper einwandfrei funktionieren. Aber die Natur macht ihr immer wieder einen Strich durch die Rechnung und fordert die Freiheit ein, dass einige Strukturen schneller zerfallen als andere und dass alle Strukturen theoretisch alle möglichen Defekte entwickeln können, ganz egal, ob dabei aus unserer Sicht ein Guter stirbt und ein Schurke überlebt.

Und der Mensch? Der arme Kerl muss nun versuchen, in einem radikal schöpferischen, auf Ungerechtigkeit beruhenden System zumindest die Gleichheit der Chancen herzustellen. Damit, dass ihm das hin und wieder gelungen ist, hat er sich einen Fanfarenstoss verdient.

Serie

Der Schweizer Autor **Linus Reichlin** schreibt für die *Weltwoche* in loser Folge über «Grundbegriffe des Lebens» wie Ehre, Treue, Liebe etc. Reichlin wurde für seine Reportagen, Kolumnen und Bücher mit verschiedenen Preisen ausgezeichnet. Zuletzt erschien von ihm der Roman «Er» (Galiani-Verlag). Reichlin, Jahrgang 1957, lebt in Berlin.



«Geldgier ist und war ein gefährlicher Trieb der Menschheit und kann das Fass zum Überlaufen bringen.» *Adolf Meier*



Was ist eine angemessene Entschädigung? Manager Vasella.

Bewunderung oder Abscheu Nr. 8 – «Vasellas Abgang»; von Roger Köppel und Klaus Schwab

Vasella, ein Name, der Bewunderung oder Abscheu erzeugt. Bewunderung für eine gute Unternehmensführung während dreier Jahrzehnten, die mit rund 300 Millionen Franken fürstlich entlohnt wurde. Abscheu, wenn man sich der Summe bewusst wird und fragt, was ein Mensch mit so viel Geld anfangen kann oder wer zu diesem, für einen Normalbürger unvorstellbaren Reichtum beigetragen hat: die Kranken und Tausende Mitarbeiter, die sich täglich zum Wohl der Menschen einsetzen. Eine Summe von 72 Millionen Franken wollte sich Herr Vasella am Ende seiner Karriere noch für sein Nichtstun zusichern. Das schürte den Volkszorn – der Habenichtse und der Elite –, da ein solches Vorhaben jeder guten Ethik widerspricht. Was ist eine normale Entschädigung, und was ist Abzockerei? Das sind hier die Fragen. Geldgier ist und war ein gefährlicher Trieb der Menschheit und kann das Fass zum Überlaufen bringen. Wir leben in einer Zeit der Superlative, wo viele Instanzen die Bodenhaftung verloren haben. Die Folgen daraus sind kaum positiv.

Adolf Meier, Wermatswil

Zunächst möchte ich Ihnen, Herr Köppel, meinen Respekt zollen, dass Sie den Mut haben, öffentlich zuzugeben, dass Sie Daniel Vasella falsch eingeschätzt haben. Damit müssen Sie

sich jedoch nicht auf dieselbe Ebene wie die «Neidhammel» und oberflächlichen Kapitalismuskritiker begeben, ganz im Gegenteil. Sie können genauer hinschauen und aufzeigen, woran die Marktwirtschaft zurzeit wirklich krankt, nämlich an einem Mangel an echten Unternehmern, die leider generell in den Medien kaum Gehör finden.

Im Gegensatz zu Herrn Vasella, der als Angestellter keine unternehmerische Verantwortung und kein unternehmerisches Risiko trägt, wurde zum Beispiel das Gehalt des echten Unternehmers Nicolas Hayek nie diskutiert. Hayek hat damals wirklich unter schwierigen Bedingungen gekämpft, eine enorme Leistung erbracht und obendrein viel riskiert, um die Schweizer Uhrenindustrie zu retten. Gleichzeitig hat er die Schweizer Tugend der Bescheidenheit gewahrt und sich selbst nie in das Rampenlicht der Medien gedrängt. Dementsprechend wurde er auch von den Leuten respektiert und ihm sein Vermögen gegönnt. Zudem sind Fusionen zu immer grösseren Konzernen ein Fluch und kein Segen für die Marktwirtschaft, weil dadurch eine entscheidende Lebensgrundlage der Marktwirtschaft, nämlich der Wettbewerb, abstirbt. Nach dem Motto «Konkurrenz belebt das Geschäft» geht damit auch ein Grossteil der Innovationskraft verloren, was gerade Novartis jetzt zu spüren bekommen hat, weil viele Patente auslaufen und kaum neue Produkte in der Pipeline sind.

Frank Lang, MuttENZ

Notwendiger Rückblick

Nr. 8 – «Brandsätze gegen die Demokratie»;
Philipp Gut, Markus Schär und
Lucien Scherrer über die achtziger Bewegung

Ehrlich gesagt: Vorerst stand ich den Artikeln der *Weltwoche* über den Zürcher Linksextremismus der siebziger und achtziger Jahre eher skeptisch gegenüber. Prima vista schien es mir, dass es dabei lediglich um medieninterne Abrechnungen ohne grössere Bedeutung ginge. Doch bei näherem Betrachten geht es um bedeutend mehr: nämlich um die Frage, inwiefern der damals «schicke» Kreis des Zürcher Terror-Sympathisantentums recht eigentlich den Humus (samt Dünger) dafür darstellte, dass die danach recht üppig wachsende Pflanze der Schweizer Linksterror-Unterstützerszene überhaupt erst entstehen und dann über viele Jahre – politisch dank induktiver Mediengunst relativ unangefochten – gedeihen konnte. Dass daraus im In- wie im Ausland viele und auch schwere Terrorakte resultierten, ist belegbar.

Wer damals Terrorakte beging und dafür gerichtlich belangt werden konnte, musste mittlerweile seine Strafe verbüssen. Wer hingegen damals in den Medien solche Terrorakte durch seine stete aktive ideologische Unterstützung förderte (wenn nicht gar initiierte) und danach wortreich guthies und rechtfertigte, musste für sein damaliges Tun nie dafür geradestehen, im Gegenteil: Jene Leute, die damals für solche Ideen zumindest Sympathien hegten (wenn nicht viel mehr), haben danach hauptsächlich in unseren Schweizer Medien, aber auch in unseren Verwaltungen, Parlamenten, Regierungen und Gerichten von Gemeinden, Kantonen und Bund Karriere gemacht. Unsere «politisch korrekte» Schweiz hat zwar recht oft und gerne den (auch gesinnungsmässig) für die Sicherheit der Schweiz bedeutend weniger virulenten Rechtsextremismus historisch aufarbeiten lassen und gegeisselt, aber eine wirklich objektive historische Beurteilung unseres damaligen Linksextremismus als Vorstufe zum Linksterrorismus fehlt bis heute. Möge die Artikelserie der *Weltwoche* dafür ein Türöffner sein.

Roland Burkhard, Bern (ehemals stv. Chef der schweizerischen Bundespolizei)

Ihr notwendiger Rückblick auf die linke Presse der achtziger Jahre gibt mir persönlich die Hoffnung auf eine Rehabilitation, mit der ich nicht mehr gerechnet habe. Seit meinem Rauswurf aus der *Woz* und meinem Bruch mit der Linken – dem die *Weltwoche* 1983 eine ganze Seite widmete – bin ich als Buchautor von der linksdominierten Kultur- und Medienszene zuerst diffamiert und später geächtet worden. Mein Plädoyer für ein freies persönliches Denken und mein Bekenntnis zur Schweiz haben mir Strehle und Co. nie verziehen – weil sie im

Grunde noch heute so denken wie damals. Kein Schriftsteller könnte sich heute zum Beispiel leisten, zu sagen, Blocher habe unser Land vor der EU gerettet. Er hätte bald keine Freunde mehr. *Nicolas Lindt, Woz-Mitbegründer, Wald*

China hat nie einen Angriffskrieg geführt

Nr. 8 – «Back to the U. S. S. R.»;
Kolumne von Hansrudolf Kamer

Der brillante Kolumnist der *Weltwoche*, Hansrudolf Kamer, sieht nicht nur heute im eskalierenden Streit zwischen Japan und China um eine Inselgruppe im Ostchinesischen Meer militärisches Konfliktpotenzial. Schon 1998, als die chinesische Marine Manöver im Südchinesischen Meer durchführte, befürchtete er eine Invasion Taiwans. Der Kauf Japans dieser Inseln ist eine klare Provokation. Ein härterer Kurs der neuen japanischen Regierung gegen die Volksrepublik ist zu sehen. Wieso werden historische Fakten, die das Verhältnis von China und Japan betreffen, in den Berichterstattungen immer ausgeblendet? Die kaiserliche Armee hat im Zweiten Weltkrieg in Nanking Grausames angerichtet. 500 000 Menschen wurden niedergemetzelt, schwangeren Frauen die Leibesfrucht herausgeschnitten. Die kaiserlichen Ärzte machten flächendeckende medizinische Experimente mit Milzbrandbakterien mit Hunderttausenden Chinesen, um die Wirkung von chemischen und biologischen Waffen zu testen. Der frühere Premierminister Koizumi pilgerte jährlich zum Yasukuni-Schrein in Chiyoda, um die *kami*, die verstorbenen Kriegshelden, zu ehren. Japan hat sich weder um eine minimale Entschuldigung noch um eine Reparationszahlung bemüht. Die Geschichte belegt: China ist nie in Japan einmarschiert oder hat niemals

in seiner Geschichte einen Angriffskrieg geführt, sondern erlebte nur innere kriegerische Auseinandersetzungen. Diese historische Tatsache teilt China mit der Schweiz.

Roger E. Schärer, Herrliberg

Weitaus grösserer Schaden

Nr. 2 – «Wem die Keule droht»;
Markus Schär über die UBS

Es ist beschämend, wie verschiedenartig Delikte in der Schweiz bestraft werden. Wenn ich mit dem Auto die Parkzeit oder die höchstzulässige Geschwindigkeit bei einer Kontrolle überschreite oder bei einem in den meisten Ortschaften alle fünfzig bis hundert Meter vorkommenden Fussgängerstreifen den Vortritt eines Fussgängers missachte, werde ich bestraft und muss eine Busse bezahlen. Anscheinend können die Herren Ospel und Wuffli einen weitaus grösseren Schaden an der UBS und vor allem am jetzt verlorengegangenen Vertrauen in die Banken anrichten, ohne dass diese zur Rechenschaft gezogen und verurteilt werden. Das zu Unrecht erhaltene Geld, sprich Bonus, hat man, und die anderen sollen schauen, wie es weitergeht. Mit einer wohltätigen Stiftung und Vorträgen über die Ethik in der Wirtschaft bemüht sich Wuffli, seine Weste reinzuwaschen, und Ospel hüllt sich in Schweigen, was sicherlich für ihn besser ist. Wenn diese beiden Herren für die katastrophalen Fehlleistungen nicht zur Rechenschaft gezogen werden, verstehe ich das Rechtssystem in der Schweiz nicht mehr. Dann sind wir endgültig in einer Bananenrepublik.

Manfred Weibel, Trimbach

Korrigenda

Die CD des Kabarettisten Simon Enzler heisst «Vestolis» und nicht «Vestalin», wie es im Artikel «Der interessante Unterschied» von Christoph Blocher (*Weltwoche* Nr. 8/13) heisst. Wir bitten um Entschuldigung. *Die Redaktion*



CRESTA
PALACE

Frühlingsbote

SKI-(S)PASS CHF 25.–

Grosser SPA-, Pool- und Therapie-Bereich sowie Kinderclub.
Direkt bei Skilift, Gondelbahn, Skischulen und Loipen.
7 Tage Zi./Frühstück ab CHF 1197.– im DZ/Person
Ab 2 Nächten:
Skipass für CHF 25.– pro Person/Aufenthalts-tag

★★★★

CRESTA PALACE · CH-7505 Celerina/St. Moritz
T +41 (0)81 836 56 56 · www.crestapalace.ch
Elisabeth und Hanspeter Herren

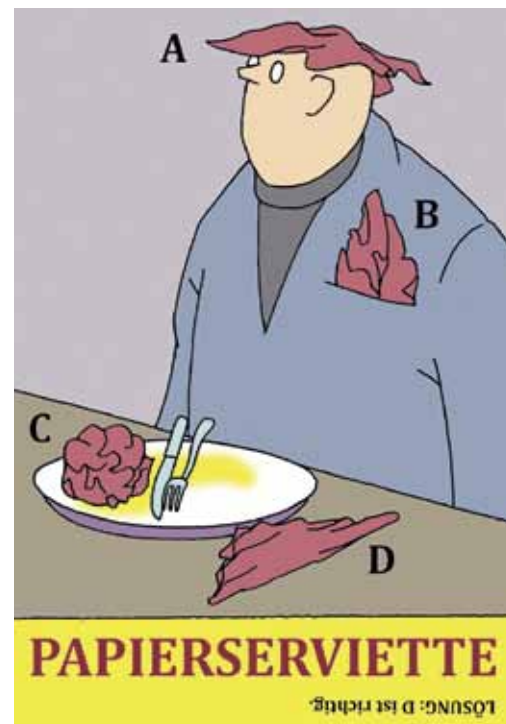


Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert. Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man nach dem Essen im Restaurant die Papierserviette zerknüllen und in das restliche Essen oder die übriggebliebene Sauce werfen? *H.-J. Staehli, Tarragona (Spanien)*

Nein. Für Papierservietten gelten dieselben Regeln wie für Stoffservietten: Nach dem Essen wird das benutzte Mundtuch lose gefaltet links neben den Teller gelegt, und zwar korrekterweise so, dass die Öffnung zum Teller und der Knick zum Sitznachbarn weist. Eine Lizenz zum Knüllen besteht einzig in Etablissements, wo sich Mülleimer in unmittelbarer Nähe zum Gast befinden (Wurstbuden, Bahnhofsimbisse etc.). Überall sonst entspricht ein Serviettenklumpen auf Resten von Sauce und anderem einer Abrissbirne am Fundament von Tischsitten und Anstand. *Sacha Verna*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.



Starke Mehrheit: Beat Jans (SP).



Die Katastrophe brachte den Durchbruch: Eric Nussbaumer (SP).

Trag Sonne im Portemonnaie

Ein «Dream-Team» von drei Genossen, unterstützt von Grünen der anderen Parteien, prägt die Energiepolitik des Bundesparlaments. Die Kämpfer für die Solarenergie lenken die Subventionsströme auf ihre eigenen Konten. *Von Markus Schär*

Die Katastrophe brachte die Wende, vor allem für Eric Nussbaumer persönlich. Der Sozialdemokrat aus dem Baselbiet sass seit 2007 im Nationalrat auf den Hinterbänken, stand trotz seiner Qualifikation als Elektroingenieur in Energiefragen im Schatten seines Genossen Ruedi Rechsteiner und landete beim Parlamentarier-Ranking der *Sonntagszeitung* auf dem letzten Platz. «Es ist noch nicht so lange her, da tat einem nur schon der Anblick leid», stellte die *Basler Zeitung* im März 2011 fest. «Wie ein geschlagener Hund schlurfte Eric Nussbaumer durch die Wandelhalle des Bundeshauses.»

Doch seit der Havarie im japanischen Atomkraftwerk Fukushima nach dem verheerenden Tsunami ist alles anders. Eric Nussbaumer führt seit einem Jahr die Energie- und Umweltkommission (Urek) des Nationalrats, und er prägt zusammen mit seinen Genossen Roger Nordmann (VD) und Beat Jans (BS) als selbsternanntes «Dream-Team» deren Politik. So brachte er, dank dem eifrigen Support der Grünen (Bastien Girod), der Grünliberalen (Martin Bäumle) sowie der CVP-Kollegen Yan-

nick Buttet (VS) und Stefan Müller-Altermatt (SO), eine starke Mehrheit für eine parlamentarische Initiative zusammen, die die Subventionierung von unrentablen Solaranlagen massiv erhöhen will – der Nationalrat muss sie in der Märzsession nur noch abnicken.

Endlich mehr Geld

Für Eric Nussbaumer brachte die Katastrophe aber nicht nur im politischen Amt den Durchbruch, sondern vor allem auch beim privaten Geschäft. «Letztes Jahr war ein Wendejahr in der Schweizer Energiepolitik», jubelte er im Jahresbericht 2011 der Liestaler ADEV Energiegenossenschaft. «Was die ADEV seit über 25 Jahren fordert und pionierhaft realisiert, wurde endlich politisch entschieden: die definitive Abkehr von der unsäglichen Atomtechnologie und die Zuwendung zu einer dezentralen Energieversorgung.» Dank dem panischen Entscheid der Politik, aus der Atomkraft auszusteigen und eine Energiewende hinzulegen, dürfte endlich Geld, viel mehr Geld, für «ökologische» Projekte fliessen, die ökonomisch keinen Sinn machen. Eric Nussbaumer

(Berufsbezeichnung: «Sozialunternehmer») schafft es deshalb vom Schluss an die Spitze einer Rangliste: Er ist der geschäftstüchtigste jener Parlamentarier, die direkt ins eigene Portemonnaie politisieren.

Die meisten rot-grünen Parlamentarier verfolgen weniger ideelle als vielmehr materielle Interessen, wenn sie für die Energiewende predigen – das lässt sich leicht zeigen (siehe unten). Keiner aber verfügt über ein so perfektes politisch-kommerzielles Businessmodell, um für sich Gelder fliessen zu lassen, die er mit einer Leistung auf dem Markt nicht erarbeiten könnte: um also, wie es die Ökonomie ausdrückt, für sich Renten abzurahmen.

Im Zentrum dieses Subventionsgenerators steht die ADEV Energiegenossenschaft mit Eric Nussbaumer als Präsident und gewichtigem Genossenschaftler. Die Holding hält die Anteile an der ADEV Wasserkraftwerk AG, an der ADEV Windkraft AG und an der ADEV Solarstrom AG, die gemäss dem letzten verfügbaren Jahresbericht 2011 mit 31 Fotovoltaikanlagen auf Spitälern, Viehscheunen, Flugplatzhangars und Unternehmenssitzen (Coop,



Berufsbezeichnung: «Profipolitiker»: Roger Nordmann (SP).

Clariant) insgesamt 3,3 Millionen Kilowattstunden erzeugte. (Das Kernkraftwerk Leibstadt braucht dafür knapp drei Stunden.)

Die Aktien der drei Gesellschaften lassen sich auf der Nebenwerteplattform der Berner Kantonalbank handeln, bei der ADEV Windkraft AG (mit Nussbaumer als Präsident) gab es aber im letzten Jahr nur drei Abschlüsse und bei der ADEV Wasserkraftwerk AG gar keinen Umsatz – bei der ADEV Solarstrom AG fand immerhin alle zwei Wochen Handel statt. Die Kurse der drei Aktien brachen seit der Ausgabe bis Anfang 2011 um 30 bis 60 Prozent ein, sie haben sich dank der Energiewende knapp auf die Ausgabepreise erholt.

Ein interessantes Geschäft macht die ADEV-Energieholding aber mit der Ausgabe von Zertifikaten für «nachhaltig und sozial verträglich produzierten Strom aus erneuerbaren Energien»: «Unsere Ökostromkunden kaufen den ökologischen Mehrwert bei der ADEV ein, während sie weiterhin ihr Elektrizitätswerk für die physikalische Stromlieferung bezahlen.» (Der Strom aus grossen Wasserkraftwerken, der in der Schweiz mehr als die Hälfte des Produktionsmix ausmacht, hat keinen ökologischen Mehrwert.) So konnte die ADEV 2011 an 243 Kunden den virtuellen «Ökostrom-Mehrwert» von 2,3 Millionen Kilowattstunden verkaufen. (Das Kernkraftwerk Leibstadt braucht dafür knapp zwei Stunden.)

Auf das Erstellen von Fotovoltaikanlagen ist die Willy Gysin AG spezialisiert: Eric Nussbaumer stieg 2009 beim verschuldeten Lies-

taler Elektrogeschäft ein, sorgte für Darlehen der ADEV und hält das Unternehmen seit 2012 (als der Subventionsstrom zu fließen versprach) zusammen mit der ADEV Solarstrom AG. Und auch für die günstige Finanzierung schaut Eric Nussbaumer selbst: Er ist Verwaltungsratspräsident der Alternativen Bank Schweiz und Mitglied bei deren Innovationsfonds, der mit steuerbefreiten Spenden «förderungswürdige Projekte, Institutionen und

Die meisten rot-grünen Parlamentarier verfolgen weniger ideelle als materielle Interessen.

Unternehmen unterstützt, welche die Kreditbedingungen der ABS noch nicht erfüllen können». Noch eine Frage, welche Bank die ADEV als grösste Darlehensgeberin finanziert?

22 000 Subventionsempfänger warten

Schliesslich sorgt die Agentur für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz dafür, dass in Bern die Subventionen fließen: Präsident ist Eric Nussbaumer, zusammen mit der freisinnigen Nationalratskollegin Christa Markwalder. «24 Branchenverbände mit mehreren tausend Unternehmungen erachten die Stossrichtung der neuen Energiestrategie als zielführend und praxisnah» – und vor allem als lukrativ, denn bei den Branchenverbänden handelt es sich um Swissolar, Swissisol, Minerergie, die Fachvereinigung Wärmepumpen

Risiko

Wohlensee leeren!

Der Staudamm bei Mühleberg sei gefährlich. Daraus werden die falschen Schlüsse gezogen.

Im real existierenden Sozialismus gab es die Agitprop. So demonstrierte etwa das sowjetische Fernsehen mit Kamerafahrten durch Schweizer Schrebergärten, wie elend die Arbeiter im kapitalistischen Westen hausen. Die Agitprop-Ministerien sind mit der Sowjetunion verschwunden. Dafür gibt es heute Greenpeace. Die grüne Lobbyorganisation will den Menschen demonstrieren, wie gefährlich die Kernenergie angeblich sei. Und zu diesem Zweck ist jedes Mittel recht.

Im Hinblick auf den zweiten Fukushima-Jahrestag hat Greenpeace die Dauerkampagne gegen das AKW Mühleberg intensiviert. Es wird mit der schwer überprüfbaren Behauptung Stimmung gemacht, die Staumauer des Wohlensees oberhalb des Kernkraftwerks sei einsturzgefährdet. Deshalb müsse das AKW sofort stillgelegt werden. Erstaunlicherweise erhob bislang niemand Einspruch. Hinter der Forderung von Greenpeace steckt eine verquere Logik, die entlarvend ist.

In den Fluten des Tsunami an der japanischen Küste haben gegen 20 000 Menschen ihr Leben verloren. Wegen der Havarie in den Reaktorblöcken von Fukushima Daiichi wurde bislang kein einziger Mensch ernsthaft verletzt, geschweige denn getötet. Ein grosser Teil der Anwohner, die aus der nuklear verseuchten Sperrzone evakuiert wurden, ist längst wieder in seine unversehrten Heime zurückgekehrt. Für die Überlebenden in den vom Tsunami zerstörten Gebieten sieht es weniger gut aus. Ob ihre Häuser in der Gefahrenzone je wieder aufgebaut werden, ist fraglich.

Fukushima hat vor allem eines gezeigt: Selbst gegen den schlimmsten nuklearen Unfall (GAU) kann man sich ziemlich gut schützen; gegen die Wassermassen ist der Mensch dagegen machtlos. Diese Erkenntnis ist gerade für die Schweiz mit ihren vielen Stauseen von Belang. Übertragen auf Mühleberg, heisst das: Wenn der Staudamm wirklich so gefährlich ist, wie Greenpeace behauptet, muss der Wohlensee sofort entleert werden. Das wäre auch ökonomisch sinnvoll, produziert das kleine AKW Mühleberg doch fast zehnmal mehr günstigen und sauberen Strom als das Wasserkraftwerk.

Alex Baur

Schweiz oder den Interessenverband Schweizerischer Kleinkraftwerk-Besitzer.

Die Energiepolitiker fordern deshalb mehr Geld für Gebäudesanierungen und – so in der kommenden Session – für Solaranlagen. Die Konsumenten müssen diese mit einer Abgabe fördern, die Politik bezahlt damit die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) für unrentable Produktion. Der Topf für Solaranlagen war aber schon am ersten Tag ausgeschöpft, als sich ab 2008 Projekte anmelden liessen; das hat zu einer Warteschlange von mehr als 22 000 Subventionsempfängern geführt.

«Der Deckel muss weg!»

Mit der parlamentarischen Initiative «Freigabe der Investitionen in erneuerbare Energien ohne Bestrafung der Grossverbraucher» will die Nationalratskommission deshalb die Zwangsabgabe kräftig erhöhen und den «Deckel», also das Kontingent der geförderten Projekte, deutlich anheben – ohne die Industrie mit höheren Strompreisen zu belasten. (In Deutschland, wo die Haushalte die Abgabe weitgehend tragen müssen, führt dies bereits dazu, dass Ärmere ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen können.) Doch die ADEV Energiegenossenschaft, aus unerfindlichen Gründen zur Vernehmlassung eingeladen, zeigt sich nicht einmal damit zufrieden: «Wir



Mehr Subventionen: Christa Markwalder (FDP).

bitten Sie eindringlich, weitere Gesetzesanpassungen in dieser Vorlage vorzunehmen und die KEV-Limitierungen substanzieller abzubauen. Der Deckel muss weg!»

Beim Kampf um mehr Subventionen kann Kommissionspräsident Eric Nussbaumer auf Genossen und andere Grüne zählen, denn diese politisieren ebenfalls in den eigenen Sack. Beat Jans vertritt sogar im Namen der SPS die Position, die Konsumenten sollten «die Möglichkeit erhalten, selber Strom zu produzieren oder sich an erneuerbaren Anlagen zu beteiligen und so von deren Rendite zu



Politischer Beirat: Martin Bäumle (GLP).

profitieren». (Wenn es um das Retten der Welt geht, greift auch die SPS in den verbalen Giftschrank des Kapitals – der «Profit» ist die Subvention.) Der Basler Nationalrat, Verwaltungsrat der auf Ökostrom getrimmten Industriellen Werke Basel und Beirat für Nachhaltigkeit der Bank Coop arbeitet für das Beratungsunternehmen Ecos (bei den Interessenbindungen nicht vermerkt); dessen Chef, der bestandene Umweltaktivist Daniel Wiener, erhält dank ihm Zutritt zum Bundeshaus. Ecos Invest «unterstützt Unternehmen und Institutionen, die neben wirtschaftlichen auch soziale

Zwei Standpunkte, zwei Meinungen.

Roger gegen Roger
on Tour
FM 93.6 **RAD10**
DIE WELTWOCHEN
80 JAHRE QUALITÄT

Live in Meilen

Ort: Gasthof Löwen, Seestrasse 595, 8706 Meilen

Datum: 4. März 2013

Zeit: 18 Uhr bis 18:50 Uhr, Türöffnung 17 Uhr

Eintritt: nur mit Anmeldung unter tickets@radio1.ch (Platzzahl beschränkt)

Live in
Meilen!



Förderung der Windenergie: Bastien Girod (GP).

und ökologische Mehrwerte schaffen wollen», und betreut dafür auch Finanzmarktprodukte wie den UBS Equity Fund Eco Performance (Mehrwert in den letzten fünf Jahren: –8 Prozent) oder den UBS Equity Fund Global Innovators (–34 Prozent).

Der Dritte im «Dream-Team» macht ausschliesslich Sonne zu Subventionen. Der Politologe Roger Nordmann (Berufsbezeichnung: «Profipolitiker») führt den Branchenverband Swissolar, rät bei Fotovoltaikprojekten und predigt mit Büchern, Referaten sowie Voten und Vorstössen im Parlament für die Solar-



Grenzen aufzeigen: Yannick Buttet (CVP).

energie. Ausserdem präsidiert der Vaudois den Verein Cleverenergy, zusammen mit alt Nationalrat Yves Christen (FDP/VD) – und mit Eric Nussbaumer. Der Verein will «in erster Linie den aufgrund der unzureichenden KEV-Mittel brachliegenden Ressourcen «ein Gesicht verleihen» (KEV-Warteschlange) und bewirken, dass die KEV-Mittel aufgestockt werden». Zur Schirmherrschaft gehören heute noch die verstorbenen FDP-Nationalräte Otto Ineichen und Peter Malama.

Und wie steht es sonst mit den materiellen Interessen der Kommissionsmitglieder? Bas-

tien Girod führt als Vizepräsident Suisse Eole, die von Nationalrätin Isabelle Chevalley (GLP/VD) präsidierte Vereinigung zur Förderung der Windenergie in der Schweiz, und dient zusammen mit GLP-Präsident Martin Bäumle (Verwaltungsrat der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich) dem Lobbyverband Swisscleantech als politischer Beirat. Von den Energiewende-Aktivistinnen in der Kommission lässt sich nur den CVP-Mitgliedern keine Interessenbindung nachweisen, mal abgesehen von ihrer Abhängigkeit von der nicht so heimlichen Parteichefin Doris Leuthard. Yannick Buttet schafft es in CVP-Manier sogar, immer noch dem Büro der Fédération romande pour l'énergie anzugehören: Die Vereinigung zeigt die Grenzen der erneuerbaren Energien auf und kämpft für die Atomkraft.

Lässt sich dank viel mehr Subventionen für die Solarenergie bald das grosse Geschäft machen? Nicht einmal Eric Nussbaumer scheint seinem Business richtig zu trauen. Der «Sozialunternehmer» will sich aus der Geldverteilungsmaschine in der Bundespolitik absetzen und am nächsten Sonntag in den Baselbieter Regierungsrat aufsteigen.

Interview mit ETH-Professor Anton Gunzinger zur Energiewende: Seite 28

WACHSENDE ZWEIFEL AN DER RAUMPLANUNGSREVISION

1. Aussonnungen kosten Milliarden. Wenige profitieren – alle zahlen.
2. Zwang zum Bauen ist kontraproduktiv. Wir brauchen keine Bau-Beschleuniger.
3. Zentralismus ist negativ. Bevormundete Gemeinden planen schlechter.

Zum Boden müssen wir Sorge tragen. Doch übertriebene Planung schafft nicht mehr Raum.

NEIN
zum Raumplanungs-gesetz
am 3. März

«Als Ingenieur tut mir das weh»

Der ETH-Professor Anton Gunzinger, bekannter Spezialist für Supercomputer, rechnet mit seinem Modell vor, wie die Schweiz die Energiewende schaffen kann. Um ohne Atom- und Gaskraftwerke auszukommen, braucht es allerdings 100 Quadratkilometer Sonnenkollektoren. *Von Markus Schär*



«Der Strompreis bleibt immer gleich»: Wissenschaftler Gunzinger mit einem Smart-Grid-Prototyp.

Sie sind bekannt als Spezialist für Supercomputer. Warum setzen Sie sich mit der Energiepolitik auseinander?

Wir entwickeln in unserer Firma Computersysteme für verschiedenste Anwendungen wie Fahrerassistenzsysteme für Autos, Systeme zur Überwachung von Eisenbahnwaggons oder für das Videoarchiv des Schweizer Fernsehens. Das Bundesamt für Energie sowie zwei Stromkonzerne beauftragten uns, die Möglichkeiten des «Smart Grid» (intelligentes Stromnetz) zu untersuchen. Um die Anforderungen an ein Smart Grid zu verstehen, haben wir verschiedene Energieszenarien simuliert.

Warum braucht die Schweiz Sie, um die Energiewende zu schaffen?

Sie braucht mich nicht dafür. Es gibt rund fünfzig Studien, die zeigen, wie es gehen könnte. Ein Ingenieur fragt sich einfach

immer: Wie kann man etwas zum Funktionieren bringen? Am Anfang glaubte ich selber nicht, dass die elektrische Energieversorgung der Schweiz allein mit erneuerbarer Energie möglich ist. Doch inzwischen weiss ich, dass wir aus der Atomkraft aussteigen können und keine zusätzlichen Gaskraftwerke benötigen – wenn wir das so wollen.

Fast alles lässt sich machen, wenn man nicht auf die Kosten schauen muss.

Das war die nächste Überraschung: Alle Varianten kosten fast gleich viel. Sie finden unser Modell auf dem Internet. Mit allen Szenarien, die mir persönlich realistisch erscheinen, bleibt der Strompreis immer gleich, plus/minus einen Rappen pro Kilowattstunde. Das hätte ich nicht gedacht.

Können Sie einfach besser rechnen?

Neein. Aber wir versuchten etwas, was nicht bei allen Studien seriös gemacht wur-

de: das ganze System dynamisch zu betrachten. Es reicht nicht, Energiemengen zu vergleichen. Die Leistungsbilanz muss jederzeit stimmen. Wir müssen in jedem Sekundenbruchteil gleich viel Strom erzeugen, wie wir verbrauchen.

Und diese Rechnung geht bei Ihnen auf?

Ja. Wir gehen davon aus, dass die Schweiz im Jahr 2035 gleich viel elektrische Energie verbraucht wie 2010, also 60 Terawattstunden (TWh). Der Bund rechnet damit, dass der Verbrauch sinkt.

Sie behaupten, die Schweiz könne sich auch ohne Atomkraftwerke selber mit Strom versorgen. Wie soll das gehen?

«Wir können und müssen es intelligenter machen als Deutschland.»

Das Problem ist der Winter. Vom 1. Oktober bis zum 31. März brauchen wir 35 Terawattstunden. Wo kommen die her? Bisher erzeugten die Atomkraftwerke und die Flusslaufwerke einen grossen Teil der Bandenergie, also des stetigen Stroms. Die rund 15 TWh der Atomkraftwerke erzeugen wir mit Solarenergie (10 TWh), hauptsächlich im Sommer, und mit Windenergie (5 TWh). Das Wunderbare an den Speicherkraftwerken ist ihre grosse Flexibilität: Sie kommen immer für den Fehlbetrag auf und erlauben es, im Winter von den im Sommer angelegten Vorräten zu zehren. Die Schweiz ist geradezu ideal vorbereitet. Länder wie Deutschland, Frankreich oder Italien haben diese Möglichkeit nicht.

Dennoch fragt sich, ob Autarkie Sinn ergibt, gerade beim Strom, der sich in Sekundenbruchteilen europaweit handeln lässt.

Es ist gut zu wissen: Wir schaffen es aus eigener Kraft. Aber natürlich ergibt es Sinn, mit Europa Stromhandel zu betreiben und gemäss unseren Möglichkeiten Geld zu verdienen. Mit den Pumpspeicherwerken, die wir benutzen, um die Tagesschwankungen auszugleichen, lässt sich etwa im Februar bei Strompreisschwankungen bis zu Faktor zehn gut Geld verdienen, das ist gar keine Frage.

Sie müssen in Ihren Modellen die Solarenergie stark ausbauen, weit über die Pläne des Bundesrates hinaus.

Ja, das ist richtig. Je nach Modell benötigen wir etwa die doppelte Menge Solarenergie.

Sie müssen also die ganze Schweiz mit Sonnenkollektoren überziehen.

Nein, wir brauchen rund 100 Quadratkilometer.

Viel Vergnügen bei der Standortsuche.

Die gesamte Gebäudefläche in der Schweiz beträgt rund 400 Quadratkilometer, wir müssten also einen Viertel davon vollpflastern. Das ist eine grosse Fläche, ich will das nicht kleinreden. Aber wir verbrauchen auch für andere Infrastrukturen sehr viel Fläche: Für die Strassen brauchen wir 600 Quadratkilometer, für die Parkplätze unserer vier Millionen Autos 200 Quadratkilometer. Es ist also möglich.

Und dabei rechnen Sie ein, dass Solaranlagen in der Schweiz nur zehn Prozent des maximal möglichen Stroms liefern?

Natürlich, deshalb brauchen wir viele Solaranlagen. Bei uns liefern sie 25 Prozent der elektrischen Energie. Im Winter können wir damit an sonnigen Tagen beinahe den Bedarf abdecken. Im Sommer haben wir dann einen Überschuss an elektrischer Energie, vor allem an den Wochenenden. Der schlimmste Tag ist der Pfingstmontag: Da scheint immer die Sonne, aber niemand arbeitet...

Deshalb explodiert europaweit das Netz.

Um dies zu vermeiden, brauchen wir Smart Grids. Wir «pumpen» den Strom nicht blind ins Netz, das wäre dumm. Denn zu viel Energie im Netz ist noch schlimmer als zu wenig.

Was machen Sie dagegen?

Wir müssen den Strom an der Quelle begrenzen. Die Deutschen drosseln ihre Anlagen standardmässig auf 70 Prozent der maximalen Leistung, weil sie das Angebot sonst gar nicht bewältigen könnten.

Das ist nicht wahnsinnig smart.

Richtig. Aber wir machen es bei den Flusskraftwerken zurzeit auch so: Wenn zu viel Wasser kommt, fliesst es einfach vorbei. Natürlich geht es darum, Smart Grids zu entwickeln, die den Strom dorthin lenken, wo wir ihn brauchen. Dieses Problem lässt sich lösen.

Mit welchem Zeithorizont?

In fünf, sechs Jahren brauchen wir eine Lösung. Das Problem stellt sich, wenn wir stärker auf Solarenergie setzen. Wir rechnen mit 12 bis 18 Gigawatt Leistung. Wenn die Sonne scheint, käme also 18-mal das Atomkraftwerk Gösgen ins Netz. Das geht nicht ohne Smart Grid. Wenn wir die Atomkraftwerke Beznau und Mühleberg im Jahr 2022 vom Netz nehmen wollen, brauchen wir etwa 4 Gigawatt Solarenergie.

Also mehr als zwanzig Quadratkilometer Sonnenkollektoren.

Ja, da müssten wir vorwärtsmachen. Und ab 2018 brauchen wir ein Smart Grid.

Deutschland zeigt doch gerade als abschreckendes Beispiel, dass die Energiewende mit Solaranlagen in die Sackgasse führt.

Wir können und müssen es intelligenter machen als Deutschland.

Was wollen Sie gescheiter machen?

Wir brauchen eine ganz andere Form der Einspeisevergütung als Deutschland, so wie sie der Bundesrat vorsieht. Er würde nur noch eine Anschubfinanzierung bezahlen, jedoch keinen weiteren Beitrag für die Stromproduktion geben; da herrscht der Markt. Langfristige staatliche Verpflichtungen finde ich gefährlich, das ist nur eine Umverteilung von Geld. Ein Staat sollte das vermeiden.

Dann rentieren aber viele Anlagen nicht mehr.

Nur wenn sie fremdfinanziert sind. Für ein KMU hingegen kann eine Solaranlage eine super Investition sein, vor allem wenn wir die Eigenverbrauchsregelung haben. Teuer ist das Netz, es kostet Sie zehn Rappen pro Kilowattstunde. Der Preis für den Atomstrom liegt bei 16, 17 Rappen. Wenn Sie den eigenen Strom brauchen dürfen, kommen Sie schnell unter diesen Wert.

Weshalb glauben Sie als Ingenieur nicht daran, dass sich die Atomtechnologie weiterentwickeln lässt?

Auf Toiletten finden Sie das Schild: «Bitte verlassen Sie diesen Ort, wie Sie ihn angegriffen haben». Ich möchte den nächsten Generationen nicht Abfall hinterlassen, den man 60 000 Jahre sicher lagern muss. Ausserdem ist mir das Risiko, das ganze Mittelland evakuieren zu müssen, für einen Rappen billigeren Strom pro Kilowattstunde zu hoch. Heute kann niemand sagen, ob ein neues AKW 10, 15 oder 20 Milliarden Franken kostet. Wie wollen Sie damit ohne Staatsgarantie Geld verdienen?

Und warum vertrauen Sie als preisgekrönter Unternehmer nicht der Ökonomie? Die Preise für Gas und Kohle sinken, weil jetzt immer mehr Vorräte gefunden und erschlossen werden.

Warum sollen wir alles verbrauchen, was wir finden? Die Generationen nach uns sollen auch noch etwas haben. Wenn wir unsere Ressourcen richtiggehend verschwenden, wie beispielsweise mit einem Offroader, der 99,5 Prozent der Brennstoffenergie in Wärme umwandelt, so tut mir das als Ingenieur weh. Für die Amerikaner gilt seit eh und je: *Go West*. Wenn sie Probleme bekommen, ziehen sie weiter westwärts. Aber irgendwann kommen sie zum Pazifik. Ich bin halt ein Bergler. Wir wissen: Wir haben nicht viel, also müssen wir haushälterisch damit umgehen.

Anton Gunzinger, 56, ist Verwaltungsratspräsident der Supercomputing Systems (www.scs.ch) und Professor an der ETH.

SWISSMEDIA
MEDIAFORUM
FORUMSWISS
SWISSMEDIA
FORUMSWISS
MEDIAFORUM

JETZT
ANMELDEN!

SwissMediaForum
23./24. Mai 2013
im KKL Luzern

Die digitale Revolution
und ihre Folgen für Medien,
Wirtschaft und Politik

Mit rund 30 Referentinnen und
Referenten, unter anderem:



Christian Wulff
Deutscher Bundespräsident a.D.



Alan Rusbridger
Chefredaktor
«Guardian», London



Josef Ackermann
Präsident Zurich
Insurance Group



Johanna Blakley
Social-Media-
Forscherin, USA



Res Strehle
Chefredaktor
«Tages-Anzeiger»



Bakel Walden
Leiter Programm-
strategie SRF



Fabian Cancellara
Radprofi,
«Twitter-König»



**Moderation:
Susanne Wille**
SRF

Alles zu Programm und Teilnahme am dritten
SwissMediaForum auf www.swissmediaforum.ch

info@swissmediaforum.ch
Telefon 056 221 10 10



Babypause in der Wirtschaftskrise: Alpiq-Konzernchefin Staiblin.

Ich bin dann mal wieder weg

Jasmin Staiblin, CEO des kriselnden Schweizer Energieunternehmens Alpiq, verabschiedet sich wenige Wochen nach Antritt ihres neuen, äusserst anspruchsvollen Postens in den Mutterschaftsurlaub. Schon wieder. Ist das ein Problem? *Von Andreas Kunz*

«Jasmin Staiblin wieder schwanger», meldete letzte Woche Radio SRF. Der *Blick* wusste, dass sich die 42-jährige brandneue Chefin des Stromkonzerns Alpiq bereits Anfang Mai in die Babypause verabschiedet. Alpiq bestätigte die Meldungen auf Nachfrage: Staiblin werde während ihrer Auszeit mit der Geschäftsleitung in Kontakt bleiben, eine Interimslösung sei nicht vorgesehen. «Mehr gibt es dazu von unserer Seite nicht zu sagen», heisst es bei der Pressestelle. Staiblin wolle keine Fragen beantworten. Der Kontakt zu den Verwaltungsräten wurde untersagt.

Die Kommunikationssperre verwundert, handelt es sich hier doch um einen interessanten Wiederholungsfall, bei dem man durch mehr Transparenz vieles lernen könnte. Schon vor vier Jahren machte Jasmin Staiblin Schlagzeilen. Die damalige Chefin von ABB Schweiz legte ihre erste mehrmonatige Babypause ein, pikanterweise mitten in der grössten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit, als Industrieunternehmen mit Umsatzrückgängen und Auftragseinbrüchen von bis zu dreissig Prozent zu kämpfen hatten.

Die meisten Medien begrüsst Staiblins Familienplanung als Ausdruck einer fortschrittlichen Gesinnung und Unternehmensführung. Nur die *Weltwoche* machte sich unbeliebt, als sie die Frage aufwarf, ob es nicht ein

Zeichen von mangelndem Verantwortungsgefühl und schlechter Unternehmensführung sei, wenn man als Chef ausgerechnet in Krisenzeiten die Kommandobrücke verlasse, egal mit welcher Begründung. Wie wolle eine Firma, die in einer Krise unter Umständen Personal abbauen müsse, gleichzeitig das monatelange Fernbleiben der wichtigsten Führungskraft in schwierigen Zeiten rechtfertigen? Brauche es einen Chef überhaupt, der so lange folgenlos fehlen könne? Der Einspruch löste eine breite Debatte aus, wobei es von vielen irgendwie als Sakrileg empfunden wurde, die Vereinbarkeit von Mutterschaftsurlaub und Krisenmanagement anzuzweifeln.

Milliardenverluste und Entlassungen

Jetzt setzt sich die Diskussion fort – und sie hat sich sogar zugespitzt: Als Staiblin im letzten Herbst schwanger wurde, wusste sie, dass sie Anfang Jahr einen neuen Job antreten würde. Bereits seit Mai 2012 war ihr Wechsel von der ABB zur Alpiq bekannt. Ebenso hatte sie gewusst, in welcher schwieriger Situation sich das Stromunternehmen befindet, das hauptsächlich im Besitz mehrerer Kantone ist. 2011 machte die Alpiq einen Verlust von 1,3 Milliarden Franken. 430 Stellen mussten gestrichen werden. Zahlreiche Tochterunternehmen und Beteiligungen mussten verkauft werden. 2012

wurden weitere 1,4 Milliarden abgeschrieben. Um zu überleben, braucht Alpiq dringend Geld, will künftig noch mehr Beteiligungen verkaufen und prüft eine Kapitalerhöhung von über einer Milliarde Franken. Die Herausforderungen sind gross in einer Branche, die sich mit der Energiewende und dem europäischen Stromabkommen vor einem gewaltigen Umbruch befindet. Jeder CEO wäre hart gefordert.

Genau jetzt allerdings, nachdem sie sich kaum eingearbeitet hat, verabschiedet sich die neue Chefin des grössten Schweizer Energieunternehmens abermals für vierzehn Wochen in die Babypause. Interessante Fragen drängen sich auf: Hat Jasmin Staiblin ihre Vorgesetzten von Anfang an informiert? Waren sie einverstanden und wenn ja, warum? Warum hat sich Frau Staiblin entschieden, wieder in Krisenzeiten ein Kind zur Welt zu bringen? Und was sagen die grossen Aktionäre, allen voran die Kantone, dazu, dass die neue Alpiq-Chefin zuerst die eigene Familie erweitert, ehe sie sich um die dringende Sanierung des Energiekonzerns kümmert?

Alles kein Problem, lauteten die ersten Reaktionen. «Zuspruch für Alpiq-Managerin», titelte die *Sonntagszeitung* und zitierte mehrere Topmanagerinnen, die Staiblin «gratulierten». Sie habe «Respekt verdient», sie mache

«Frauen Mut» und beweise, «dass sich Familie und Karriere vereinbaren» liessen, hiess es. Kritische Worte fehlten. Der *Blick* kürte die Alpiq-Chefin gar zur «Managerin des Tages». Um gute Entscheide zu treffen, müsse man nicht immer vor Ort sein, schrieb die Zeitung. «*Blick* hofft, dass auch Staiblins Kritiker den Rat befolgen.»

Seltsam bemüht und eine Spur zu betont positiv wirken die Einschätzungen und Kommentare. Die entscheidenden Fragen bleiben ohne Antwort. Niemand will sich die Finger verbrennen an dieser Debatte über Karriere, Frauen, Mutterschaft und Verantwortung.

Bisher äusserte sich Staiblin wortreich nichtssagend in Interviews zu ihrer ersten Schwangerschaft. Es sei «interessant», dass die Frage immer aufkomme. «Aber ich habe – nehmen Sie mir das Wort nicht übel – Nachsicht, dass sie mir gestellt wird. Es ist ein Gesellschaftsthema, das bearbeitet werden muss.» Wichtig sei, dass man sich mit Überzeugung und Freude sowohl im privaten wie auch im beruflichen Bereich engagiere, sagte Staiblin und blieb damit auf der Befindlichkeitsebene, ohne die schwerwiegenden Fragen nach den Pflichten in einer Chefposition, gerade in Krisenzeiten, zu berühren.

Welche Konsequenzen ihre Babypause für das Unternehmen gehabt hatte, erklärte in einem anderen Interview Peter Smits, damaliger Chef von ABB Deutschland und Stellvertreter von Staiblin. «Kein Chef führt eine Gesellschaft ganz allein», sagte Smits. Es seien immer Teams am Werk. Ohnehin könne es in allen Unternehmen immer wieder zu Situationen kommen, in denen plötzlich jemand ausfalle, beispielsweise wegen Krankheit. «Jede Gesellschaft muss mit solchen Unwägbarkeiten umgehen können», sagte Smits.

Staiblins damalige Babypause soll keinen negativen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung der ABB Schweiz gehabt haben. Trotz Frankenstärke und Wirtschaftskrise habe sie ihrem Nachfolger «ein gemachtes Nest» übergeben, heisst es in der Branche. Als sie das Angebot von Alpiq erhalten habe, sei klar gewesen, dass die «ehrgeizige und tatkräftige» Managerin den Job als CEO eines grossen, börsenkotierten Unternehmens nicht ausschlagen werde.

Öffentliche Kritik «nicht opportun»

Hätte sie den neuen Job aber auch als werdende Mutter übernehmen sollen? Kann sich der CEO eines kriselnden Unternehmens wenige Monate nach Amtsantritt für mehrere Wochen verabschieden? Alpiq schweigt. Auch die Besitzerkantone mauern. Warum eigentlich? Bei allen angefragten Wirtschaftsführern, Professoren oder Headhuntern ist zu spüren, dass sie das Thema beschäftigt, aber öffentliche Kritik sei «nicht opportun», heisst es. Zu heftig werde der «Klassenkampf der Geschlech-

ter» noch immer geführt, meint ein bekannter Verwaltungsrat. Einige wollten sich nur anonym zitieren lassen, andere liessen ein Gespräch angeblich «wegen Zeitmangels» oder «vollen Terminkalenders» absagen.

Was viele über dieses Thema denken, sagt Oswald Grübel, langjähriger Chef von Credit Suisse und der UBS: «Wenn der CEO sich für ein paar Monate abmelden muss, ist das nicht gut für ein Unternehmen, keine Frage.» Eine Firma könne nicht vierzehn Wochen auf den Geschäftsführer verzichten. «Sonst muss man fragen, was für ein Unternehmen das ist.»

Widerspruch kommt von der Zürcher Headhunterin Doris Aebi: «So wie ich Frau Staiblin kenne, wird sie auch während der Mutterschaftspause bei Bedarf für wichtige Fragen erreichbar sein.» Als Chef sei man immer wieder abwesend, sei es «durch eine längere Geschäftsreise, das Militär oder wegen einer Krankheit». Es sei Aufgabe jeder Führungskraft, eine funktionierende Stellvertretung sicherzustellen. Eine Schwangerschaftsabsenz habe den Vorteil, dass sie weit im Voraus planbar sei. Laut Aebi ist das Beispiel Staiblin für

Karriere, Mutterschaft und Verantwortung – daran will sich niemand die Finger verbrennen.

junge Frauen wichtig: «Sie sehen, dass man in Führungspositionen aufsteigen und trotzdem Kinder haben kann.»

Andere Frauen wie Magdalena Martullo, Chefin der Ems-Chemie, äussern sich diplomatisch: «Ich gehe davon aus, dass sich Alpiq so eingerichtet hat, dass Frau Staiblin als CEO trotz laufender Restrukturierungen während der Mutterschaftspause entbehrlich ist.» Als Martullo den Konzern von ihrem Vater übernommen hatte, war sie hochschwanger. Damals sagte sie in Interviews, es sei für sie nicht in Frage gekommen, den Mutterschaftsurlaub voll zu beanspruchen. Nach wenigen Tagen kehrte sie ins Büro zurück. «Ich wollte präsent sein», sagte die Unternehmerin.

Macht es einen Unterschied, ob sich ein CEO in eine mehrwöchige Pause verabschiedet oder eine Unternehmensführerin, die mit ihrem gesamten Vermögen in der Verantwortung steht? «Einem CEO wie Jasmin Staiblin fällt es sicher weniger schwer, eine Auszeit zu nehmen, als einer Unternehmerin wie Magdalena Martullo», sagt Headhunter Björn Johansson. «Man will mehr Frauen in Chefpositionen haben. Solche Konstellationen sind eine Folge davon. Damit muss man umgehen können», sagt Johansson. Eine Schwangerschaft könne man schliesslich «nicht rückgängig machen».

Bei Einstellungsgesprächen ist es nicht erlaubt, Frauen nach ihrer Familienplanung zu fragen. Geht es um Topjobs, werde aber «infor-

mell sicher abgeklärt, ob eine Babypause geplant ist», sagt Johansson. Alles andere sei unprofessionell, denn die Auszeit eines Kaders könne sich auf die gesamte Belegschaft auswirken, sagen auch mehrere Wirtschaftsführer. Johansson vermutet, dass «Frau Staiblin ihren Job wohl auch bekommen hätte, wenn sie bereits bei ihrer Anstellung die kommende Babypause erwähnt hätte».

«Der CEO muss Entscheidungen treffen»

Aus Staiblins Bekanntenkreis ist zu hören, dass sich die Alpiq-Chefin ihren Amtsantritt sicher anders vorgestellt habe und wohl «selber am meisten über ihre Schwangerschaft erschrocken» sei. Johansson sagt: «Man kann als Frau nicht immer planen, wann man schwanger wird.» Das Thema sei sehr intim. «Es gibt Frauen, die Fehlgeburten erlitten haben oder lange erfolglos versuchten, ein Kind zu bekommen.»

Die *Sonntagszeitung* zitierte «Insider» aus dem Alpiq-Konzern, die berichteten, dass Staiblin bei ihrem Amtsantritt Anfang Jahr ihre Kollegen sofort über die Schwangerschaft informiert habe. Im ersten Moment habe das nicht jedermann goutiert, inzwischen sei es jedoch «kein Thema mehr». Das klinge «sehr optimistisch», sagen erfahrene Unternehmensführer. Spätestens während ihrer Auszeit werde die Abwesenheit der Chefin «garantiert» wieder zum Thema werden. Eine klare Strategie sei ohne die Geschäftsleiterin nur schwer zu verfolgen.

Ex-Banker Grübel betont: «Der CEO muss Entscheidungen treffen. Das kann man nicht einfach delegieren.» Ein anderer Wirtschaftsführer fragt, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn Staiblin ihren neuen Job erst nach der Babypause angetreten hätte. Kaum habe sie sich eingearbeitet und erste Entscheidungen getroffen, verlasse sie die Kommandobrücke. Erfolgen die Beschlüsse während ihrer Auszeit in ihrem Sinne? Oder muss sie nach ihrer Rückkehr alles wieder rückgängig machen?

Wie Alpiq und Staiblin diese Herausforderung lösen werden, bleibt offen. Transparenz wäre hilfreich – immerhin handelt es sich um einen Schweizer Präzedenzfall, um eine Firma in überwiegend staatlichem Besitz und um ein anspruchsvolles Thema, mit dem sich immer mehr Unternehmen beschäftigen werden. Ein Vorbild könnte Marissa Mayer sein. Als die Amerikanerin letzten Sommer als neuer CEO des kriselnden Internetunternehmens Yahoo präsentiert wurde, verkündete sie gleichentags ihre Schwangerschaft. Zwei Wochen nach der Geburt teilte sie ebenso offensiv mit, dass sie bereits wieder im Büro sei. «I'm excited to kick it off», schrieb sie auf Twitter. Die Yahoo-Chefin glaubte vermutlich, ihre Pflichten als CEO eines sanierungsbedürftigen Konzerns zu verletzen, wenn sie länger als zwei Wochen wegbliebe. ○

Störfaktor im IV-Apparat

Mirosch Gerber ist seit einem Velounfall an den Rollstuhl gebunden. Wie viele Paraplegiker arbeitet er trotzdem zu hundert Prozent und verzichtet auf eine IV-Rente. Doch Invalide, die für sich selber sorgen, werden vom System bestraft. *Von Alex Baur und Daniel Kellenberger (Bild)*

Seine letzte Erinnerung bezieht sich auf eine Weggabelung auf der Bergstrasse zwischen Trübsee und Engelberg. Wäre Mirosch Gerber damals mit seinem Mountainbike geradeaus gefahren, wäre mutmasslich nichts passiert. Es war Schicksal. Bei einem Bremsmanöver, so erzählte man ihm später, sei er unglücklich gestürzt. Als der damals 34-jährige Unternehmer nach sieben Tagen aus dem Koma erwachte, lag er im Paraplegiker-Zentrum von Nottwil. Der halbe Körper war zusammengeflickt, hohe Dosen von Morphin dämpften nicht nur die höllischen Schmerzen, sondern auch seine Sinne. Doch Gerber war sofort klar, dass fortan nichts mehr sein würde wie früher und dass er den Rest seines Lebens im Rollstuhl verbringen würde.

Das war im August 2004. Bei der Lektüre des medizinischen Berichtes wundert man sich, dass der Mann noch am Leben ist: zwei Rückenwirbel gebrochen, diverse Rippenfrakturen, eine durchlöchernte Lunge, die linke Schulter zerschmettert, Sehnenrisse, schwere Verletzungen am Kopf und an den Fingern. Mirosch Gerber wurde, während er im Koma lag, in vier mehrstündigen Operationen peu à peu wiederhergestellt. Und erst recht wundert man sich, wenn man ihn heute in seiner Wohnung in Wangen an der Aare trifft: einen Mann voller Energie und Mutterwitz, der sein Leben weitgehend ohne fremde Hilfe meistert, in seiner Freizeit mit Begeisterung seinen Gleitschirm pilotiert – und nicht einmal eine IV-Rente für sich beansprucht. Doch gehen wir der Reihe nach.

Wenn die IV zahlt, wird's teuer

Man könnte sich vorstellen, dass ein Mensch an einem Schicksalsschlag, wie er Mirosch Gerber widerfahren ist, seelisch zerbricht. Die Erfahrung zeigt allerdings, dass es oft genau andersherum ist: Die Nähe zum Tod weckt ungeahnte Lebenskräfte. Zusammen mit anderen Paraplegikern, die sich in Nottwil zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengefunden hatten, kämpfte sich Gerber mit hartem Training ins Leben zurück. Er lernte den Umgang mit dem Rollstuhl und die Pflege von Körperteilen, die vom Nervensystem abgetrennt sind. Vermeintlich banale Alltäglichkeiten wie etwa der Gang zur Toilette bekamen plötzlich eine existenzielle Bedeutung und mussten mühsam neu erlernt werden. Es gab Momente der Verzweiflung, doch am Ende obsiegte stets der natürliche Überlebensdrang.

Mit dem Einzug eines Patienten ins Paraplegiker-Zentrum wird eine komplexe Maschine-



Die Nähe zum Tod weckt ungeahnte Lebenskräfte: Rollstuhlfahrer Mirosch Gerber.

rie in Bewegung gesetzt. Alles ist geregelt und standardisiert bis ins letzte Detail – von der Anmeldung bei der Invalidenversicherung über die praktische Vorbereitung auf ein Leben im Rollstuhl bis hin zur Nachbetreuung. Als Mirosch Gerber Ende 2004 wieder halbwegs transportfähig war, brachte man ihn in seine Wohnung, wo er gemeinsam mit Spezialisten der IV und einem Architekten vor Ort einen behindertengerechten Umbau planen konnte. An diesem durchdachten Konzept ist kaum etwas auszusetzen, in der Theorie. Die Probleme liegen, wie so oft, in der Praxis.

Bereits das erste Rencontre mit dem Verwaltungsapparat der IV hinterliess bei Mirosch Gerber einen zwiespältigen Eindruck, der später in offene Kritik am System umschlagen sollte. Es ist die Rede von einem übernormierten System, das dessen Nutzniesser in seine Abhängigkeit treibt, statt sie auf dem Weg in eine möglichst grosse Unabhängigkeit zu unterstützen. Nach Gerbers Erfahrung ist es ein wohl gutgemeintes System, das aber falsche Anreize setzte: Es belohnt die Resignation und bestraft die Eigeninitiative, hemmt die Selbstverantwortung, statt sie zu fördern.

Wäre es nach den Plänen des Fachgremiums gegangen, sähe die Wohnung heute wie eine Klinik aus. Geld war, zu jenem Zeitpunkt zumindest, eher nebensächlich. Gerber wehrte sich gegen einen grossartigen Umbau und setzte alles daran, den Charme des Altbaus zu erhalten. Es sollte vorderhand nur das Nötigste gemacht werden, im Wesentlichen ein Treppenlift, eine unterfahrbare Kochstelle und rollstuhlgängige Türschwellen. Alles Weitere, so meinte er, könne nach seinen individuellen Bedürfnissen, die sich aus der Praxis ergeben würden, nachgebessert werden. Seine Wohnung sollte so normal bleiben wie möglich. Schliesslich sollten sich hier auch seine Partnerin, Freunde und Angehörige, die nicht an den Rollstuhl gebunden sind, wohl fühlen und natürlich bewegen können.

Mirosch Gerber hatte jahrelang als selbständiger Unternehmer gearbeitet, er kannte sich etwas im Baugewerbe aus, und die Kostenvoranschläge der Handwerker erschienen ihm überrissen. Mit ein paar Telefonaten reduzierte er das Budget für den Umbau in Eigenregie von insgesamt 65 000 auf 48 000 Franken. Der Architekt reagierte konsterniert. Es sei in dieser Branche nicht üblich, so gab er ihm zu verstehen, um Preise zu feilschen oder gar Konkurrenzofferten einzuholen (soweit es eine Konkurrenz überhaupt gibt). Das wissen die Handwerker und stellen entsprechende Rechnungen. Und nicht nur sie. Wenn die IV zahlt, wird's allgemein teuer. Diesem Phänomen sollte Mirosch Gerber fortan noch öfter begegnen.

Gerber verzichtete unter anderem darauf, den Treppenlift wie vorgeschlagen zur Waschküche hochzuziehen, die sich im Estrich befand. Allein damit sparte er zusätzliche Ausgaben von 20 000 Franken. Es wurde mit der IV-

Fachstelle vereinbart, dass er später in Eigenregie Waschmaschine und Tumbler in seiner Wohnung installieren und die Rechnung der Invalidenversicherung schicken solle. Doch als er ein halbes Jahr danach den Waschturm für günstige 2000 Franken einbauen liess, löste er damit einen gewaltigen bürokratischen Umtrieb aus. Eine Funktionärin der IV kam extra angereist und rechnete mittels eines grossen Fragekatalogs aus, dass der Waschturm seine Lebensqualität bloss um 9 Prozent verbessern würde – doch für eine Rückvergütung wären 10 Prozent nötig gewesen. So wurde unter anderem bemängelt, dass er die Wäsche ja gar nicht selber bügeln und falten könne. Die Abmachung mit der IV-Fachstelle war plötzlich nicht mehr gültig. Fazit: Obwohl er der IV unter dem Strich zehnmal höhere Kosten für einen nutzlosen Lift erspart hatte, zahlte Gerber den Waschturm am Schluss aus der eigenen Tasche.

Eine ähnliche Erfahrung machte er beim Umbau des Autos. Der Umrüster schlug ihm eine Luxusvariante vor, die 25 000 Franken gekostet hätte. Das erschien Gerber nicht nur zu teuer, sondern vor allem nicht zweckmässig. Nach eingehenden Gesprächen mit erfahrenen Paraplegikern entschied er sich für eine simple Variante (Handbremse und Handgas), die lediglich 6000 Franken kostete und ihm etwas weniger Komfort bot. Doch ent-

Wäre es nach den Plänen des Fachgremiums gegangen, sähe die Wohnung wie eine Klinik aus.

scheidend war für ihn etwas ganz anderes: Dank dem Einbau der Minimalversion blieb genügend Platz für Fahrgäste im Auto, das nun auch von seiner nicht behinderten Freundin problemlos gelenkt werden konnte. Die einfache mechanische Installation konnte zudem bei einer allfälligen Panne im Ausland notfalls ohne Spezialwerkzeug repariert werden. Pikantes Detail: Als er später für einen Umbau eines Ersatzwagens im Internet recherchierte, fand Gerber heraus, dass exakt derselbe Umbau in Deutschland für rund 2000 Franken zu haben gewesen wäre – allerdings ohne die für die Schweiz nötige Zertifizierung.

Mit Unterstützung der IV holte Mirosch Gerber die Berufsmatur nach und bildete sich im kaufmännischen Bereich weiter. Es war eine schwierige Zeit, oft kämpfte er mit Rückfällen und neuropathischen Schmerzen, die allerdings nicht erträglicher wurden, wenn er nicht arbeitete. Und arbeiten wollte er unbedingt. Gerber war nicht willens, den Rest seines Lebens ein Rentnerdasein zu fristen. Auf eigene Initiative fand er im August 2009 denn auch einen guten Job als Projektmanager. Ein Jahr später entschied die IV: Mirosch Gerber war zu hundert Prozent arbeitsfähig. Er hatte damit auch keinen Anspruch mehr auf eine Rente. Er

akzeptierte diesen Entscheid, der ihm logisch erschien. Finanziell gesehen war das ein Fehler. Denn kaum hatte die IV ihren Entscheid gefällt, teilte ihm die Unfallversicherung (Zürich) mit, dass sie die Medikamente, die er aufgrund seiner Behinderung nach wie vor brauchte, nicht mehr bezahle. Schliesslich sei er nun nicht mehr invalid im technischen Sinn, und sie reichte auch noch gleich eine Begründung mit einem juristischen Urteil des Kantons Baselland nach. Doch auch die Krankenkasse mochte nicht bezahlen – schliesslich handle es sich um «unfallbedingte Kosten», die allenfalls von der Unfallversicherung übernommen werden müssten. Und nach den Normen der IV war Mirosch Gerber zu hundert Prozent arbeitsfähig, womit auch sein Anspruch auf Medikamente erlosch. Der Kreis schliesst sich. Fazit: Der Paraplegiker Gerber bezahlt Jahr für Jahr rund 1000 Franken für Medikamente, die er aufgrund seiner Behinderung braucht, aus der eigenen Tasche.

Minderheit: körperlich Handicaperte

Mirosch Gerber ist kein Einzelfall. Von den Paraplegikern, die er in Nottwil kennenlernte, arbeiten heute die meisten. Das ist sicher ein schöner Erfolg. Einen finanziellen Vorteil haben die arbeitswilligen aber selten. Würden sie nicht arbeiten und sich mit der IV-Rente, den Versicherungs- und Ergänzungsleistungen begnügen, hätten sie oft ebenso viel oder im Extremfall sogar mehr Geld zur Verfügung. Kommt dazu, dass ein Paraplegiker oft zusätzliche Ausgaben hat – etwa ein Auto für den Arbeitsweg –, die ihm niemand entschädigt. Das mögen Kleinigkeiten sein, doch sie summieren sich. Es ist eine verkehrte Welt: Die körperlich Handicaperten, für die die IV einst geschaffen wurde, stellen heute eine kleine Minderheit der Nutzniesser – während die Leiden des durchschnittlichen modernen IV-Rentners für den Laien kaum noch als solche erkennbar sind.

Im letzten Februar wurde Mirosch Gerber arbeitslos. An ihm lag es nicht, sondern am schwierigen Geschäftsgang in der Firma, welche die Hälfte der Belegschaft entlassen musste. Gerber ist zuversichtlich, dass er bald wieder eine Stelle finden wird. Für die Übergangszeit meldete er sich bei der Arbeitslosenkasse an. Da Invalide im Alltag mit höheren Kosten rechnen müssen, stehen ihnen 80 Prozent des letzten Lohnes zu. Im Prinzip. Doch bei der Arbeitsvermittlung (RAV) teilte man ihm mit, dass er bloss 70 Prozent erhalte; schliesslich sei er doch zu 100 Prozent arbeitsfähig und damit nicht invalid im technischen Sinn. Die zuständige «Fachfrau mit eidg. Fachausweis» erteilte ihm aber schriftlich einen Rat, der Gerber die Sprache verschlug: «Können Sie jetzt keine IV-Anmeldung machen da Sie nicht mehr am arbeiten sind» [sic]. Rollstuhlfahrer, die ihr Leben selber meistern und für ihren Unterhalt sorgen, werden vom System offenbar als Störfaktor betrachtet. ○

Alles für das Wallis!

Die Walliser wehren sich lautstark gegen eine Einmischung des Bundes in ihre Angelegenheiten. Gerade jetzt wieder gegen den «Raumplanungsbefehl aus Bern». Wer sie deshalb als Kämpfer für Föderalismus und Freiheit sieht, sitzt einem Missverständnis auf. *Von Lucien Scherrer*



Haushohe Ablehnung: Walliser Nein-Parole gegen das Raumplanungsgesetz, über das am Sonntag abgestimmt wird.

O diese Walliser! Leben da unten in ihrem schönen Tal, verwöhnt von der Sonne, beschwingt vom Fendant, und pfeifen auf alles, was ihnen die da oben in Bern vorschreiben wollen. Sie fahren ohne Gurt, jagen ihre Subarus die Serpentine hoch, dass die Kreuzfixe am Rückspiegel wackeln, pflanzen ihre Chalets mit dem Segen der CVP-Behörden in Bergblumenreservate, pflegen ihre subventionierten Aprikosenbäume und schießen nach Feierabend ein paar frisch angesiedelte Wölfe über den Haufen.

Etwa so stellt sich der *Üsserschwizzer*, also der Nichtwalliser, das freie Leben jenseits des Lötschbergs vor. Das mögen Klischees sein, aber dass man im Wallis einen speziellen Umgang mit Vorschriften und Gesetzen aus Bundesbern pflegt, lässt sich nicht von der Hand weisen. Das Beispiel Gurtpflicht zeigt das schön: Es war ein Walliser Autofahrer, der

Ende der siebziger Jahre bis vor Bundesgericht für sein Recht kämpfte, ohne Gurt zu fahren, und den Bundesrat so zu einer nationalen Volksabstimmung zwang. Bis heute ist die Anschnallquote nirgends so tief wie im Wallis – der Gurt, so scheint es, gilt immer noch als Geißel des Zentralstaats.

Bern hat nichts zu sagen

Die Abneigung des Tals gegen den Bundesstaat und seine Gesetze offenbart sich gerade jetzt wieder, da sich der Bund anschickt, in seine Raumplanungs- und Baupolitik einzugreifen. Diese funktionierte bisher nach dem Prinzip des *Laisser-faire*, nicht unbedingt zum Vorteil der Landschaft zwar, aber doch zum Wohle der Bevölkerung, die zu rund siebzig Prozent aus Landbesitzern besteht. Schon jetzt ist klar: Die Walliser werden das neue Raumplanungsgesetz (RPG), über das am

Sonntag an der Urne entschieden wird, haushoch ablehnen. Das Gesetz würde sämtliche Kantone zwingen, bestehende Bauzonen auf den Bedarf der nächsten fünfzehn Jahre auszurichten. Für die meisten Kantone wäre das kein Problem. Das Wallis allerdings hat Bauland für sechzig Jahre eingezont, weil es sich schon immer um raumplanerische Vorgaben aus Bern focht. Wird das RPG angenommen, müsste es zahlreiche Baulandreserven zurückzonen und die Besitzer entschädigen. Der Kanton hat deshalb zusammen mit dem Gewerbeverband das Referendum ergriffen.

Sollten es die *Üsserschwizzer* wagen, ja zu sagen, kokettieren manche Walliser bereits mit einem Austritt aus der Eidgenossenschaft. So weit geht das Walliser Polit-Establishment, das den sogenannten «Raumplanungsbefehl aus Bern» geschlossen bekämpft, zwar nicht. Aber der Tenor ist klar: «Bern hat uns nicht vorzuschreiben, was

wir zu tun haben – und wenn in der Schweiz niemand mehr für den Föderalismus einsteht, müssen wir es eben tun.» Das klingt sympathisch – doch welche Haltung gegenüber dem Staat verbirgt sich wirklich hinter der Widerborstigkeit der Walliser? Und wie gehen sie damit um, dass sie als lauteste Kritiker des Bundes zu dessen grössten Profiteuren gehören?

Gesetze biegen? Kein Problem

Als erkatholisches und bäuerlich geprägtes Tal, das sich seit über 150 Jahren von derselben Partei (Katholisch-Konservative, heute CVP und CSP) regieren lässt, wird das Wallis gerne mit Bayern verglichen. Der Vergleich stimmt insofern, als die Bayern ebenso leidenschaftlich auf die *Saupreissn* schimpfen, die ihnen *goa nix* zu sagen hätten, wie die Walliser auf die *Grüezini*. Er hinkt aber, weil sich die Bayern seit dem Zweiten Weltkrieg zu einem Wirtschaftsmotor der BRD entwickelt haben und ihre Bundesgenossen zähneknirschend mit Ausgleichszahlungen beglücken müssen. Die Walliser dagegen konnten sich mangels wirtschaftlichen Erfolgs eine «bäuerliche» Haltung gegenüber dem Staat bewahren: Sie schimpfen über ihn, halten ihm aber auch die hohle Hand hin.

Letztes Jahr flossen 524 Millionen Franken aus dem Topf des Finanzausgleichs ins Wallis, womit jeder der rund 320 000 Einwohner mit über 1600 Franken subventioniert wurde. Nur der Kanton Bern kassierte noch mehr. Immunologieprofessor Beda Stadler, ein gebürtiger Walliser, beschreibt die Einstellung seiner Landsleute zum Geld aus Bern so: «Man nimmt, was man bekommen kann, aber insgeheim ist man auch überzeugt, dass man eigentlich ohne das alles leben könnte.»

In der Walliser Politik hat man einen eigenen Weg gefunden, den Widerspruch zwischen Schimpfen und Nehmen zu lösen: Man bestreitet, dass es ihn gibt. «Wenn man die gesamte Wirtschaftsbalance betrachtet, bezahlen wir unter dem Strich doch mehr, als wir bekommen», sagt der Walliser SVP-Nationalrat Oskar Freysinger. «Wir schicken Studenten an die Unis in der Ausserschweiz, zahlen Bundessteuern, da kommen Hunderte Millionen Franken zusammen.» Zahlen, die das belegen würden, kann er jedoch nicht liefern.

Die Zahlen, die verfügbar sind, weisen in eine andere Richtung. So kassierte der Bergkanton gemäss Jahresrechnung 2011 nicht nur eine halbe Milliarde Franken Finanzausgleich, sondern auch über 300 Millionen Franken Subventionen. Als das Walliser Kantonsparlament im letzten Juni die Jahresrechnung diskutierte, rechnete Grossrat David Théoduloz (CVP) seinen Kollegen vor, dass der Bund 838 Millionen und damit über dreissig Prozent des Staatshaushalts von 2,5 Milliarden Franken gestemmt habe. Angesichts dieser Abhängigkeit, so fügte er leicht sarkastisch hinzu, sei er überzeugt, dass das Wallis in der Schweiz bleiben werde.

Mit seiner Aussage stach Théoduloz in ein Wespennest: Erboste Mitbürger belehrten ihn, dass der Bund vom Wallis profitiere – und nicht umgekehrt. «Bis das Gegenteil bewiesen ist», schreibt ein Blogger, «behaupte ich, dass das Wallis mehr bezahlt.» Von aussen mag die Diskussion absurd erscheinen – etwa so, als würden die Aargauer beweisen wollen, dass der Geissfluhgrat der höchste Berg der Schweiz sei, wenn man nur richtig messen würde –, doch im Wallis wird sie todernst geführt. So ernst, dass sich David Théoduloz gezwungen sah, sich von seinen ketzerischen Berechnungen zu distanzieren. «Man kann nicht sagen, dass wir unter dem Strich vom Bund profitieren», sagt er gegenüber der *Weltwoche*, «die Finanzflüsse sind kompliziert, wir sind derzeit daran, alles genau zu berechnen, haben aber noch keine Resultate.» Man darf gespannt sein, zumal allein der neue Lötschbergtunnel, von dem das Wallis nachweislich am meisten profitiert, jedes Jahr 151 Millionen Franken aus der Bundeskasse verschlingt.

Vielleicht lässt sich das Verhältnis der Walliser zum Bundesstaat am treffendsten mit einem Bibelzitat beschreiben: «Prüfet alles, das Gute behaltet.» Was dem Wallis nützt, wird genommen, alles andere regelt man auf seine Weise. «Für uns Walliser ist es ein tägliches Ärgernis, dass bei uns



Sieg: «Aprikosen-Aufstand», 1953.

die gleichen Gesetze gelten sollen wie in der Schweiz, zu der wir immer noch nicht wirklich gehören», sagt Beda Stadler, «und deshalb haben wir auch kein Problem damit, ein Gesetz zu biegen, wenn das der Mehrheit dient.» Diese Haltung hängt nicht nur mit der peripheren Lage des Kantons zusammen, sondern auch mit seiner Geschichte. Das Wallis stiess 1815 als ehemals freie Republik zur Schweiz, innerlich zerstritten zwar, aber einig in der Ablehnung von äusseren Einflüssen. Als die reformierten und liberalen Kantone 1847 die katholischen Stände unterwarfen und 1848 einen Bundesstaat aus der Taufe hoben, begann für das tiefschwarze Tal ein kalter Krieg gegen Bern. Die katholisch-konservativen Eliten bekämpften den liberalen, säkularen Staat und versuchten, seine Gesetze so weit als möglich zu ignorieren.

«Mit dem Kampf gegen Bern versuchten sie, die Bevölkerung zu einen und ihre Macht zu

sichern», sagt Philippe Bender, ein freisinniger Historiker aus Fully. «Gleichzeitig profitierte man aber von Einrichtungen und Investitionen des Bundes, etwa im Eisenbahnbau oder in der grossen Rhonekorrektur.» Obwohl der religiöse Hintergrund des Konflikts an Bedeutung verloren hat, stehen die Walliser noch heute reflexartig zusammen, wenn ihnen die Ausserschweiz Gesetze aufzwingen will.

Das Gleiche tut man auch, wenn es darum geht, das Beste aus dem Bund herauszuholen. Bockt der Bund, kann man unangenehm werden, wie der «Aprikosen-Aufstand» von 1953 zeigt. Anfang der fünfziger Jahre kamen die Walliser Bauern wegen des Imports von Billigfrüchten unter Druck. Als die Regierung mit ihrem Versuch scheiterte, in Bern ein Importverbot durchzusetzen, zettelten die Bauern im Städtchen Saxon einen Aufstand an: Sie errichteten Strassensperren, blockierten Gleise und steckten Güterwaggons mit Importfrüchten in Brand. Der Bundesrat stand kurz davor, Truppen ins Wallis zu schicken, knickte dann aber ein und versprach den Bauern, sie vor Importen besser zu schützen. Kein Sieg für die liberale Marktwirtschaft vielleicht, aber einer für das Wallis.

Hoffen auf den Bauland-Basar

Die Maxime «Alles für das Wallis» gilt auch in der Raumplanung. Mit dem Föderalismus, den die Walliser im Kampf gegen das neue RPG zu Recht ins Feld führen, hat das nur bedingt zu tun. Versprechen zentralistische Lösungen nämlich Vorteile, verstummt das Wehklagen der Politiker über staatliche Eingriffe schnell. Das zeigt ihre Haltung gegenüber der Landschaftsinitiative.

Diese verlangt, dass sämtliche Bauzonen in der Schweiz während der nächsten zwanzig Jahre eingefroren werden. Die Initiative ist zugunsten der RPG-Revision zurückgezogen worden, aber nur provisorisch. Fällt das neue RPG an diesem Wochenende durch, wird eine Abstimmung über das Bauzonen-Moratorium angesetzt. Kantone, die bisher nach Vorschrift eingezont haben, gerieten bei einer Annahme der Initiative in arge Nöte. Das Wallis dagegen könnte seine überdimensionierten Baulandreserven behalten – und möglicherweise einen Bauland-Basar aufziehen.

So sagte der Walliser Staatsrat Jean-Michel Cina (CVP) in einem Interview mit der *Aargauer Zeitung*, dass ihm ein «Kontingenthandel» zwischen «Kantonen mit grossen Baulandreserven» (also dem Wallis) und solchen mit kleinen Reserven vorschwebte. Auf die Frage, ob er die Landschaftsinitiative bekämpfen werde, antwortete Cina: «Das werde ich mir zu einem späteren Zeitpunkt überlegen.» Als ob es da für einen Föderalisten viel zu überlegen gäbe. Es sei denn, man fasst Föderalismus als die Kunst auf, das Beste für sich herauszuholen und andere dafür bezahlen zu lassen. ○

Allein mit allen

Der Schaffhauser Ständerat und Unternehmer Thomas Minder ist der Mann der Stunde. Der «Vater der «Abzocker»-Initiative» fährt einen 20-jährigen BMW M5 und beringt in seiner Freizeit Vögel. Die politische Utopie des parteilosen Quereinsteigers und Patrioten ist grün-weiss-rot. *Von Philipp Gut*

Sein Name ist in aller Munde, er ist zum Symbol und Aushängeschild einer kollektiven Empörung geworden. Thomas Minder, 52, Ständerat und Hygiene-Unternehmer aus Neuhausen am Rheinfall, verdankt seiner Initiative landesweite Popularität und einen liftartigen Aufstieg in die Beletage der Schweizer Politik. Die «Abzocker» sind das aktuelle politische Gesprächsthema Nummer eins, vom Bundeshaus bis an die Stammtische, von den Kommandozentralen internationaler Konzerne bis in die Búezer-Kantinen. Es besteht kein Zweifel: Minder heisst der Mann der Stunde.

Doch wer ist dieser Thomas Minder? Was treibt ihn an? Wie tickt der Schaffhauser Neopolitiker, der den neidgetönten Unmut vieler Bürger gebündelt und kanalisiert und auf den verkaufstechnisch brillanten Namen der «Abzocker»-Initiative gebracht hat?

Die *Weltwoche* hat Minder an seinem Firmen- und Privatsitz an der Neuhauser Rheinstrasse am Nordostrand der Schweiz besucht und sich mehrfach mit ihm unterhalten. Das letzte Wegstück der Zugfahrt gleicht einer Wirklichkeit gewordenen Märklin-Fantasie: Man überquert die schmale Brücke oberhalb des schäumenden Wasserfalls, durchquert einen Tunnel und erblickt dann, gleich bei der Station, Minders Trybol-Werk, halb graue Betonfabrik, halb Fabrikantenvilla.

BMW M5 mit 375 000 km

Was hier produziert wird, riecht man von weitem: In der Luft liegt der Duft von Zahnpasta und Kräuterextrakten (für das Mundwasser in den Fläschchen mit dem gelben Deckel). Vor dem Eingang zum Büroteil des Gebäudes, in dem der Besitzer des Familienunternehmens gleichzeitig wohnt, steht Minders Auto: ein zwanzigjähriger BMW M5 mit gut 375 000 km (wir kommen darauf zurück).

Dem Reporter, der ein paar Minuten zu früh klingelt, bietet sich ein Bild, das aus einem Trybol-Werbespot stammen könnte: Es muss der Hausherr sein, der da, hinter einer Milchglastür, umhertigert und sich die Zähne putzt. Minders Haar ist noch feucht vom Duschen, über Mittag ist er gerannt, wie er das häufig tut. Täglich laufe er fünf bis zehn Kilometer. Statt zu essen, quält er seinen drahtigen Körper. Das intensive Ausdauertraining – nebst Rennen hauptsächlich Velofahren, Rudern, Fussball – interpretiert Minder als eine Art Charakterprogramm: «Ich bin sowohl der Mittelstreckler wie der Marathon-

läufer, der sich durch Hartnäckigkeit auszeichnet», sagt er. Seine zahlreichen Gegner, die den «Vater der «Abzocker»-Initiative» durch allerlei Manöver und Kompromisse in Schach zu halten versuchten, werden es bestätigen. Minder kämpft seit Jahren für sein Anliegen. Und er lässt nicht locker. Der Ständerat stimmte mit 42 gegen 1 Stimme für den Gegenvorschlag des Parlaments – die eine Stimme kam von Minder selber. Der Nationalrat stellte sich sogar, was selten vorkommt, einstimmig gegen die Initiative. Am Ende hiess es 235:1. Minder gegen den Rest des Parlaments. Einer gegen alle.

Oder vielleicht müsste man mittlerweile besser sagen: einer mit allen. Denn Minders Vorstoss trifft offensichtlich den Geschmack der Bevölkerung, die empörten Herzen flogen ihm zu (nicht erst seit Daniel Vasellas jüngster

Eine gewisse Sturheit, ja vielleicht sogar verbissene Züge? Minder widerspricht nicht.

72-Millionen-Schützenhilfe). Dank dem Volksbegehren sei der parteilose Aussenseiter und politische Quereinsteiger sozusagen aus dem Stand in die kleine Parlamentskammer gewählt worden, sagt Hannes Germann (SVP), Minders Schaffhauser Ratskollege.

Zusätzlichen Schub erhielt der Minder-Express durch das Duell mit Christoph Blocher. Es war ein Coup, als Minder überraschend Blocher ins Boot holte und beide gemeinsam gegen das Wirtschaftsestablishment ins Feld zogen. Ein kraftvolles Duo, das Manager und Verbandsbosse das Fürchten lehrte und wie die Renaissance einer minderschen Familientradition aussah: Vater Hans Minder, ein FDP-Lokalpolitiker, engagierte sich 1992 mit Blocher gegen den EWR. Doch beides ist Geschichte. Heute kämpft Blocher – nach einer politischen Entfremdung, über deren Ursachen sie sich uneins sind und die vor allem bei Minder immer noch Emotionen weckt («Er ist wortbrüchig geworden») – an vorderster Front für den Gegenvorschlag, den Bundesrat und Parlament gegen die Initiative in Stellung gebracht haben.

Leicht exotisch wirkende Kämpfernatur

Minder hat eine Mission. Und nichts, so scheint es, kann ihn dabei aufhalten. Auch wenn man ihn zu andern Themen befragt: Er

kommt immer wieder auf die Initiative und die «Abzocker» zurück. Deutlich wird: Dieser Mann steht unter Strom, er ist ein Getriebener – ein «Maniac», sagt einer, der ihn seit Jahren kennt. Sein Redetempo grenzt ans Gemeingefährliche, hinter beinahe jede Aussage setzt er ein virtuelles Ausrufezeichen. Entspannt in einem Lehnstuhl sitzend kann man sich ihn nur schwer vorstellen.

Im FC Nationalrat hat Minder auf Anhieb einen Stammplatz erobert, mit seinen 52 Jahren überflügelt er manch Jüngere. «Er ist ein Kämpfer», sagt Teamkollege Hannes Germann. Minder sei einer, der rangehe. Ironische Notiz am Rand: FDP-Konkurrent Christian Heydecker, der Minder bei den Schaffhauser Ständeratswahlen zum Erstaunen des Establishments unterlag, wäre ein noch besserer Fussballer gewesen. Zu Minders Sieg trug damals eine Episode aus Heydeckers Vergangenheit bei: Kurz vor den Wahlen wurde bekannt, dass der ehemalige FC-Schaffhausen-Spieler sich vor dem Militärdienst gedrückt hatte – wegen Knieproblemen, während er gleichzeitig beim FCS Karriere machte. Ohne Knieprobleme.

Der Eindruck verfestigt sich, Kollegen aus verschiedenen Parteien äussern sich übereinstimmend: Sie schildern Minder als eine leicht exotisch wirkende Kämpfernatur. «Er ist ein Einzelkämpfer, und er fühlt sich wohl in dieser Rolle», meint Hans Stöckli. Der Berner SP-Ständerat sieht eine Kompromisslosigkeit am Werk, die auf eine gewisse Sturheit weise. Minder sei geradlinig und ehrlich, «man weiss bei ihm, woran man ist», sagt Pascale Bruderer (SP).

Eine gewisse Sturheit, ja vielleicht sogar verbissene Züge? Minder widerspricht nicht, im Gegenteil, er macht daraus ein Programm: Das brauche es in der Politik, aber auch im Geschäftsleben, sagt er. Sein KMU, das er in dritter Generation führt, beschäftigt zwanzig Mitarbeiter. Im Konkurrenzkampf gegen die Grossen der Branche, gegen Colgate und Co, gehe es täglich ums Überleben. Es gelte, die Brust rauszudrücken und «jeden Tag den Pickel in die Hand zu nehmen». Minder schreibt diese Fähigkeit auch seinem Sternzeichen zu: «Sie müssen ein Steinbock sein, um dagegenzuhalten.»

An den Wänden im Treppenhaus und in den Büroräumlichkeiten der Trybol AG hängen Plakate aus der Firmengeschichte. Sie zeigen Produkte aus den Jahren 1910 und 1911. Der



«Sie müssen ein Steinbock sein, um dagegenzuhalten»: Geschäftsmann und Politiker Minder.

Plakatstil ist anders als heute, die Artikel sind weitgehend dieselben geblieben. Kritiker werfen Minder vor, er habe keine Innovationen eingeführt und das Unternehmen nicht weiterentwickelt. Steile Wachstumsraten kann die Trybol AG nicht vorweisen, der Geschäftsgang sei über die letzten Jahre stabil gewesen, sagt Minder. «In einer Zahnpasta waren früher fünfzig Prozent Wasser drin, und es sind heute fünfzig Prozent Wasser drin», kontert er die Kritik. Bahnbrechende Neuerungen seien in der Mundpflege grundsätzlich nicht zu erwarten. Das Rezept des Trybol-Kräutermundwassers sei dasselbe wie vor hundert Jahren: Alkohol, Aroma, Kräuter. Und es sei immer noch hervorragend.

Minder spricht von «Räppli-Business»

Dann holt Minder – und sein Schaffhauser Maschinengewehr-Stakkato legt noch einen Zacken zu – zu einem Seitenhieb auf die Big Player der Branche aus: Sie präsentierten sich als «Sibesieche», mit ihren weissen Mänteln in ihren hochglanzpolierten Hightech-Labors. Minder hält das für Marketing-Zauber: Es kochten alle, im Wortsinn, mit Wasser. Ernstzunehmende Herausforderungen gebe es allerdings beim Vertrieb. Der Zugang zu den Grossverteilern bleibe ihm verwehrt. Während die Trybol AG ihre Zahnpastatuben und Mundwasserfläschchen nach wie vor in Apotheken und Drogerien anbiete, stünden Colgate und Co in den Migros- und Coop-Filialen ganze Laufmeter auf Augenhöhe zur Verfügung, echauffiert sich Minder. Und wer kaufe heute seine Zahnpasta noch in der Apotheke?

Mit dem Grounding fing alles an

Dem vergleichsweise kleinen und beweglichen Familienbetrieb kommt das sogenannte Private Labelling entgegen, Aufträge von Privaten, etwa Hotels oder Restaurants, die Try-

bol-Produkte wie Duschmittel oder Zahnpasten mit ihrem eigenen Namen versehen. So sei kürzlich, erzählt Minder, eine Bestellung über siebzig Zahnpastatuben für ein Hotel eingegangen. Mit solchen Spezialaufträgen besetze seine Firma in der Schweiz eine Marktnische. Trotzdem bleibe das Geschäft harzig. Minder spricht von einem «Räppli-Business».

Über die genauen Geschäftszahlen der Trybol AG und die Höhe seines eigenen Lohns gibt Anti-«Abzocker» Minder keine Auskünfte. Im KMU-Bereich würden sowieso keine Gewaltssaläre bezahlt, beruhigt er. Als Alleinbesitzer der Firma könnte er sich zwar durchaus ein höheres Gehalt auszahlen lassen, aber das lohne sich nicht. Arbeit, Dividenden, Gewinn: Überall nehme der Staat Steuern. Lieber

Biologe wäre sein Traumberuf gewesen. Am liebsten hätte er für die Vogelwarte Sempach gearbeitet.

lasse er das Geld im Unternehmen, indem er investiere und neue Maschinen kaufe. Und überhaupt lebe er sparsam und bescheiden («Ich brauche doch kein Ferienhäuschen!»).

Minders Abneigung gegen die «Abzocker» lässt sich historisch exakt festmachen: Sie wurzle, wie er erklärt, in persönlichen Erfahrungen beim Grounding der Swissair. Für den Schaffhauser Unternehmer, der sich, wiederum einer Familientradition entsprechend, vehement für die Stärkung der Marke Schweiz und den Schutz schweizerischer Produkte («Swissness») einsetzt, ging es dabei um mehr und um Handfesteres als die mögliche Kränkung patriotischer Gefühle. Durch das Swissair-Debakel drohte seine Firma einen gewichtigen Auftrag zu verlieren: Sie belieferte die Swissair («weisse Fläschchen») im Umfang von einer halben Million Franken. «Hätte ich diesen Auftrag verlo-

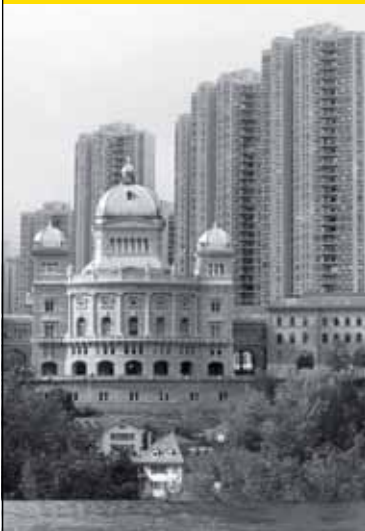
ren, hätte es mich *glupft*», sagt Minder, «und es wäre vielleicht fertig gewesen mit der Trybol AG.» Noch heute, ereifert er sich, verspüre er eine Wut auf den damaligen Swissair-Chef Corti und diejenigen, die dessen Vertrag unterschrieben. Der Ex-Finanzchef von Nestlé bekam im Voraus ein Fünfjahresgehalt ausbezahlt, arbeitete dann aber nur ein Jahr lang bei der von ihm gegründeten Swissair. Corti habe, schimpft Minder, nicht einmal die Liquidität im Griff gehabt – etwas, was man jedem Lehrling übertragen könne.

Seine Swissair-Erfahrungen seien der «Auslöser» der Initiative gewesen, sagt Minder. Dies, obwohl der vielfach als nationale Katastrophe wahrgenommene Untergang der Airline für ihn und seine Firma mit einer Art Happy End ausging. Minder bat um einen Termin bei Pieter Bouw, dem Verwaltungsratspräsidenten der neugegründeten Swiss, und feilschte um das Überleben seines Unternehmens. Mit Erfolg: Er erhielt einen neuen Auftrag. Die Trybol AG war gerettet. Doch Minder schwor sich Rache gegen die verantwortungslose Managerklasse: Es war die Geburtsstunde seines nunmehr über zehnjährigen Feldzugs «gegen die Abzockerei».

Mit dieser persönlichen, für ihn geradezu schicksalhaften Geschichte lässt sich wohl ein Gutteil des bisweilen obsessiv wirkenden Engagements Thomas Minders erklären. Doch das Bild wäre unvollständig, wenn man den Ständerat und Unternehmer lediglich als nimmermüde politische Kampfmaschine beschreibe. Der rhetorische Haudegen, der die kleine Parlamentskammer in spontanem Zornesausbruch schon mal als «Kindergarten» bezeichnete («Wir müssen in der Politik Emotionen zulassen»), hat auch ganz andere Seiten. Fraktionsmitglieder – der überzeugte Parteilose schloss sich im Bundeshaus der SVP-Fraktion an – zeichnen das Bild eines eher un-

Das bringt die missratene Revision des Raumplanungsgesetzes:

Mehr Steuern, höhere Mieten, teure Bürokratie!



Die RPG-Revision zwingt die Kantone zu Rückzonen. Bauland darf nur noch für den theoretischen Bedarf von 15 Jahren eingezont werden. Wie hoch dieser Bedarf ist, weiss niemand – auch die Bundesverwaltung will partout keine Zahlen nennen. Diese künstliche Bauland-Verknappung heizt die Bodenpreise an und treibt die Mieten in die Höhe. Verdichtetes Bauen soll um jeden Preis vorangetrieben werden. Landeigentümer können sogar gegen ihren Willen zur Überbauung von Grundstücken gezwungen werden, sofern ein «öffentliches Interesse» vorliegt. Bei Einzonen von Grundstücken wird obligatorisch eine «Mehrwertabgabe» fällig. Dies alles führt zu einer Bürokratie-Flut, langwierigen Verfahren und höheren Steuern. Darum stimmen wir Nein zu dieser missratenen RPG-Revision.

Überparteiliches Komitee «Nein zur missratenen RPG-Revision»
Postfach 8166, 3001 Bern

www.rpg-revision-nein.ch

Darum am 3. März
RPG-Revision
NEIN

auffälligen und überraschend dezent auftretenden Kollegen, der sich akribisch vorbereite und überdurchschnittlich präsent sei.

Flügel Schlagmuster der Singdrossel

Minders grosse Leidenschaft abseits der politischen Bühne gilt den Vögeln. Kaum kommt das Gespräch auf die Ornithologie, spricht er mit gleicher Intensität wie über die «Abzocker» vom «Zielfolgeradar» und vom «Flügel Schlagmuster» der Singdrossel. Biologe wäre sein Traumberuf gewesen, sagt Minder. Am liebsten hätte er für die Vogelwarte Sempach gearbeitet. Jetzt sind das Beobachten des Vogelflugs und das Beringen von Schleiereulen und anderen Vogelarten sein Hobby geworden. Auch damit führt Thomas Minder eine Familientradition fort: Sein Vater Hans war ebenfalls als Beringer tätig und stieg noch bis ins hohe Alter auf Heustöcke, um dort Vögel zu kennzeichnen.

Zum Minder-Erbgut gehört ein ausgeprägtes Grün-Gen. Seinen Wahlerfolg als Ständerat habe er auch vielen Stimmen aus bäuerlichen Kreisen zu verdanken gehabt, heisst es in Schaffhausen. Thomas Minder tritt für eine Einschränkung der Bautätigkeit ein, das neue Raumplanungsgesetz, über das am Sonntag zusammen mit der «Abzocker»-Initiative abgestimmt wird, sei «ganz wichtig» für die Zukunft des Landes, betont er («Wenn wir so weitermachen, sieht die Schweiz bald aus wie Mexico City!»).

Weniger Colgate, mehr Trybol

Eine Rolle spielte im Ständeratswahlkampf, der mit harten Bandagen ausgefochten wurde, auch der eingangs erwähnte BMW M5, ein Rennwagen in Limousinen-Verkleidung. Die Jungliberalen warfen Minder vor, sein antikes Fahrzeug belaste die Umwelt. Was Minder, darauf angesprochen, nicht auf sich sitzen-

lässt: Ein Auto so lange zu fahren und nicht wegzuworfen, sei nachhaltig. Überhaupt brauche er das Privatfahrzeug kaum, er bevorzuge den öffentlichen Verkehr. Tatsächlich könnte der Unternehmerpolitiker in Umweltfragen als farbechter Grüner durchgehen. Staatliche Subventionen und Unterstützungsprogramme für Alternativenergien? Unbedingt! Ansatzlos und ungefragt redet Minder einer «Anschubfinanzierung für Fotovoltaik» das Wort. Jeder Bauer solle auf seinem Scheunendach Sonnenenergie gewinnen – und gleich auch noch eine Biogasanlage installieren. Die «Erneuerbaren» seien raufzuschrauben («sofort!»), es sei nur eine Frage der Zeit, bis wieder eine Ölkrise komme oder bis «sie in Tschetschenien, wo das Gas durchfliesst, wie-

Die Jungliberalen warfen Minder vor, sein antikes Fahrzeug belaste die Umwelt.

der aufeinander losgehen». Aus der Atomenergie, so Minder, müsse das Land «geordnet ansteigen». Die «Marke Schweiz» zu schützen, das bedeutet für ihn mehr als die Swissness-Vorlagen, die er ins Parlament eingebracht hat: Minders politische Utopie ist grün-weiss-rot. Weniger Ausländer («In der Asylpolitik bin ich ein Hardliner»), mehr Grünflächen. Weniger Zweitwohnungen, mehr Vogelhäuschen. Weniger Colgate, mehr Trybol.

Als es um den Anschluss an eine Bundeshausfraktion ging, verhandelte der Parteilose auch mit den Grünliberalen. Vom Programm her hätte er genauso gut zur Bäumle-Partei gepasst wie zur SVP. Doch der Parteichef verlangte Unmögliches von Minder: Er wollte ihn zum Aufbau einer Schaffhauser GLP-Sektion verknurren. Für Quereinsteiger Minder, der seinen Wahlkampf erfolgreich gegen das Esta-

blishment und die etablierten Parteien geführt hatte, wäre das einem Verrat an den Wählern gleichgekommen. Und für Parteiarbeit wäre er wohl auch zu eigenwillig, zu unbeugsam, zu impulsiv.

Ausgleichende Charaktere wie die mütterlich veranlagte Aargauer Ständerätin Pascale Bruderer («Es ist wichtig, dass er sich mit dem Betrieb versöhnt») versuchen den rastlosen Jungesellen im Bundeshaus einzumitten und zu domestizieren. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusehen, dass die Erziehungsversuche scheitern werden. Ihm sei es vor allem auch deshalb wohl in der SVP-Fraktion, weil dort das Kind beim Namen genannt werde und es auch mal *tschädere* dürfe, sagt Minder. Den Mund wird sich der Schaffhauser Eigenbrötler auch in Zukunft nicht verbieten lassen – von niemandem.

Am 3. März noch nicht am Ziel

Auch gegenüber der SVP spart Minder nicht mit Kritik. Die Partei habe sowohl bei den Parlaments- als auch bei den Bundesratswahlen «extrem viele Fehler» gemacht, so Minder («Overkill bei der Werbung!», «Angriff auf den Bundesratssitz von Eveline Widmer-Schlumpf und anderen!», «Riesenflop im Ständerat!»). Was die Blocher-Partei beherrsche, sei «eine Art Gespür für die Kunden», also die Wähler und das Stimmvolk. Mit der «Abzocker»-Thematik beweist Minder, dass er die Regungen der Volksseele mindestens so virtuos zu lesen und zu lenken weiss. Zu schweigen vom langen Atem des politischen Marathonläufers: Seit der Swissair-Trybol-Episode, mit der alles begann, sind zwölf Jahre vergangen. Und selbst im wahrscheinlichen Fall eines Siegs am 3. März wäre Minder noch nicht am Ziel. Dann begäbe das parlamentarische Feilschen um die Umsetzung der Initiative. *Affaire à suivre.* ○

**GRIPEN. HEBT ER AB, TUN ES
IHM HUNDERTE VON SCHWEIZER
UNTERNEHMEN GLEICH.**

Bei Saab basiert die Entwicklung unserer Produkte auf dem Wissensaustausch innerhalb des Unternehmens. Dieses Prinzip wenden wir auch bei der Zusammenarbeit mit den Käufern unserer Produkte an.

Wenn ein Land den Gripen, eines der fortschrittlichsten Kampfflugzeuge der Welt, in die Luft bringt, schaffen wir Hightech-Arbeitsplätze am Boden – dank Technologietransfer und Joint Ventures.

Bis Ende des Jahres werden wir bei über 100 Schweizer Unternehmen Geschäfte im Wert von mindestens CHF 300 Millionen platziert haben. Dies ist Teil eines langfristigen Engagements für Industriezusammenarbeit, das den Vertragswert um ein Vielfaches übertreffen wird.

**Sicherheit in der Luft. Nachhaltiges Wachstum am Boden.
Eine kluge Kombination.**

Erfahren Sie mehr unter saabgroup.ch/smartprotection

Seit 1937 entwickelt Saab hochtechnologische und kosteneffiziente Lösungen für den Schutz in den Bereichen militärische Verteidigung und zivile Sicherheit. Heute finden Sie Beispiele des intelligenten Schutzes von Saab auf jedem Kontinent: in einer breiten Palette von zivilen und militärischen Anwendungen sowie der kommerziellen Luftfahrt.



«Schon ein sehr hohes Abgangspaket»

Die New Yorker Unternehmensberaterin Robin Ferracone beschäftigt sich von Berufs wegen mit Managerlöhnen und Vergütungssystemen. Sie kennt die Schweiz, die Minder-Initiative und die Debatte über Daniel Vasella, den sie wegen Intransparenz kritisiert. *Von Pierre Heumann und Casey Kelbaugh (Bild)*



«Guten Managern ist der Lohn oft nicht so wichtig»: Salär-Spezialistin Ferracone.



«Ein wichtiges Prinzip verletzt»: zurückgetretener Novartis-Chef Vasella.

Frau Ferracone, Sie beraten weltweit Firmen, wie sie bei der Festlegung von Vergütungen und Abgangsentschädigungen vorgehen sollen. Was empfehlen Sie Ihren Kunden?

Sie sollen vor allem sicherstellen, dass die Aktionäre einen Gegenwert für das hohe Salär des CEO erhalten. Aufgrund meiner Erfahrung kann ich sagen, dass Investoren in der Regel hohe Entschädigungen für CEOs akzeptieren, falls die Performance des Unternehmens und der Aktienkurs gut sind.

Wann ist der Lohn eines CEO zu hoch?

Wenn er eine saftige Entschädigung bezieht, aber der Shareholder-Value langfristig nicht steigt. Auch muss sich der Lohn eines CEO mit dem marktüblichen Niveau der Branche vergleichen lassen. Schliesslich ist auch das soziale Umfeld zu berücksichtigen.

Was verstehen Sie darunter?

CEOs werden gut bezahlt, weil sie harte Entscheide treffen müssen. Dazu gehört manchmal ein Stellenabbau, damit die Firma konkurrenzfähig bleibt. Wenn bei einem CEO die Bezüge steigen, während die Arbeitnehmer leiden, kann das bei den Leuten schlecht ankommen.

Gibt es ein Niveau, bei dem Sie von kriminell hohen Bezügen sprechen würden?

Nein, denn die Entlohnung hängt von drei Dingen ab.

Und die wären?

Je grösser die Firma ist, umso grösser ist auch die Aufgabe, und desto höher sind dann auch die Löhne. Zudem werden CEOs je nach Branche und den dort üblichen Standards unterschiedlich entlohnt. Zudem kommt es drittens auf die Performance der Firma an. Wenn ein CEO aufgrund dieser Kriterien zu viel bezieht, würde ich von einer exzessiven Entlohnung sprechen. Das ist dann sicher keine «inspirierende Unternehmensführung».

Jeder Verwaltungsrat oder CEO versucht doch, ein Maximum an Bezügen herauszuholen. Inspiration ist nicht wirklich ihr primäres Anliegen.

Das sehe ich anders. Guten Managern ist der Lohn oft nicht so wichtig. Eine wirklich gute Firma aufzubauen und zu führen, ist für sie wichtiger als hohe Bezüge.

Welche selbstlosen Wirtschaftskapitäne sind Ihnen denn in Ihrer Karriere über den Weg gelaufen?

Tim Solso zum Beispiel, der CEO bei Cummins war, einem weltweit tätigen Hersteller von Diesel- und Gasmotoren mit Hauptquartier in Columbus, Indiana. Während seiner zehn Jahre als CEO erhöhte er den Shareholder-Value zwar enorm, aber seine Bezüge blieben vernünftig. Meine Erfahrung zeigt, dass CEOs eine gute Chance haben, ihren Job zu behalten, wenn die Aktionäre über einen längeren Zeitraum gut fahren. Wenn aber die Performance unbefriedigend ist, wird der Wert des CEO fraglich.

Oft entsteht aber der Eindruck, dass Verwaltungsräte das Unternehmen als eine Art Geldautomaten betrachten, an dem sie sich frei bedienen können.

In privaten Firmen, die im Besitz des Managements sind, kann dieses im Prinzip so viel Gewinn aus der Firma nehmen, wie es will. Sobald aber Manager und Aktionäre nicht identisch sind, ist das Management den Aktionären verantwortlich. Dann hat der Verwaltungsrat auch die Interessen der Aktionäre zu berücksichtigen.

Das mag in der Theorie so sein. In der Praxis stellt man immer wieder exorbitante Bezüge fest. Sollten Aktionäre deshalb nicht das Recht haben, über die Gestaltung der VR-Bezüge zu entscheiden, also das Recht auf das sogenannte «say on pay»?

Topmanagements in den USA nachhaltig gemässigt.

Wäre es Ihrer Meinung nach nicht besser, wenn die Abstimmung den Verwaltungsrat verpflichten würde, so wie das die Minder-Initiative vorsieht?

Nein, eine Abstimmung, die den Verwaltungsrat verpflichtet, ist keine gute Idee. Aktionäre sind in der Regel nicht in der Lage, so nuanciert zu entscheiden, wie das der Verwaltungsrat kann. Sie kennen schlicht nicht alle Fakten. Deshalb stellen sie den Verwaltungsrat ja an, damit er für sie arbeitet.

Zurück in die USA: Was sind die Folgen, wenn Aktionäre in einer Abstimmung über den Lohn dem Vorschlag des Verwaltungsrates nicht folgen?

«Aktionäre sind in der Regel nicht in der Lage, so nuanciert zu entscheiden, wie das der VR kann.»

Dann muss er sich zumindest überlegen, wie er die Anliegen der Eigentümer auf eine andere Art und Weise berücksichtigen kann. Sonst hat der Verwaltungsrat ein gewaltiges Imageproblem. Und die Aktionäre können den einen oder anderen Verwaltungsrat zudem abwählen.

Das tönt so, als ob es in den USA keine überbezahlten Manager gäbe.

In Verwaltungsräten sitzen oft dieselben Leute, eine Art Who's who der Wirtschaftselite. Sie wählen sich gegenseitig in ihre jeweiligen Verwaltungsräte und helfen sich, die Posten zu behalten und eine hohe Entschädigung zu erhalten. Eine verbindliche Mitsprache der Aktionäre würde dieses Problem entschärfen.

In den USA sind diese *interlocking boards* jetzt ein *no-no*. Denn wenn Verwaltungsräte miteinander verbunden sind, kann das die Unabhängigkeit der jeweiligen Unternehmen gefährden.

Zu reden gibt in der Schweiz der Fall von Daniel Vasella, dem während sechs Jahren bis zu 72 Millionen Franken hätten ausbezahlt werden sollen.

Gemessen an US-Standards wäre das schon ein sehr hohes Abgangspaket gewesen. Aber bei der Diskussion geht es ja auch darum, ob dieses Abgangspaket den Aktionären rechtzeitig mitgeteilt und bewilligt worden ist. Im Fall von Herrn Vasella sieht es so aus, als ob diese Vereinbarung nicht im Voraus kommuniziert worden ist. Damit hat das Unternehmen ein wichtiges Prinzip verletzt. In den USA sind vollkommene Information und Transparenz über die Kompensation zentrale Forderungen. Der Aktionär muss ins Bild gesetzt werden und eine Möglichkeit haben, zur Gesamtposition Stellung zu nehmen.

Der Liebe darf man ruhig ein paar
Steine in den Weg legen

made by Gübelin.




GÜBELIN
JUWELEN • UHREN

Die «say on pay»-Abstimmung, die einen Verwaltungsrat nicht verpflichtende Empfehlung der Aktionäre ist, hat sich in den USA bewährt. Sie hat zu einer besseren Berücksichtigung der Aktionärsinteressen geführt. Die Aktionäre müssen mindestens einmal in drei Jahren, und in den meisten Fällen einmal im Jahr, darüber abstimmen, ob sie die Managerlöhne annehmen oder ablehnen. Es ist aber eine rein konsultative Abstimmung.

Was bringt das?

Der Verwaltungsrat und das Management verstehen, dass sie bei den Löhnen und Entschädigungen eine gewisse Disziplin an den Tag legen müssen, weil sonst das Risiko besteht, dass die Aktionäre unzufrieden sind.

Ein schwaches Instrument!

Ganz und gar nicht. Diese Art von Mitbestimmung hat die Lohnpakete des

Natürlich gibt es das – aber es handelt sich dabei um Ausreisser.

Weshalb halten Sie es für richtig, den Aktionären, die ja Eigentümer der Firma sind, den Entscheid über das Entschädigungspaket zu verwehren?

Aktionäre in den USA ziehen in der Regel eine nicht bindende Abstimmung vor, weil sie das Gefühl haben, damit das Lohnsystem der Exekutive auf eine vernünftige Weise beeinflussen zu können, ohne dafür direkt verantwortlich zu sein. Sie wollen den Job des Verwaltungsrates oder der Unternehmensleitung nicht machen. Wenn die Aktionäre das letzte Wort haben, wird es für den Verwaltungsrat schwieriger, seine Funktionen wahrzunehmen. Zudem sind die Diskussionen im Verwaltungsrat zu komplex und beinhalten zu viele Themen, als dass man sie der Generalversammlung anvertrauen könnte.

Die Minder-Initiative will diese Informationspflicht in der Verfassung verankern.

Viele Fragen sind noch offen. Mich stört vor allem, dass die jährliche Abstimmung über die Vergütung den Verwaltungsrat entmündigt und es ihm erschwert, seinen Job zu machen.

Robin Ferracone berät international tätige Firmen über faire, leistungsorientierte und marktgerechte Vergütungssysteme für CEOs und Verwaltungsräte. Zu den Kunden der *Forbes*-Kolumnistin gehören auch zwei in der Schweiz domizilierte Firmen. Die Amerikanerin hat sich deshalb sowohl mit der Minder-Initiative als auch mit der inzwischen rückgängig gemachten Abgangsentschädigung von Daniel Vasella befasst.



Argumente statt Polemik

Der Gewerbeverband sieht Avenir Suisse in Bildungsfragen auf der falschen Seite. Um dies zu belegen, schreckt er auch vor falschen Behauptungen nicht zurück.
Von Patrik Schellenbauer

Der Gewerbeverband (SGV) und ihm Zugewandte haben zu einer Breitseite angesetzt. Gemeint sind nicht die «Horror-Mieten auf engstem Raum», die uns zurzeit von allen Plakatwänden herab drohen. Gemeint ist die Verteidigung der Berufslehre, die sich der Gewerbeverband aufs Banner geschrieben hat, da er sie ungerechtfertigt in der Kritik wäht. Dazu holte Gastkolumnist Rudolf Strahm jüngst den verbalen Zweihänder aus der Waffenkammer. Im Visier hat er die üblichen Verdächtigen, allen voran den streitbaren Geschichtspräsident Philipp Sarasin, der unumwunden mehr Maturanden fordert; aber auch die Akademien der Wissenschaften.

Der gewerbliche Bannstrahl trifft neuerdings auch die Denkfabrik Avenir Suisse. Gemäss SGV-Direktor Hans-Ulrich Bigler werde jede Studie dazu missbraucht, die «missliebige Berufsbildung anzuschwärzen», zuletzt im vielbeachteten Buch «Der strapazierte Mittelstand». Strahm seinerseits wirft dem Think-Tank in der *Gewerbezeitung* vor, die Berufslehre pauschal in Frage zu stellen. Schlimmer noch: Dieser Angriff sei «subtiler» und daher gefährlicher, weil er mit wissenschaftlichen Scheinargumenten aus den eigenen Reihen geführt werde. Hinter der Attacke vermutet er denn auch ein eigentliches Komplott. Die Autoren der Studie «Die Zukunft der Lehre» sieht er als vorgeschobene Lakaien, der Spiritus Rector sei hingegen Ernst Buschor, der schon als Zürcher Erziehungsdirektor als Gegner der Berufslehre aufgefallen sei. Er wirke bis heute als Berater in der «neoliberalen Ideologiefabrik» Avenir Suisse.

Ohne deren Wahrheitsgehalt zu prüfen, werden solche Behauptungen weiter kolportiert, zuletzt vor zwei Wochen in dieser Zeitung in einem Essay des Zuger Bildungsdirektors Stephan Schleiss. Tatsache ist, dass Ernst Buschor von 2005 bis Anfang 2010 in der Programmkommission von Avenir Suisse war. Dieses Gremium ist für die Sicherung der wissenschaftlichen Qualität verantwortlich. Abgesehen davon, dass die fragliche Publikation zur Berufsbildung nicht mehr in seine Amtszeit fiel, liegt die Verantwortung für Avenir-Suisse-Studien bei den Autoren und beim Direktor. Ein Mitglied der Programmkommission kann keinen prägenden Einfluss nehmen. Dass Buschor seither als Berater von Avenir

Suisse weiter seine Fäden ziehe, gehört ins Reich der Märchen. Zudem gibt es gewiss klügere Argumente zugunsten der Berufslehre, als die Studienautoren der Inkompetenz in Sachen Berufslehre zu bezichtigen, weil sie selbst keine solche durchlaufen haben.

Wer sich die Mühe nimmt, die Publikation zu lesen, wird feststellen, dass sie kein Plädoyer gegen die Berufslehre enthält. Vielmehr unterstreicht Avenir Suisse ihre herausragende Bedeutung. Die Verzahnung mit dem Arbeitsmarkt und ein gewisser Korporatismus



Bannstrahl: Gewerbeverbandsdirektor Bigler.

haben die Schweiz vor den Problemen bewahrt, unter denen Südeuropa heute so sehr leidet. Dass es gelang, frühere Einwanderer relativ reibungslos zu integrieren, ist ebenfalls zu einem wesentlichen Teil der Institution Berufslehre geschuldet.

Der Schweizer Arbeitsmarkt verändert sich aber derart schnell, dass auch ein bewährtes System angepasst werden muss, um den Erfolg von Morgen zu sichern. Auf Basis dieser lapidaren Erkenntnis versucht die Studie, die Problemfelder und Zielkonflikte zu identifizieren. Angesichts der steigenden Berufsmobilität und der Unvorhersehbarkeit

künftiger Entwicklungen erscheint die Spezialisierung in 230 verschiedene Lehrberufe zu hoch. Deshalb wird eine Zusammenlegung von Lehrberufen nach dem Vorbild des Polymechnikers vorgeschlagen. Allgemeinwissen ist in vielen Lehrberufen eher knapp bemessen. So sieht die Hälfte der Lehren keine Fremdsprache vor. Ein höherer Schulanteil steht aber in Konflikt mit dem Anspruch, dass die Lehre für den Betrieb rentieren sollte, denn mehr Zeit in der Berufsschule verkürzt die Zeit im Betrieb. Dass die Lernenden schon in der Lehre produktiv werden, ist gewiss eine Stärke des Systems und verleiht ihm Stabilität. Umgekehrt schränkt ein zu starkes Renditedenken den Spielraum für Reformen ein. Deshalb sollte die Lehre wieder mehr als Zukunftsinvestition denn als kurzfristiges Geschäft begriffen werden.

Höhere Anforderungen

Dass der Gewerbeverband sich für die Berufslehre ins Zeug legt, ist legitim und notwendig. Schliesslich schöpfen viele KMU ihren Nachwuchs überwiegend aus ihren Lernenden. Er kann aber kein Deutungsmonopol in Sachen Berufslehre für sich beanspruchen. Viele Unternehmer sind besorgt, weil geeigneter Nachwuchs ausbleibt, vor allem in den anspruchsvollen technischen Berufen. Schuld daran ist nicht der Zulauf an die Mittelschulen, denn die Maturaquote der jungen Männer ist in den letzten zehn Jahren nicht gestiegen. Der Grund liegt eher im schleichenden Anstieg der Anforderungen und Erwartungen.

Eine Bildungsinstitution, die sich konstruktiven Reformvorschlägen verschliesst, läuft Gefahr, eines Tages tatsächlich zum Sanierungsfall zu verkommen. Das kann niemand ernsthaft wollen. Genau darum will Avenir Suisse die notwendigen Diskussionen in Gang bringen. Diese dürfen ruhig auch kontrovers sein. Sie sollten aber auf sachlichen Argumenten beruhen, und nicht auf Unterstellungen und Verschwörungstheorien.

Patrik Schellenbauer ist Projektleiter und Verantwortlicher für Bildungsfragen bei Avenir Suisse.



Geschäfte mit dem Hunger

Die *Weltwoche* und andere neoliberale Ideologen vernebeln die Realität des Rohstoffgeschäfts. Die Spekulation mit Nahrungsmitteln dient der Geldgier und stürzt fast eine Milliarde Menschen ins Elend.

Von David Roth

Seit Jahren warnen immer weitere Kreise vor der Spekulation mit Nahrungsmitteln. Sogar die Uno und die Weltbank befinden sich bei dem Thema in seltener Einigkeit.

Mitten in diesen breitabgestützten Konsens platzt der deutsche Wirtschaftsethiker Ingo Pies und behauptet das Gegenteil: Die Finanzinstitute sicherten die reale Produktion ab und spülten die notwendige Liquidität auf den Markt. Dank höherer Preise steige dann auch die Produktion, so Pies. Das ganze Thema werde nur von NGOs und einigen zivilgesellschaftlichen Organisationen skandalisiert. In dieselbe Kerbe schlug die *Weltwoche* vor zwei Wochen.

Die Aussagen stützt Pies nicht etwa auf eigene Forschungsergebnisse, sondern auf das Studium der Sekundärliteratur, deren Auswahl er seiner selektiven Wahrnehmung überlassen hat. Während er getreu seiner neoliberalen Theorie genau beschreibt, wie die Finanzmärkte effizient funktionieren, blendet er die Realität vollständig aus. Sein Papier hat Ingo Pies nun von vierzig Mitgläubigen bezeugen lassen und präsentiert es als die Mehrheitsmeinung der Wissenschaft. Und weil das Wort von vierzig Wissenschaftlern auf durchschnittliche Medienschaffende einen gewichtigen Eindruck macht, präsentieren diese es in ihren Blättern wiederum als die unbestrittene Wahrheit.

Wer dieser Logik folgt, der sei daran erinnert, dass im Oktober 2011 insgesamt 461 Wissenschaftler die G-20 aufforderten, die exzessive Spekulation mit Agrarrohstoffen einzuschränken. Zu dieser Einschätzung gelangen sie nicht von ungefähr: Die Aussagen dieser Wissenschaftler stützen sich nicht auf die isolierte Betrachtung der Finanzmarkt-Funktionsabläufe, sondern berücksichtigen auch die Preisentwicklungen und Fundamentaldaten auf dem realen Markt. Denn selbstverständlich funktioniert der Finanzmarkt nur in der neoliberalen Theorie äusserst effizient. Diese hat aber mit der Realität gar nichts mehr zu tun.

Wie soll der Finanzmarkt effizient funktionieren, wenn das Volumen der reinen Finanzgeschäfte an den Terminbörsen unterdessen dem zwanzig- bis dreissigfachen dessen entspricht, was überhaupt an physisch vorhandenen Agrarrohstoffen gehandelt wird? Es kann

sich also kaum mehr um Absicherungsgeschäfte für die Produzenten handeln, sondern es geht um reine Geldanlagen. Die Dominanz der Finanzinstitute lässt das reale Angebot und die reale Nachfrage zum Nebenschauplatz verkommen. Tatsächlich werden die Preise von den Entwicklungen anderer Finanzprodukte beeinflusst. Es ist beispielsweise kein Zufall, dass ausgerechnet während der Finanzkrise, als sich viele Finanzprodukte als Schrottpapiere erwiesen, vermehrt in Agrarrohstoffe investiert wurde und die Rohstoffpreise in die Höhe



Einigkeit: Nahrung für den Südsudan.

schnellten. Solche Preisausschläge lassen sich nicht damit begründen, dass die Chinesen urplötzlich ein Heisshunger auf Fleisch packte. Angesichts der Volatilität von Agrarrohstoffpreisen müsste dieser unglaublichen wöchentlichen Schwankungen unterliegen.

Finanzmärkte in Not

Das Gegenteil ist der Fall: Die Nachfrage nach Agrarrohstoffen ist relativ unelastisch. Sie eignen sich deshalb perfekt zur «Diversifizierung des Portfolios», wie die UBS ihre entsprechenden Produkte anpreist. So lässt sich immer dann, wenn andere Finanzmärkte in Not gera-

ten, eine eklatante Preissteigerung bei Rohstoffen beobachten. Die bekannten Indexfonds zeigen klar, dass sich die Finanzinstitute nicht für die sinnvollen Absicherungsgeschäfte, sondern für reine Geldanlagen interessieren.

Diesen Befund bestätigt Heiner Flassbeck, Chefökonom der Uno: «Diese Rohstoffpapiere kauft man wie eine Aktie und verkauft sie wieder, wenn der Preis gestiegen ist. Das hat mit Absicherung von realen Geschäften von Anfang an einfach gar nichts zu tun. Nur dadurch, dass man Absicherungsgeschäfte und diese Geschäfte nicht sauber trennt, können interessierte Kreise immer wieder den Eindruck erwecken, bei der sogenannten Spekulation mit Rohstoffen ginge es vornehmlich um Geschäfte, die einen realen Bezug haben. Das ist nicht der Fall.»

Es bleibt zu hoffen, dass Pies und seine Freunde einen ähnlichen Gesinnungswandel wie die Weltbank durchmachen. Es kommt selten genug vor, dass diese selbstbewusste Organisation Fehler eingesteht, aber im Jahr 2010 sah sie sich genötigt, ihre Position zu korrigieren: «Wir vermuten, dass Indexfonds während des Preisanstiegs 2008 eine Schlüsselrolle spielten. Biokraftstoffe mögen eine gewisse Rolle spielen, aber eine deutlich kleinere als bisher angenommen. Wir finden zudem keine Beweise, dass die angeblich stärkere Nachfrage von Schwellenländern einen Einfluss auf den Weltmarktpreis hatte.»

Aber etwas ganz Zentrales hat Pies mit seinem Verwirrspiel erreicht: Er verlagerte die Debatte in den Elfenbeinturm. Die grauenhaften Konsequenzen der Nahrungsmittelspekulation werden ausgeblendet. US-Forscher gehen davon aus, dass ein Preisanstieg von nur einem Prozent sechzehn Millionen Menschen mehr hungern lässt. Der Schweizer Finanzplatz hat bereits heute eine grosse Bedeutung für die Spekulation mit Nahrungsmitteln, und diese dürfte in den nächsten Jahren weiter steigen. Während nämlich die USA und die EU ihre Rohstoffbörsen regulieren, legt die Schweiz die Hände in den Schoß und wird damit zum Eldorado für die widerlichste Form der Profitmacherei: das Geschäft mit dem Hunger von fast einer Milliarde Menschen.

David Roth ist Präsident der Juso Schweiz.



«Ein Puff haben die da drin!»: «AR. Drone» vor dem Bundeshaus.

Der Spion vor deinem Fenster

Spielzeug-Drohnen sind der neue Verkaufsschlager. Sie schlüpfen durch Sicherheitslücken und dringen in die Privatsphäre ein. Doch die Forschung ist längst in andere Sphären aufgestiegen. Bald könnten Schwärme autonomer Flugroboter unser Leben verändern. *Von Urs Gehrigler und Basil Stücheli (Bilder)*

Schon vor Monaten habe ich ein Auge auf ihn geworfen. Zwischen Bildschirmen und DVDs thront er im Media-Markt: ein Kamerahubschrauber namens «AR. Drone». Die Pariser Firma Parrot bietet ihn, fertig montiert, zum Preis von 330 Franken an. Jeder Anfänger könne ihn fliegen, versichert mir ein Verkäufer, ganz einfach mit einem Smartphone. Tausende davon habe man schon in der Schweiz verkauft.

Die schlanke Drohne mit ihren vier Rotoren ist wahrlich keine Höllenmaschine wie sie US-Präsident Barack Obama über Pakistan zur Terroristenjagd einsetzt, vielmehr ein Spielzeug, mit dem man sich den Traum erfüllt, auch ohne Pilotenschein in die Luft zu gehen. Doch immerhin kann man auch mit diesem Luftroboter die Umgebung beobachten: Zwei eingebaute Kameras liefern Bilder *real time* direkt aufs Smartphone.

Eine Stunde bloss nach dem Kauf hebe ich mit dem neuen «Parrot» (Papagei) ab und fliege durch meinen Garten im Berner Dalmaziquartier. Navigiert wird auf dem Touchscreen. Die Steuerung funktioniert prompt und präzise. Wenn man das Handy loslässt, übernimmt der Autopilot und lässt die Drohne einfach in der Luft stehen, wo man sie geparkt hat.

Rechtlich fallen solche Drohnen, die zur Freizeitbeschäftigung erstanden werden, in die Kategorie der ferngesteuerten Modellflieger. Wenn sie leichter als 30 Kilogramm sind und der «Pilot» jederzeit direkten Augenkontakt zu seinem Flugobjekt hat, braucht man keine Aufstiegsgenehmigung der Behörden.

Ich schraube mich auf fünf Meter hinauf und erhalte einen Blick über die Aare. Fantastisch! Einen Moment bedaure ich, dass nicht schon Sommer ist, dann könnte ich die Liegewiese im Marzilbad abfliegen. Ein leichter

Schwenk, schon surre ich über Nachbarns Garten und schwebe vor seinem Schlafzimmerfenster. Mit den Bordkameras könnte ich ihn fotografieren und filmen und die Dokumente auf Knopfdruck direkt ins Internet stellen.

Spionagegerät für Private

Ganz nebenbei haben die Hersteller ein Spionagegerät in die Hände von Privatleuten gebracht. Das Veröffentlichen der Bilder von Personen ohne deren Einwilligung ist zwar verboten, aber die Ahndung wäre wohl mit einigen Komplikationen verbunden, besonders wenn die Identität des Drohnen-Piloten nicht bekannt ist.

Und was ist mit einem harmlosen Flugmanöver über Nachbarns Garten? Wie viel Luftraum gehört dem Grundstückbesitzer? Beim Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) werde ich mit diesen Fragen an das Justizministerium

weitergeleitet, wo sie einige Unsicherheit auslösen. Man müsse die Rechtslage prüfen und werde sich wieder melden.

Die Neugier befeuert meinen Pioniergeist. Ich steige hinauf zur Bundesterrasse, wo Touristen in Scharen das Alpenpanorama bewundern. Von hier aus lässt sich die Drohne bequem den Westflügel des Bundeshauses entlang navigieren, wo die Bundesräte Burkhalter und Sommaruga ihre Büros haben. Ich schaue via Bordkamera zum Fenster rein: Stehlampe, Pult, Bundesordner, Aktenberge – «Ein Puff haben die da drin!», sagt ein Neugieriger, der mir im Vorbeigehen auf den Monitor schaut.

Mani Matters Ballade

Während mein «Papagei» die Fassade entlangsurrt, kommt mir eine Ballade von Mani Matter in den Sinn, in der er an selbiger Stelle auf dem Heimweg «ä bärtige Kärli» antrifft und sieht: «Dass sech dä dert zu nachtschlafener Zyt / am Bundeshus z schaffe macht mit Dynamit».

Es ist nicht Nacht, sondern mitten am helllichten Tag, und ich bin bloss mit einem harmlosen Spielzeug unterwegs. Doch, fährt es mir durch den Kopf, wenn jetzt Sommer wäre und ein Fenster offen stünde und meine Spielzeugdrohne am Bauch eine Ladung Sprengsatz transportierte – oder eine schmutzige Bombe...

Ein paar hundert Meter vom Bundeshaus entfernt hat US-Botschafter Donald Beyer sein Logis, der enge Freund Barack Obamas. Was der wohl gerade tut? Kaum ein Gebäude in der Stadt ist besser bewacht. Ob die Botschaft Störsender einsetzt, um sich vor ferngesteuerten Eindringlingen zu schützen?

Ich positioniere mich vis-à-vis dem Haupt-

portal auf dem Gehsteig und lasse die Rotoren warmlaufen. Kaum hat die Drohne abgehoben, stürmt eine Polizistin der Kantonspolizei aus ihrer Wachtkabine. Mit prüfendem Blick begutachtet sie den «Gefahrenherd», der vor dem Botschaftsgitter schwirrt. Nach ein paar deeskalierenden Worten und der Identitätskontrolle entspannt sich die Lage.

Angriff auf die US-Botschaft

«Was wäre, wenn wir rasch das Areal überfliegen würden?», frage ich. «Lieber nicht», erwidert sie gequält lächelnd. «Dann müsste ich unverzüglich den Notruf starten», sie deutet auf einen Knopf an ihrem Funkgerät am Gürtel. In «weniger als einer Minute» wäre Verstärkung vor Ort. Je nach Dringlichkeit der Lage könnte sogar die Sondereinheit «Enzian» ausrücken. Ist es gesetzlich überhaupt verboten, über Botschaftsgelände zu fliegen?

Das EDA, das für Botschaftseinrichtungen zuständig ist, verweist auf das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen, wonach «es verboten ist», auf diplomatisches Territorium «einzudringen, auch mittels Drohnen». Aber ab welcher Höhe hört eigentlich das diplomatische Territorium auf? Gemäss Bundesamt für Zivilluftfahrt dürfen Flugzeuge Botschaftsgebäude in Mindestdistanz von 300 Meter überqueren. Gilt diese Einschränkung auch für Drohnen? «Nein», lautet die Antwort des Bazl. «Es gibt keinen Mindestabstand bei Botschaften.»

Und was wäre, wenn erprobte Drohnenflieger mit böser Absicht am Werk wären? Auf Youtube finden sich Hunderte Videos von atemberaubenden Drohnenpiloten. Mit fliegenden Kameras steigen sie Hochhäuserfassaden empor und rasen sie unter Brücken hin-

durch, stürzen Felswände hinab und fliegen bis zu 80 Kilometer weit.

Einer ihrer schillerndsten Vertreter ist der Wirtschaftsinformatiker Raphael Pirker alias «Trappy» aus Zürich. Sein hausgemachter Einflügler aus Schaumstoff, von einem walnussgrossen Elektromotor mit Propeller angetrieben, fliegt mit Spitzengeschwindigkeiten von 150 Kilometer pro Stunde, die Akkus erlauben rund 90 Minuten Flugzeit. Dabei schaut Pirker beim Navigieren gar nicht hinauf zu seinem Flugzeug. Seine Augen sind hinter einer verkabelten Skibrille verborgen, in die er zwei kleine Monitore eingebaut hat. Eine High-Definition-Kamera sendet ihm aus dem Cockpit scharfe Videobilder in seine Cyberbrille. Er fliegt also sozusagen mit.

Pirkers Flüge mit «First Person View» (FPV) haben längst Kultstatus erreicht. Auch CNN hat über ihn berichtet, als er durch die Häuserschluchten Manhattans raste und ein paar Runden um die Freiheitsstatue drehte, was die Sicherheitskräfte in helle Aufregung versetzte. «Team Black Sheep» (Schwarzes Schaf) nennen sich Pirker und seine Mitstreiter. Der Name sei bewusst gewählt, sagte er in einem Interview. «Wir brechen Tabus. Wir stellen Regeln in Frage. Wir machen das, wovon andere Leute sagen: «Das darf man doch nicht!»»

Absturz beim «Schweizer Pentagon»

Ihre Flugerlebnisse haben das Potenzial zum Massenphänomen – und drohen gerade deswegen hart mit den Gesetzen für die Nutzung des Luftraums zu kollidieren. In Pirkers Drohnen steckt neueste Technik, welche die Flieger aus mehreren Kilometer Entfernung steuerbar halten. Die Digitalfunk-Bauteile seien nicht frei verfügbar, deutet Pirker an, man



«Lieber nicht»: US-Botschaft in Bern.



Ohne Pilotenschein: Steuerung per Smartphone.



Flugunfall: Nachrichtendienst.

müsse sich auf dem Markt für Sicherheitstechnik und bei Spionageausstattern bedienen. Wer nicht mühsam selber basteln mag, kann Pirkers Modell auf dessen Website für rund 2500 Dollar bestellen. «Die Nachfrage ist riesig», sagt Pirker, er müsse mittlerweile direkt aus Hongkong versenden, um dem Ansturm nachzukommen.

Es braucht wenig Fantasie, um sich beklemmende Szenen vorzustellen: Angriffe auf Autos, Open-Air-Anlässe, Fussballstadien, öffentliche Empfänge von Staatsgästen, auf militärische Einrichtungen oder sensible Liegenschaften wie zum Beispiel das Schweizer «Pentagon». So wird im Volksmund jener Gebäudekomplex an der Papiermühlestrasse 20 unweit des Stade de Suisse in Bern genannt, wo hinter Zäunen, Barrieren und Überwachungskameras der Nachrichtendienst des Bundes einquartiert ist.

Um die Reaktion zu testen, lege ich meine harmlose Spielzeugdrohne unmittelbar vor dem Hauptportal zum Start bereit, schalte die Rotoren ein und lasse den «Parrot» auf zwei Meter Höhe ein paar kleine Flugmanöver fliegen. Fünf Minuten verstreichen, ohne dass sich jemand daran zu stören scheint. Ich schraube die Drohne auf fünf Meter Flughöhe und navigiere auf das Gebäude zu, die Kamera «blickt» jetzt Richtung Büfenster, die immer schärfer auf dem Monitor des Smartphones erscheinen. Plötzlich beginnt die Drohne zu trudeln, ich versuche eine Notlandung, unelegant plumpst der «Papagei» auf dem Areal der Geheimdienstzentrale in den Schnee. Selbst der gegroundete Kopter scheint niemanden zu interessieren. Ich klinge am Portal, informiere das Sicherheitspersonal über meinen Absturz und frage, ob ich das Fluggerät wieder zurückhaben könne. Ohne Nachfrage oder Kommentar wird mir geholfen. «Danke!» – «Keine Ursache, haben Sie einen schönen Tag!»

«Intelligente» Flugroboter

«Die Armee ist sich der Gefahr, welche von sogenannten Minidrohnen ausgeht, sehr wohl bewusst und hat entsprechende Konzepte für Gegenmassnahmen», schreibt das Verteidigungsministerium (VBS) auf die Frage, wie es militärische Einrichtungen gegen Kleindrohnen schützt.

Diese Abwehrkonzepte müssen wohl bald überholt werden. In Zürich wird an der weltweit modernsten Drohnentechnik geforscht, die ohne Piloten auskommt. In der «Flying Machine Arena», einem 1000 Quadratmeter grossen Labor der ETH, führen fliegende Roboter bereits komplexe Aufgaben ohne menschlichen Eingriff aus. Sie können aus Styroporklötzen Türme bauen, Gegenstände aus der Luft fangen, gegeneinander Tennis spielen und sogar in kleinen Gruppen zu Musik tanzen.



Verblüffende Genauigkeit: Forscher Scaramuzza in seinem Labor für künstliche Intelligenz.

Damit Drohnen akrobatische Kunststücke meistern können, entwickelt das Team unter Forschungsleiter Raffaello D'Andrea Algorithmen, die lernen und sich anpassen. So sollen Drohnen fähig werden, von selbst auf unvorhergesehene Dinge zu reagieren.

«Intelligente» Flugroboter würden ein schier grenzenloses Spektrum von Einsatzmöglichkeiten eröffnen: das Überwachen von Industrieanlagen, das Suchen nach Überlebenden bei Naturkatastrophen, das Scannen von Atomkraftwerkmauern auf Risse und gar das Reparieren derselben.

Ausserhalb der Experimentierhalle, im Freien, funktionieren die akrobatischen Manöver allerdings noch nicht, die Position der einzelnen Mikrokopter wird zentral ermittelt, zu ihrer Koordination sind in der Flugarena montierte externe Ortungskameras nötig. Bei der Navigation im Freien könnte man theoretisch auf das GPS zurückgreifen. Dies ist aber zu langsam und mit einer Abweichung von mehreren Metern viel zu unpräzise. Und in Gebäuden funktioniert das GPS nicht.

Dieser Herausforderung hat sich Davide Scaramuzza angenommen, Professor am Labor für künstliche Intelligenz an der Uni Zürich. Sein Ziel: die vollautonome Drohne mit eigenständigem Navigationssystem. Dafür stattet Scaramuzza und sein Forschungsteam ihre Fluggeräte mit industriellen USB-Kameras mit fester Brennweite aus. Die autonomen Mikrokopter schicken ihre Bilder an einen Zentralrechner, der nach Ecken und Kanten in den Bildern sucht. Dann wechseln die Mikrokopter ihre Flugposition und schicken neue Bilder. Die Software versucht daraufhin bereits bekannte Punkte in den neuen Bildern

wiederzufinden und berechnet aus der veränderten Perspektive die Positionsänderung der Kopter-Drohne. Das Navigieren ist somit eine rasend schnelle, fortlaufende Positionsberechnung des Fluggeräts.

Aus den gesammelten Bilddaten aller ausgeschwärmten Mikrokopter erstellt der Computer eine dreidimensionale Karte der Umgebung, die jede einzelne Drohne zur Orientierung nutzen kann. Solche Drohnen können auch in Strassenschluchten, Höhlen, Tunneln und Gebäuden navigieren, was mittels GPS nicht möglich ist. Und sie tun dies bereits mit verblüffender Genauigkeit.

Die Zukunft des Pizzakuriers

Eine gewisse Struktur muss die Umgebung aber auch bei diesem System aufweisen. Über Wasser verliert das Navigationssystem die Orientierung. Zudem sinkt die Genauigkeit, wenn der Mikrokopter aus Sicherheitsgründen höher fliegen muss – in hundert Meter Höhe treten Abweichungen von einem Meter auf. Ausserdem ist die Laufzeit der Batterien für längere Einsätze noch zu knapp.

Doch dies sind für Scaramuzza und sein Team bloss temporäre Hindernisse. «Unsere Idee funktioniert», sagt er. Bereits jetzt könnten seine Drohnen eine Flasche Wein transportieren, lacht er. Bald also dürften «Brief-Drohnen» fähig sein, Eilsendungen durch die Luft zu spedieren, oder Pizzakuriers, das Nachtessen via Robocopter auszuliefern.

Wie die Zukunft aussehen könnte, zeigt Matternet, eine Firma mit Sitz im Silicon Valley, Kalifornien. Auf ihrer Homepage schwirren Drohnen über die Savanne Afrikas, das Rotkreuz-Emblem auf dem Rücken. Für Gründer Andreas Raptopoulos ist das surreale

Bild alles andere als virtuelle Spielerei. Rund eine Milliarde Menschen wohnen jenseits eines ganzjährig erschlossenen Strassennetzes. Hier ist die Versorgung mit Medikamenten oder Saatgut nicht gewährleistet. Autonome Mikro-kopter könnten diese Lücken schliessen. Raptopoulos plant einen fliegenden Paketdienst.

Lebensretter aus der Luft

Sein Konzept erinnert an den Postkutschendienst in Europa oder den Pony-Express vor der industriellen Erschliessung der USA. Pakete im Matternet könnten von Station zu Station weitergereicht werden, wobei nicht wie früher Lasttiere ausgewechselt würden, sondern die Transportdrohnen, welche bis zum nächsten Einsatz die Batterie aufladen könnten. Matternet will die Erde mit einem dichten Netz von Basisstationen überziehen.

Zwei Arten von Vertriebsnetzen plant Matternet: in dicht bebauten Städten wie Los Angeles oder New York (High Dollar Applications) oder aber Dienste in Drittweltstaaten, wo die Hilfe Leben retten kann (High Impact Applications). Und Visionär Raptopoulos weiss auch bereits, wie der Service zu finanzieren ist. Die profitablen Transportdienste sollen die gesellschaftlich wichtigen Dienste ermöglichen. Auch an den Schutz der Verkehrswege hat Raptopoulos gedacht. Die Mikrokooper sollen in rund 120 Meter Höhe fliegen, damit sie nicht leichte Beute von Wegelagerern und Räubern werden.

Bereits 2015 sollen die Technik und ihre rechtlichen Grundlagen so weit sein, um ein Pilotprojekt lancieren zu können. Bis dann, so beschloss jüngst die US-Politik, muss die amerikanische Luftfahrtaufsicht die technischen und administrativen Rahmenbedingungen schaffen, um den kommerziellen Betrieb autonomer Kleinflieger in die nationale Luftsicherheit zu integrieren. Durch die juristische Pionierrolle der USA, so hofft Matternet, werde ein Mikrokooper-Boom auch in Europa ins Rollen kommen.

Derweil wartet die Forschung nicht auf die Gesetzgeber und schreitet mit Überschallgeschwindigkeit voran. Schrittmacher ist wie meistens die Rüstungsindustrie. Das US-Un-

ternehmen Aerovironment hat einen Flugroboter namens «Hummingbird» entwickelt, klein wie ein Kolibri, der sich einem Vogel gleich auf einen Ast setzen und unbemerkt Gespräche aufzeichnen könnte. Und das US-Militär präsentierte unlängst den Prototyp einer Miniaturdrohne von der Grösse einer Mücke. Roboterforscher nehmen dabei Mass an der Natur: an Fischen, Heuschrecken oder Ameisen. Roboter sollen nicht bloss als Solisten, sondern im Schwarm operieren. Dereinst könnten sie wie dressierte Insekten komplexe Aufgaben erfüllen. Zum Beispiel in einer Menschenmenge synchron verschiedene Personen oder Gruppen von Leuten verfolgen, indem sie sich aufteilen oder selbst aktiv werden.

Waffennarr mit Drohne

Wohin die «schöne neue Drohnenwelt» führen könnte, hat der Science-Fiction-Bestseller-Autor Daniel Suarez in seinem verstörenden Thriller «Kill Decision» skizziert. Dort maskieren aus autonomen Kampfrobotern zusammengesetzte Droiden-Kollektive Politiker, Ölindustrielle, Sicherheitsleute, muslimische Pilger und Wissenschaftler en gros und entfesseln einen Weltkrieg. Dabei nutzen die Kampfdrohnen artifizielle «Sinne». Die in beweglichen Verbänden operierenden Flugroboter sehen und hören und riechen alles, von Infrarot über Ultraschall bis zum menschliche Atem, der fünfzehn verschiedene Chemikalien absondert, welche die Kampfdrohnen durch chemorezeptive Sensorik erschnuppeln und zur Zielerfassung nutzen können.

Man mag dies als abstruses Horrorszenario beiseiteschieben. Doch ein Blick auf Youtube reicht, um zu sehen, was mit der heutigen Technik möglich ist. Da präsentiert zum Beispiel ein Waffennarr mit Alias «FPSRussia» einen Quadrokooper, der einer «Parrot»-Drohne zum Verwechseln ähnlich sieht. An seinem Rumpf hat er ein Maschinengewehr befestigt, mit dem er vor laufender Kamera menschengrosse Puppen niedermäht und ein (leeres) Auto in die Luft sprengt. «Have a nice day!», ruft er zum Abschied durch den Explosionslärm. Ich gönne mir und meinem «Papagei» eine Auszeit auf dem Berner Hausberg Gurten, wo

das Fliegen niemanden stört. Auf halbem Aufstieg passiere ich das Privatdomizil von Justizministerin Simonetta Sommaruga im gehobenen Spiegel-Quartier. Gefroren liegen die Gartenbeete hinter dem Zaun, wo die Bundesrätin im Sommer Kresse pflanzt. Personenschutz ist keiner sichtbar. Es ist Sonntag, ein grauer Tag. Vielleicht sitzt Frau Sommaruga mit ihrem Mann im Wohnzimmer und konversiert über sein neues Roman-Manuskript oder spielt eine Sonate am Klavier. Ein Blick mit der Drohne könnte meine Neugier stillen. Und wahrscheinlich würde ich mich damit nicht strafbar machen. Zwar erstreckt sich gemäss Art. 667 ZGB das Grundeigentum nach oben auch auf den Luftraum, soweit für die Ausübung des Eigentums ein Interesse besteht. Und wenn ich in einigen Metern über dem Garten fliegen würde, wo «für die Ausübung des Eigentums» kaum ein Interesse besteht?

Die Rechtslage scheint konfus. «Soweit die Drohnen in Bodennähe fliegen, ist wohl davon auszugehen, dass der Eigentümer dies grundsätzlich verbieten kann, weil darin eine Eigentumsstörung zu sehen ist», heisst es in Sommarugas Justizministerium. Das Bundesamt für Zivilluftfahrt hingegen teilt mir mit: «Grundsätzlich können Sie mit einer Drohne über den Garten des Nachbarn fliegen, wenn sie dabei keine Aufnahmen machen. Allenfalls kann dann der Lärm des Geräts ein Problem darstellen.»

Die Sonntagsruhe der Bundesrätin

In der Tat könnte das Surren der Drohnen die Bundesrätin aufschrecken. Ausserdem hat sie die Sonntagsruhe verdient, finde ich, und mache mich aus dem Staub. Aber wenn an meiner statt ein «bärtiger Kärli» vor Sommarugas Gartenzaun stünde? Der prächtige Ausblick besänftigt die dunkeln Gedanken. Nichts trübt den Blick auf die Hauptstadt, die sich im friedlichen Winterschlaf ausbreitet, majestätisch mitten drin im Schneerieseln: das Bundeshaus. Vielleicht hatte Mani Matter doch recht: «S scheidt numen uf Zyt / S länge fürs z spränge paar Seck Dynamit.» – oder eine Kampf-Drohne. ○



329 CHF

Machen ihren Job glänzend.

THE SHOE PEOPLE



NAVYBOOT
SWITZERLAND

Die Stolpersteine der Liebe

Das grosse, ewige Liebesglück mit der richtigen Person – davon träumen alle. Meistens geht aber alles schief, wie unser Autor aus persönlicher Erfahrung weiss.

Von Thomas Meyer und Judith Lamberger (Illustrationen)

Am Anfang sieht es jedes Mal danach aus, als hätte man sie gefunden, die grosse Liebe. Doch dieser wunderbare Eindruck verflüchtigt sich meist rasch, und man geht voller Befremden wieder getrennte Wege. Auch stabilere Verbindungen, die mehrere Jahre überdauern, geraten irgendwann an den Punkt, an dem sich wenigstens einer der beiden fragt: «Was mache ich hier eigentlich?»

Jede zweite Ehe wird daraufhin geschieden, und jene Verhältnisse, die weiter Bestand haben, will man als Aussenstehender meist nicht geschenkt. Dabei schmerzen noch nicht einmal die offen zur Schau getragenen Respektlosigkeiten, die Untreue und die Lügen, sondern die schlichte Tatsache, dass hier zwei Menschen zusammen sind, die beim besten Willen nicht zusammengehören.

Warum klappt es so gut wie nie mit der grossen Liebe? Wo es sich doch jedes Mal so anfühlt, als wäre sie es? Eine Auflistung der sechs grössten Herausforderungen.

1 — Der Partner ist kein Glücksautomat

In unserem Kulturkreis gilt die Liebe als ein gut verstecktes Füllhorn, das den, der es endlich gefunden hat, grenzenlos mit Glück be-

sprudelt. Mit der Erfüllung dieser Fantasie wird folgerichtig der Liebespartner betraut, von dem man ein Verhalten erwartet, das einem ausschliesslich gute, schöne Gefühle bereiten möge.

Diese Auslagerung der eigenen Zufriedenheit ist jedoch fatal. Sie macht einen zum beschaffungskriminellen Liebesjunkie, dessen Laune von jedem Wort und jeder Tat des Partners abhängt. Zum Beginn der Beziehung, wo einen dieser für ein gottgleiches Wesen hält und auch so behandelt, mag das ja noch gutgehen. Doch früher oder später wird er irgendetwas tun, das einem gründlich missfällt, weil es nicht dem entspricht, was man von ihm erwartet.

Ungleich einem Kaffeeautomaten, von dem man mit gutem Grund verlangen darf, auf Knopfdruck Espresso zu kochen, ist ein Partner jedoch kein Glücksautomat. Wer diesen Anspruch an einen anderen Menschen stellt, wird zwingend enttäuscht werden. Allerdings wird eher an diesem Anspruch festgehalten als am Menschen, in den man sich verliebt hat, und so sieht sich dieser irgendwann gegen einen neuen Glückslieferanten ausgetauscht, der dann noch härter in die Pflicht genommen wird als sein gescheiterter Vorgänger.

Erfolgreiche Paare, und es gibt einige davon, werden Ihnen bestätigen, dass ihre Beziehung hauptsächlich deshalb floriert, weil keiner sein Glück vom anderen abhängig macht, sondern jeder selbst darum bemüht ist.

2 — Geteiltes Leid ist doppeltes Leid

Es ist eine furchterregende Wahrheit, dass die Probleme, die ein Mensch mit sich selbst hat, in einer Beziehung mit einem anderen Menschen zu den gemeinsamen Problemen werden. Verlieben Sie sich beispielsweise in jemanden mit einem schlechten Selbstwertgefühl, werden Ihre Unterhaltungen bald nur noch Ihr angeblich liebloses Verhalten zum Thema haben. Irgendwann werden Sie genug Kritik an Ihrem schlechten Charakter entgegengenommen haben und gehen. Und Ihr Partner wird eine Bestätigung erhalten für die schreckliche Annahme, die er über sich selbst getroffen hat, nämlich, dass man ihn unmöglich lieben könne.

Eine weitere furchterregende Wahrheit besteht darin, dass die betroffenen Menschen ihre seelischen Nöte nicht professionell lösen, sondern hilflos dem Pechvogel vor die Füsse werfen, der näher in ihr Leben tritt. Dies führt uns zum nächsten Stolperstein.



Eigenes Problem wird gemeinsames Problem.

3 — Die Lust ist ein schlechter Berater

Früher gingen die Menschen jahrelang jeden Sonntagnachmittag miteinander spazieren, bevor sie intim wurden. Heute hingegen vögeln die Leute spätestens beim zweiten Date drauflos und wundern sich, dass sie quasi einen inneren Frontalzusammenstoss erleiden mit jemandem, den sie überhaupt nicht kennen.

Dann hocken sie verstört da und analysieren im Freundeskreis SMS, vor allem die ausbleibenden, und schieben die Schuld für das Trauma, das sie erlitten haben, pauschal dem anderen Geschlecht zu. Hätten sie jedoch ihre lodernde Geilheit ein wenig gezügelt und die Sache etwas langsamer angegangen, ein kleines bisschen bloss, hätten sie vermutlich gemerkt, ob es passt – oder eben nicht.

4 — Wahrhaftigkeit ist nichts für Feiglinge

Erfolgreiche Paare, und es gibt einige davon, werden Ihnen bestätigen, dass ihr Scheitern ein schleicher Prozess war. Dass es kein einzelnes, trennendes Ereignis gab, sondern tausende mikroskopische davon: Missverständnisse, Lieblosigkeiten und Enttäuschungen, wie sie das alltägliche Zusammenleben



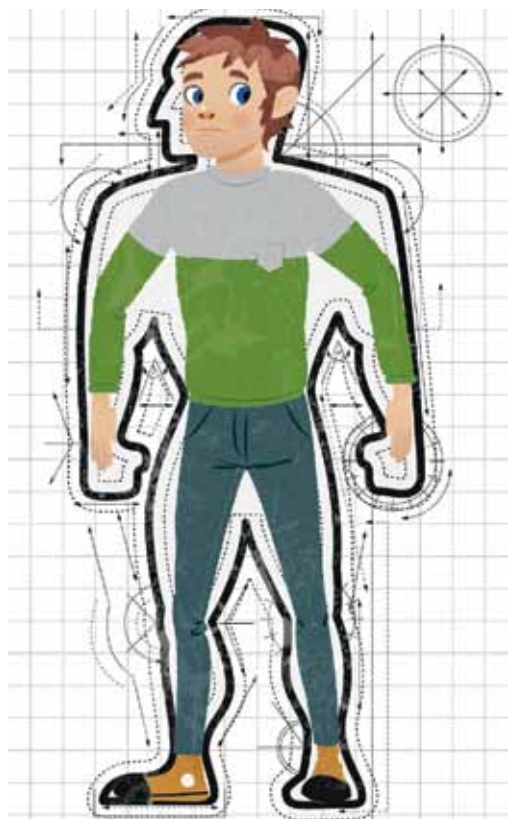
Zu Beginn der Beziehung ein gottgleiches Wesen.

mit anderen Menschen nun einmal mit sich bringt.

Wer diese Miniverletzungen jedes Mal herunter schluckt, hat zwar im Einzelfall wenig zu erleiden, so dass er denkt, es sei buchstäblich nicht der Rede wert. Doch was man wegsteckt, ist deswegen nicht weg. Weg ist es erst, wenn man es ausgesprochen und sein Gegenüber damit konfrontiert hat.

Diese Wahrhaftigkeit erfordert Mut. Nicht zuletzt, weil man dafür als kompliziert oder überempfindlich bezeichnet wird, meist natürlich beides. Doch genau dies ist das Rezept erfolgloser Paare: Sie lassen ihre Sprache immer liebloser und unachtsamer werden, verletzen einander damit und haben schliesslich auch dafür kein Gehör mehr, sondern greifen zu den populären Ausreden «Nicht so gemeint» und «War nur ein Witz».

5 — Es passt fast nie Wie schön war doch die Zeit mit Anfang zwanzig! Da passte es mit so vielen. Vielleicht nicht jedes Mal für lange Zeit, aber jedes Mal absolut. Später wird es heikler, da lernt man sich selbst besser kennen und gelangt zur etwas betrüblichen Erkenntnis: Es passt fast nie. Wohl passt es mit einigen ganz ordentlich, aber eben nicht ganz. Das Resultat ist ein Halbglück, das man zwar nicht wieder gegen das Nullglück tauschen will, einen aber auch das Vollglück vermissen lässt. Die Leute beschwerten sich dann ständig über ihren Partner, und wenn man sie fragt, warum sie sich nicht trennten, sagen sie etwas Lustiges: Es gebe schon auch viel Gutes, bloss rede man halt nicht darüber.



Was stimmt nicht mit ihm?

Die Einsicht, dass man mit jemandem zusammen oder gar verheiratet ist, der eigentlich gar nicht zu einem passt, ist enorm unangenehm, da sie einen, wie jede Einsicht, unverzüglich zum Handeln auffordert. Sie zeigt einem aber auch auf, dass man sich getäuscht hat, mitunter jahrelang. Das ist ebenfalls unangenehm.

Dass es nicht passt, ist jedoch niemandem anzulasten, sondern diesem schlichten Umstand selbst, dass es einfach nicht passt. Wenn es etwas anzulasten gibt, dann die Weigerung, ihn zu akzeptieren und weiterzugehen.

6 — Raum gilt als krank Der Mensch braucht Raum und Zeit für sich selbst, sonst verliert er den Kontakt zu sich und wird überreizt. Es besteht jedoch die blödsinnige Konvention, dass eine erfolgreiche Beziehung sich eins zu eins an der gelebten Nähe misst. Dadurch wird das natürliche menschliche Bedürfnis, regelmässig allein zu sein und dadurch zu sich selbst zurückkehren zu können, immer wieder unterdrückt und als möglicher Beleg für erloschene Liebe oder gar latente Beziehungsunfähigkeit gedeutet.

So zwängen sich alle, die einen Partner gefunden haben, in dieses unselige gesellschaftliche Korsett, das besagt, maximale Nähe bedeute maximale Liebe. In der Folge ziehen die Menschen jeweils sofort in eine gemeinsame Wohnung, in der sie einander schon recht bald mit ihren Eigenheiten auf den Wecker gehen, wobei das Schnarchen eine wichtige Rolle spielt. Denn auch das gemeinsame Schlafzimmer wird als untrüglicher Beweis für das grosse Liebesglück angesehen.

Und als wäre all das nicht schon genug des Druckes, herrscht überdies die Überzeugung, eine gute Beziehung belege sich durch einen lebhaften Austausch, auch auf körperlicher Ebene. So entsteht eine ultimative Erwartung, die, wenn einer der beiden mal abends nicht reden oder sonst was machen mag, sofort quälende und umfassende Zweifel produziert: Was stimmt nicht mit ihm? Oder, noch schlimmer, mit mir?

Aus rätselhaften Gründen wird die Verschiedenheit der Menschen grundsätzlich zwar anerkannt, beim Thema Liebe jedoch grundsätzlich ausgeschlossen. Hier müssen alle gleich sein und gleich funktionieren, die gleichen Bedürfnisse haben und stillen wollen. Doch wenn jemand anders ist, auch gern mal schweigt, ja generell gern allein ist, gilt dies als krank und kauzig. Beziehungen können allerdings nicht nur an zu wenig Nähe zerbrechen, sondern auch an zu viel. Man ist daher gut beraten, sich ehrlich zu fragen, was für ein Alltags-Nähe-Typ man sei. Am besten vor dem Alltag.

Schlussfolgerung — Die beschriebenen Probleme lassen sich mit einigem Aufwand igno-



In der Liebe müssen alle gleich sein.

rieren, damit man zusammenbleiben kann. Weil es sich so gehört. Weil man nicht zu den Liebesverlierern zählen will, falls es so etwas gibt. Weil man eine seltsame Rechnung von bereits investierter Zeit anstellt, weil man fürchtet, nie wieder jemanden kennenzulernen, oder weil man eine Philosophie pflegt, die mehr als das halbe Glück für vermessen hält. Die Ausreden sind zahlreich und tragen einen durch ein ganzes Leben.

Dass Beziehungen ewig halten sollen, steht allerdings nirgends geschrieben – ausser in Drehbüchern von kitschigen Filmen, in Texten von Popsongs und in religiösen Schriften. Die Realität ist eine andere; sie umfasst die hier beschriebenen Herausforderungen und Unwägbarkeiten, und man kann sich vorstellen, dass künftige Gesellschaften einen gesünderen Bezug zur Wirklichkeit pflegen: Man kann sich vorstellen, dass die Menschen der Zukunft einander treffen, weil es passt, und einander wieder in Dankbarkeit und Güte loslassen, wenn es nicht mehr passt; dass jene zusammenleben, die wollen, und nicht jene, die glauben, es zu müssen; und dass es die Ehe nicht mehr geben wird, da die Menschen keine behördliche Bestätigung für ihre Liebe mehr benötigen werden. Und diese Vorstellung ist gut.

Thomas Meyer ist Schriftsteller und Werbetexter. Sein aktueller Bestseller heisst: «Wolkenbruchs wunderliche Reise in die Arme einer Schickse» (Salis).

«Hochschulen sind ein Betrug»

Nassim Nicholas Taleb hat den internationalen Bestseller «Der Schwarze Schwan» verfasst und legt nun ein Buch mit dem sperrigen Titel «Antifragilität» nach. Im Gespräch erklärt er sein Modell. Die Schweiz findet er interessant, allerdings bedeute die Akademisierung der Ausbildung ein Risiko. *Von Rolf Dobelli*

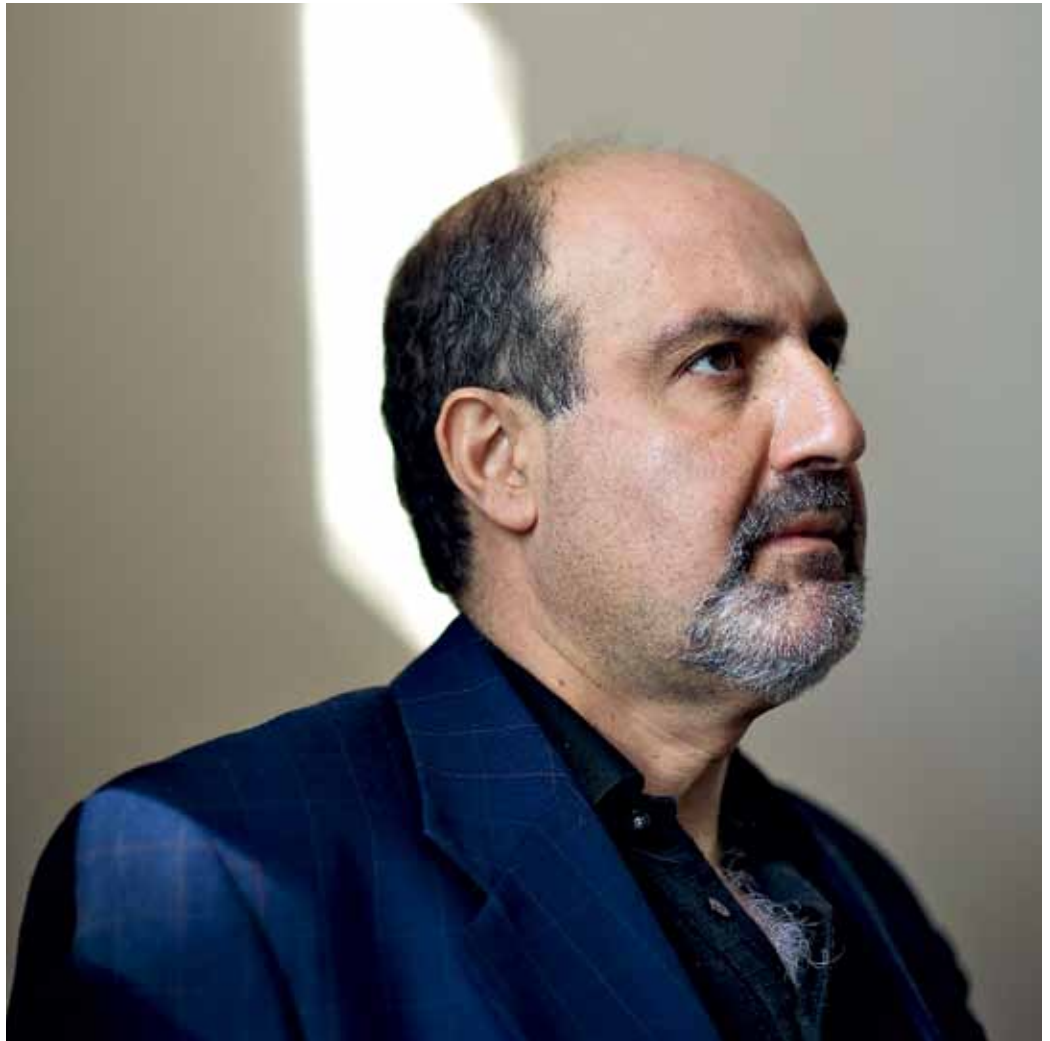
Nach dem «Schwarzen Schwan» haben Sie einen neuen Begriff in den Ring geworfen: «Antifragilität». Ein hässliches Wort.

Ich brauchte ein Wort, um das Gegenteil von Fragilität auszudrücken. Wenn ich die Leute frage: «Was ist das Gegenteil von <zerbrechlich>?», dann antworten Sie mit «stabil» oder «robust». Doch das Gegenteil von «positiv» ist nicht «neutral», sondern «negativ». Somit sollte das Gegenteil von «zerbrechlich» etwas sein, das an Schocks nicht nur nicht zerbricht, sondern dadurch sogar stärker wird. Ich nenne es «antifragil». Fragile Dinge hassen Unruhe. Antifragile Dinge hingegen lieben das Chaos. Es erstaunt mich, dass bis heute niemand an «Antifragilität» gedacht hat.

Doch. Der Philosoph Thales von Milet wusste vor 2500 Jahren davon. Sonst hätte er nicht Optionen auf Ölpresen gekauft.

Thales und die ersten Optionshändler wussten nicht, warum sie Geld verdienen. Sie ahnten wohl, dass es zu einem Engpass an Ölpresen kommen könnte. Doch dass eine Zunahme von Schocks, Unruhe, Chaos und Volatilität solche Optionen wertvoller machen würden, daran dachten sie nicht. Der Witz ist: Antifragilität geht weit über Optionen hinaus. Es ist ein universelles Phänomen. Alle Bereiche, die vom Chaos profitieren, gehören zur Antifragilität. In der Medizin finden Sie Tausende von Studien, die von den positiven Effekten von Irregularität sprechen – Irregularität der Bewegung, der Nahrungsaufnahme, der kleinen Stressoren. Niemandem fiel auf, dass es sich hier stets um das gleiche Phänomen handelt: Antifragilität. Oder nehmen Sie die Schweiz. Je volatiliter es ausserhalb der Schweiz zu- und hergeht, desto mehr Gelder fließen den Schweizer Banken zu. Oder: Je ungleicher die Vermögen auf der Welt verteilt sind, desto besser geht es der Luxusgüterindustrie. Fazit: Wenn Sie wissen, welche Bereiche Ihres Lebens oder in Ihrer Branche fragil und welche antifragil sind, können Sie sich richtig positionieren, ohne im Detail zu verstehen, wie die Welt funktioniert. Das ist sehr praktisch.

Bevor Sie ein einflussreicher Denker wurden, waren Sie Trader bei der UBS und der Credit Suisse. Sie kennen unser Land seit vielen Jahren. In Ihrem neuesten Buch kommt die Schweiz gut weg. Sie loben die Ultradentralität, den Föderalismus. Das



«Die Finanzindustrie wird zum Glück schrumpfen»: Ex-Trader und Star-Intellektueller Taleb.

bodenständige Feilschen am Stammtisch hat uns von grössenwahnsinnigen Utopien ferngehalten. In unseren privaten Gesprächen schneiden Sie aber auch kritische Töne an. Was läuft falsch in der Schweiz?

Das grösste Risiko der Schweiz ist: Das Niveau der Ausbildung steigt. Die Schweiz hat sich von einem Land der Handwerker und Macher in ein Land von Pseudointellektuellen verwandelt. Jeder schickt seine Kinder an die Hochschule. Dort lernen Sie Schriften von Kant und Derrida sowie Betriebswirtschaftslehre, Finanzmathematik und ähnlichen Quatsch. Statt zu lernen, wie man Uhren baut.

So viele Uhrenfirmen braucht das Land aber nicht.

Wer vor dreissig oder fünfzig Jahren studiert hat, war wirklich smart. Heute aber sind leider die meisten Hochschulabsol-

venten Scharlatane, die viel besser eine Lehre abgeschlossen hätten. Diese Leute sind gut im Nachplappern von dem, was die Professoren herauslassen, aber schlecht im selbständigen Denken. Hören Sie, ich bin nicht gegen Universitäten. Ich bin allerdings dafür, dass Universitäten für jene Leute reserviert sind, die echte Wissenschaft betreiben wollen. Wir brauchen besessene Forscher an den Universitäten, nicht Leute, die erfahren wollen, wie man im Leben erfolgreich wird. **Was wir brauchen, sind gutausgebildete Arbeitskräfte.**

Und was tun diese gutausgebildeten Arbeitskräfte? Gelingen ihnen Erfindungen? Gründen sie Firmen? Bringen sie die Welt in irgendeiner Weise voran? Nein. Sie werden Angestellte, Mittelmanager oder Topmanager, in anderen Worten: Bürokraten. Bürokraten sind Menschen, die kein Risiko

für ihre Entscheidungen tragen. Sie bekommen das *upside* wenn es gut läuft und überlassen das *downside* den anderen, wenn es schlecht läuft.

Wirtschaftlich hat sich die Intellektualisierung der Schweiz nicht ausgewirkt. Im Gegenteil. Das Land ist in glänzender Verfassung – verglichen mit den anderen westlichen Staaten.

Zum grossen Teil Scheinwachstum. Es war getrieben durch den Finanzsektor, der sich über alle Massen aufblähte. Damit kommen wir zum zweiten grossen Risiko für die Schweiz: die viel zu grosse Abhängigkeit von der Finanzindustrie. Die Finanzindustrie wird in den nächsten Jahren zum Glück schrumpfen. Das ist das Beste, was der Schweiz passieren kann.

Das Wachstum der Finanzindustrie war ein organischer Prozess. Es gab keinen Masterplan, der besagte: «Jetzt stürzen wir uns in die Orgie des Bankings.»

Der erste Fehler war im Jahr 1992 die Akquisition des amerikanischen Optionshändlers O'Connor & Associates durch den Bankverein. Vor diesem Schritt waren die Schweizer Banker langweilige, risikoscheue Anlageberater, und das war gut so. Sie hassten alles Technische, sie verabscheuten alles, was sie nicht verstanden, all die Formeln, den ganzen Hokuspokus. O'Connor brachte die mathematischen Scharlatane ins Schweizer Banking. Von da an ging's bergab.

Ohne diesen pseudowissenschaftlichen Hokuspokus können Sie es vergessen, globales Privat Banking zu betreiben. Sie brauchen diese Fassade fürs Marketing Ihrer Produkte.

Richtig. Aber die Chefs der Banken haben das nicht als Marketing gesehen. Sie glaubten daran. Sie glaubten den Scharlatanen. Verdammte, sie glauben ihnen noch heute! Und dann kam der zweite Schlag: der sinnlose Zusammenschluss des Bankvereins mit der Bankgesellschaft zur UBS. In dem Moment, wo Sie beginnen, mit einer Citicorp oder Bank of America zu konkurrieren, müssen Sie alle negativen Aspekte der Amerikaner übernehmen. Dazu gehört die Aufgabe des gesunden Menschenverstandes und das Streben nach Grösse. Die Grösse hat den Banken geholfen, Risiken zu verstecken. Noch heute.

Zurück zum Thema Universitäten. Reserviert sollen sie sein für angehende Wissenschaftler, sagen Sie. Gehört es nicht auch dazu, Studenten eine Bildung zu verpassen, die es ihnen ermöglicht, sich in dieser komplexen Welt zurechtzufinden?

Universitäten sollten lehren, wie man mit Risiken umgeht – mit Lebensrisiken, mit Geschäftsrisiken. Dazu braucht es keine komplizierten mathematischen Modelle. Dazu braucht es einige wenige Heuristi-

ken, Daumenregeln, wie sie Prof. Gerd Gigerenzer aus Berlin erforscht hat. Überhaupt sind Heuristiken die beste Art, in einer komplexen Welt zu leben – neben der Vermeidung von systematischen Denkfehlern, wie Sie sie in Ihren Büchern beschreiben. Und dann sollen die Studenten so schnell als möglich rausgehen und Firmen gründen oder künstlerisch oder handwerklich tätig werden. Sie sollen tun statt nachdenken. Sie sollen «unternehmen», im besten Sinn des Wortes. Wenn man Menschen bis zum Alter von 25 Jahren in einer Ausbildung gefangen hält, sind die besten Jahre verpufft. Wenn Bill Gates das Studium nicht abgebrochen hätte, gäbe es keine Microsoft. Wenn Steve Jobs die Schule nicht abgebrochen hätte, gäbe es keine Firma Apple. Ich sage es nochmals: Wir überschätzen die Rolle der Hochschulen und Universitäten. Schauen Sie sich die industrielle Revolution an. Sie ging von privaten Bastlern aus, von Hobbymechanikern, die nach dem Versuch-und-Irrtum-Prinzip vorgehen. Nicht die Universitäten haben die industrielle Revolution geboren, sondern Bastler. Allesamt Nichtakademiker. Diese Erfinder machten England reich. Doch der Reichtum führte dazu, dass ein flächendeckendes Netz an Hochschulen entstand. Die

«Die Schweiz hat sich in ein Land von Pseudointellektuellen verwandelt.»

Überintellektualisierung führte schliesslich zu einem Stillstand der Gesellschaft in den 1970er Jahren. Genau darin sehe ich heute die Gefahr für die Schweiz. Silicon Valley funktioniert übrigens genau darum, weil viele extrem intelligente Menschen ihre Zeit nicht an den Hochschulen verschwenden, sondern Firmen gründen. Versuch und Irrtum bringt mehr als alles Plappern, Planen und Theoretisieren. Hochschulen – mit Ausnahme der wenigen Spitzenuniversitäten – bringen einer Gesellschaft verdammt wenig. Hochschulen sind ein Betrug. Sie sind Meister im Selbstmarketing.

Wenn Sie die Flut an wissenschaftlichen Studien anschauen, die täglich aus den Universitäten strömt: Da werden der Natur täglich neue Geheimnisse abgerungen.

Das ist weisses Rauschen. Seien wir ehrlich: Wirklich revolutionäre Erfolge kommen vorwiegend von ausserhalb der Universitäten. Darwin war ein Privatforscher. Newton erschuf die klassische Mechanik auf dem Land – als die Schule wegen Pest geschlossen war. Einstein arbeitete als technischer Experte dritter Klasse im Patentamt in Bern. Institutionen schaffen solche Revolutionen nicht.

Ihre Abneigung gegenüber dem Institutionellen und dem Geplapper spiegelt Ihre

Meinung zum World Economic Forum (WEF). Dennoch waren Sie vor einigen Jahren in Davos eingeladen.

Ich hatte damals wirklich geglaubt, am WEF gehe es darum, die Welt zu verbessern. Doch so ist es nicht. In Davos geht es um zwei Dinge. Zum einen geht es um Business-Deals. Davos ist der effizienteste Ort, um Geschäfte einzufädeln. Wissen Sie, in den USA gibt es eine jährliche Konferenz der Occasionsauto-Händler. Der Unterschied zu Davos: Die Leute dort müssen nicht so tun, als würden sie die Welt retten wollen. Zweitens, Davos ist der beste Ort für Namedropping. Es erlaubt einem im Nachgang Aussagen wie: «Der Präsident von Moldawien hat mir in Davos gesagt...» Solche Sprüche erhöhen den Status in gewissen Kreisen. In meinem neuen Buch bezeichne ich Davos als IAND – International Association of Name Droppers. Engagierte Denker und Praktiker, die wirklich die Welt verbessern wollen, sind in Davos fehl am Platz. Was mich am WEF am meisten bedrückt hat: Ich hatte fälschlicherweise angenommen, dass die Reichen und Mächtigen wie im alten Athen nun endlich Zeit hätten, sich um die Polis, also die Gemeinschaft, zu kümmern. Doch beim WEF ist das alles nur eine Fassade. Das WEF ist keine ehrliche Sache.

Können Sie mir ein Beispiel geben?

Ich hatte ein Essen mit dem Big Boss einer der grössten Banken der Welt. In keinem Moment des Dinners, das mir wie eine Ewigkeit vorkam, hat er auch nur eine einzige Idee ausgedrückt. Es ging nur um «Mein Freund, der CEO so und so» oder «Mein Freund, der Präsident so und so». Das sind Menschen, die grösste Befriedigung haben, andere Menschen zu kennen, aber nicht einen Funken Begeisterung an Ideen aufbringen. Später traf ich mich mit Alan Blinder, einem früherer Vizedirektor der amerikanischen Zentralbank. Statt darüber zu diskutieren, wie wir das Finanzsystem wieder ins Lot bringen können, versuchte mir dieser Typ allen Ernstes ein Investmentprodukt zu verkaufen, mit dem man die amerikanischen Steuern umgehen kann. Überlegen Sie sich das mal: Ein früherer Spitzenfunktionär der USA verkauft heute Steuerschlupflöcher für Superreiche, und das in Davos, wo es offiziell um die Verbesserung der Welt geht. Es ist absurd. Absurder ist nur noch: Da pilgern 2000 Menschen im tiefsten Winter in ein abgelegenes Bergtal und stehen dort vier Tage lang in Anzug und Krawatte herum.

Nassim Nicholas Taleb ist ehemaliger Trader. Sein Buch «Der Schwarze Schwan» wurde zum weltweiten Bestseller. Soeben ist sein neuestes Werk, «Antifragilität», erschienen. Taleb ist Professor für Risk Engineering an der New-York-Universität. Er wird am 24. März im Rahmen des Literaturfestivals Ascona auftreten.

Rolf Dobelli ist Autor. Seine Bücher «Die Kunst des klaren Denkens» und «Die Kunst des klugen Handelns» sind seit Monaten auf der Spiegel-Bestsellerliste.

Zwischen Damokles und Hydra

Wie können wir selbst, unsere Unternehmen und Strukturen Chaos und unberechenbare Ereignisse nicht nur überstehen, sondern sogar davon profitieren?

Auszug aus dem neuen Buch «Antifragilität» von Nassim Nicholas Taleb

Schlagen Sie mir bitte den Kopf ab – Plötzlich, wie durch Zauberhand, werden Farben zu Farben – Gewichtheben in Dubai.

Die Hälfte allen Lebens ist namenlos

Stellen Sie sich vor, Sie stehen am Postschalter und wollen an Ihre Cousine in Zentralsibirien ein Geschenk verschicken, einen Karton mit Champagnergläsern. Da das Paket beim Transport beschädigt werden kann, werden Sie «Fragil», «Zerbrechlich» oder «Handle with care» auf die Verpackung schreiben (in dicken roten Buchstaben). Doch was wäre nun das genaue Gegenteil von «fragil»? Die nahezu einhellige Antwort lautet, das Gegenteil von «fragil» sei «robust», «stabil», «resilient», «massiv» – irgendetwas in der Art.

Aber beim Resilienten, Robusten (und seinen Verwandten) handelt es sich um Dinge, die weder kaputtgehen noch besser werden, es wird also kaum jemand das Bedürfnis haben, einen dieser Begriffe auf das Paket zu schreiben – oder haben Sie schon jemals ein Paket gesehen, auf dem in dicken grünen Buchstaben «Robust» stand? Das genaue Gegenteil eines «fragilen» Pakets wäre strenggenommen ein Paket, auf dem geschrieben steht: «Bitte falsch behandeln» oder «Bitte unvorsichtig behandeln». Sein Inhalt wäre nicht nur unzerbrechlich, sondern würde von Stößen und Erschütterungen aller Art sogar profitieren. Fragil ist ein Paket, das im besten Fall vor Schäden bewahrt würde. Das robuste Paket bliebe im besten und im schlechtesten Fall, wie es ist. Und das Gegenteil des Fragilen ist demgemäss das, was im Idealfall nicht vor Schäden bewahrt wird.

Ich nenne ein solches Paket «antifragil»; um einen Neologismus kam ich nicht herum, da es kein einfaches, nicht zusammengesetztes Wort im «Oxford English Dictionary» gibt,

Haben Sie schon jemals ein Paket gesehen, auf dem in dicken grünen Buchstaben «Robust» stand?

das den Umstand umgekehrter Fragilität ausdrückt. Die Idee der Antifragilität ist nicht Bestandteil unseres Bewusstseins – glücklicherweise ist sie aber durchaus Bestandteil der Verhaltensweise unserer Vorfahren, unserer biologischen Ausstattung und überhaupt eine allgegenwärtige Eigenschaft jedes Systems, das überlebt hat.

Wiederholen Sie das Experiment, und fragen Sie beim nächsten Essen mit Freunden, beim Picknick oder beim Vorbereitungstreffen für die nächste Demo Ihre Bekannten, wie das Antonym zu zerbrechlich beziehungsweise fragil lautet (und betonen Sie, dass Sie nach dem genauen Gegenteil fragen, einem Zustand, der die entgegengesetzten Eigenschaften und Auswirkungen hat). Es ist anzunehmen, dass Sie ausser «robust» folgende Antworten bekommen: unzerbrechlich, solide, kräftig, resilient, stark, gegen diverse Einflüsse beständig (etwa wasserdicht, wind-sicher, rostbeständig) – es sei denn, die von Ihnen Befragten hätten von diesem Buch gehört. Alles falsch – und nicht nur Einzelpersonen, sondern ganze Wissenschaftszweige

geraten bei dieser Frage durcheinander; der Fehler taucht in jedem Wörterbuch der Synonyme und Antonyme auf, das ich konsultiert habe.

Man kann es auch so umschreiben: Da das Gegenteil von positiv negativ ist und nicht neutral, müsste das Gegenteil von positiver Fragilität negative Fragilität sein (daher auch mein Begriff «Antifragilität»), kein neutraler Zustand, der lediglich Robustheit, Festigkeit oder Unzerbrechlichkeit abdeckt. Würde man die Begriffe mathematisch formulieren, dann wäre Antifragilität Fragilität mit einem Minuszeichen davor.*

Dieser blinde Fleck ist offenbar universell verbreitet. Es gibt in den wichtigen bekannten Sprachen – seien es moderne oder alte Spra-



Es trifft auch andere empfindlich: «Das Schwert des Damokles» von Félix Auvray.

chen, Umgangssprache oder Slang – kein Wort für «Antifragilität». Auch das Russische (der ehemaligen Sowjetunion) und das Standard-Brooklyn-Englisch haben offenbar keine eigene Bezeichnung für Antifragilität, sondern vermischen den Begriff mit dem der Robustheit.**

Es fehlt uns also für die Hälfte allen Lebens – und ausgerechnet für die interessantere Hälfte – ein Begriff.

Zwar gibt es keine allgemein übliche Bezeichnung für Antifragilität, aber es lässt sich ein Äquivalent in der Mythologie – dem Ausdruck historischer Intelligenz in wirkmächtigen Gestalten und Bildern – finden. In einer römisch aufbereiteten Version eines griechischen Mythos ermöglicht der sizilianische Tyrann Dionysos II. dem Höfling Damokles, den Luxus eines üppigen Banketts zu geniessen, allerdings hängt über seinem Haupt ein Schwert, das nur mit einem Rosshaar an der Decke befestigt ist. Solch ein Rosshaar gehört zu jenen Dingen, die unter Druck irgendwann nachgeben, was dann zu einem blutigen Szenario führt, zu schrillen Schreien und der antiken Entsprechung von Blaulichtgewitter. Da-



mokles ist fragil – es ist nur eine Frage der Zeit, bis er von dem Schwert dahingerafft wird.

In einer anderen Geschichte aus der Antike – diesmal einer griechischen Aufbereitung eines alten semitischen und ägyptischen Motivs – taucht Phönix auf, ein Vogel mit fantastisch farbigem Gefieder. Wenn er stirbt, geht er in Flammen auf und wird anschliessend aus seiner eigenen Asche wiedergeboren. Immer wieder kehrt er zu seiner ursprünglichen Form zurück. Der Phönix ist das alte Symbol von Beirut, der Stadt, in der ich aufwuchs. Der Legende zufolge wurde Berytos (wie Beirut früher hiess) in seiner fast fünftausendjährigen Geschichte sieben Mal zerstört und sieben Mal wieder aufgebaut. Die Symbolik erscheint mir plausibel, war ich doch selbst Zeuge der achten Episode: Während meiner späten Kindheit wurde infolge des brutalen Bürgerkriegs die Stadtmitte von Beirut (der antike Teil der Stadt) zum achten Mal vollständig zerstört. Und ich erlebte auch den achten Wiederaufbau mit.

Beirut wurde allerdings nach dieser letzten Zerstörung besser wiederaufgebaut als je zuvor – mit einer zusätzlichen ironischen Wendung: Beim Erdbeben des Jahres 551 n. Chr. war die römische Rechtsschule unter den Trümmern begraben worden und tauchte nun beim Wiederaufbau wie ein Bonusgeschenk der Geschichte wieder auf (was dazu führte,

Während meiner späten Kindheit wurde die Stadtmitte von Beirut zum achten Mal zerstört.

dass sich Archäologen und Bauunternehmer in der Öffentlichkeit gegenseitig Beleidigungen an den Kopf warfen). Das ist mehr als Phönix, es geht über die Idee des Robusten hinaus. Womit ich bei Hydra, der dritten mythologischen Gestalt, angekommen bin.

Hydra ist in der griechischen Mythologie eine schlangenähnliche Kreatur, die im See von Lerna in der Nähe von Argos lebte. Sie hatte mehrere Köpfe. Jedes Mal, wenn ein Kopf abgeschlagen wurde, wuchsen zwei nach. Schädigungen sind für die Hydra also etwas Nützliches. Und die Hydra steht für Antifragilität.

Das Schwert des Damokles symbolisiert die Nebenwirkungen von Macht und Erfolg: Man wird kein mächtiger Herrscher, ohne mit der ständigen Gefahr konfrontiert zu sein, irgendjemand da draussen arbeite daran, den Herrschenden zu stürzen. Und ebenso wie das Schwert über Damokles ist diese Gefahr still, unerbittlich und unberechenbar. Sie wird nach langen Phasen der Ruhe herniedersausen, womöglich genau in dem Moment, da man sich daran gewöhnt und ihre Existenz praktisch vergessen hat. Es sind Schwarze Schwäne da draussen, und der Mächtige wird

ihnen zum Opfer fallen, denn er hat jetzt sehr viel mehr zu verlieren – das ist der Preis des Erfolgs (und des Wachstums), vielleicht auch eine unumgängliche Strafe für übermässigen Erfolg. Was letztlich zählt, ist die Stärke des Fadens, an dem das Schwert hängt, nicht die Üppigkeit des Gelages und die Macht seiner Gäste. Glücklicherweise sind diese Verwundbarkeiten identifizierbar, messbar und beeinflussbar – für diejenigen, die bereit sind zuzuhören. Das ist es, worauf die Triade meines Vorworts letztlich hinausläuft: Es gibt viele Situationen, in denen sich die Stärke des Fadens messen lässt.

Darüber hinaus wirkt sich Wachstum mit einem anschliessenden Zusammenbruch schädlich auf die Gesellschaft aus; dass die Gäste beim Gastmahl als Reaktion auf das auf Damokles herabsausende Schwert in Mitleidenschaft gezogen werden, entspricht den heute so genannten Kollateralschäden, es trifft also auch andere empfindlich. So hat etwa der Zusammenbruch einer bedeutenden Institution Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft.

Eine bestimmte Art von Intellektualisierung macht ebenfalls fragil gegenüber Schwarzen Schwänen: Wenn Gesellschaften komplexer werden, wenn die Theorien der «Wirtschaftsweisen» immer ausgeklügelter werden und die Spezialisierung immer weiter um sich greift, nimmt auch die Anfälligkeit für Zusammenbrüche zu. Diese Idee wurde brillant und überzeugend von dem Archäologen Joseph Tainter umrissen. Aber das muss nicht so sein: Es gilt nur für diejenigen, die den nächsten Schritt nicht tun wollen, die sich weigern, die Matrix der Realität zu verstehen. Um mit Erfolg umgehen zu können, brauchen Sie viel Robustheit, ja sogar Antifragilität. Man sollte Phönix oder besser noch Hydra sein. Andernfalls saust das Damoklesschwert auf einen herab.

Nassim Nicholas Taleb: Antifragilität. Knaus. 685 S., Fr. 39.90

Exklusiv für Weltwoche-Leser: Die Zusammenfassungen von Nassim Nicholas Talebs Büchern «Narren des Zufalls» und «Der Schwarze Schwan» finden Sie diese Woche kostenlos auf www.getabstract.com/weltwoche.

* Ein paralleler Fall: Konkavität ist Konvexität mit vorangestelltem Minuszeichen und wird manchmal auch als Antikonvexität bezeichnet.

** Ich habe ausser dem Brooklyn-Englisch die meisten indoeuropäischen Sprachen überprüft, sowohl alte (Latein, Griechisch) als auch neue Sprachen: die romanischen (Italienisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch), die slawischen (Russisch, Polnisch, Serbisch, Kroatisch), die germanischen (Deutsch, Holländisch, Afrikaans) sowie die indoiranischen Sprachen (Hindi, Urdu, Farsi). Auch die nichtindoeuropäischen Sprachfamilien wie das Semitische (Arabisch, Hebräisch, Aramäisch) und die Turksprachen (Türkisch) kennen den Gegenbegriff nicht.



1940

Londoner wollen durchhalten

Im September 1940 tobt die Luftschlacht über England, die Hauptstadt wird fast täglich von deutschen Bombern angegriffen. Doch Hitler hat sich überschätzt, meint der in London stationierte *Weltwoche*-Korrespondent.

Militärische Fachleute hierzulande pflegen zu sagen, die deutsche Kriegführung habe im Juni einen grossen Fehler begangen, als sie nach dem Zusammenbruch der Alliierten in Belgien gegen Paris statt gegen London vorsties. Die britische Armee hatte damals ihre ganze Ausrüstung verloren, es gab noch keine Ortswehr zum Schutz gegen Fallschirmspringer und gegen Truppentransporte durch die Luft, die Küste war nicht im Verteidigungszustand, und was das Schlimmste war: Die britische Nation fühlte sich entmutigt. Ein Invasionsversuch, mit Wucht und ohne Rücksicht auf Verluste unternommen, hätte damals keine schlechten Aussichten gehabt.

Der erste nachweisbare Irrtum der Feinde Englands ereignete sich nach Ansicht der Engländer allerdings erst Mitte August, und er bestand in der Unterschätzung der Royal Air Force. Diese Tatsache ist nun schon allgemein bekannt. Der zweite Irrtum ist, nach Meinung der Engländer, noch im Gange. Er besteht in der Bombardierung Londons, in der Annahme, dass es auf diese Art gelingen kann, England wenn schon nicht unterwerfungs-, so doch kompromissreif zu machen.

Die Londoner, mehr als ein Fünftel der Einwohnerschaft Grossbritanniens, würden diese Pein nicht aushalten und die Regierung zwingen, sich mit dem Gegner auszugleichen, war offenbar die Berliner Rechnung. Es wäre sinnlos, zu leugnen, dass die Zerstörungskraft der deutschen Bomben gross ist. Nach sechs Wochen allnächtlicher Bombardierung kann man in London kaum fünf Minuten gehen, ohne ein schwer beschädigtes Haus zu sehen. Nach weiteren drei Monaten wird man vielleicht nur noch zwei Minuten gehen müssen.

Dennoch ist die Berliner Rechnung falsch. Die Franzosen sagten, sie könnten doch unmöglich die Zerstörung ihrer schönen Hauptstadt zulassen. Doch die Briten sagen, man müsse die Zerstörung Londons eben in Kauf nehmen, nicht anders als die Räumung des Somalilandes und andere vielleicht noch bevorstehende Rückschläge. Gegen die Entschlossenheit, einen Verlust in Kauf zu nehmen, gibt es kein Mittel. Schön, mag man in Berlin sagen, wir zweifeln ja nicht an dieser Entschlossenheit des *bulldog* Winston Chur-

chill, wir setzen unsere Hoffnung auf das Volk von London. Wie steht es um das Volk?

Der neutrale Beobachter kann nur aus eigenen Erlebnissen Schlüsse zu ziehen versuchen. Als wir kürzlich nach dem abendlichen Alarm in einem West-End-Kino sassen, fuhr eine schwere Bombe ins Nebenhaus. Es gab einen ungeheuren Krach, und die Luft war voll von Ziegelstaub. Die Vorführung wurde unterbrochen und der Saal erhellt. Die einzige Reaktion des Publikums waren lebhaftere Rufe: «Go on!», «Weitermachen!». Nie-



«Offener als üblich»: Milchbar in London, 1940.

mand verliess das Kino vor dem Ende der Vorstellung.

Bei Tageslicht fiel eine Bombe in eine Nebengasse, zum Glück war sie kleinen Kalibers und der Weg fast menschenleer. Nach vielfacher Erfahrung können wir feststellen, dass der Hauptschaden von Bomben, die keine Volltreffer sind, nicht von den Splittern, sondern vom gewaltigen Luftdruck herrührt. Und eine zweite Wahrnehmung ist, dass Fensterscheiben seltener hinein- als herausfallen, wahrscheinlich vom Vakuum ausgesogen. So geschah es auch in diesem Fall. Das Gläserklirren war unheimlicher als die Explosion.

Unmittelbar darauf sahen wir zwei Portiersfrauen aus der üblichen Kellerwohnung hervorstürzen, sie waren mit Besen bewaffnet und kehrten die Splitter zusammen. Das war ihre Reaktion.

Grimmiger Humor

Ein Hotel, in das wir wegen einer Zeitbombe in der Nähe unserer Wohnung übersiedeln mussten, hatte nachts darauf eine schwere Bombe, die den Haupteingang und viele Zimmer zerstörte, sie riss das Strassenpflaster auf, und ein paar hundert Gäste, die im tiefsten Keller sassen, gerieten in Wassergefahr, das ganze Haus roch nach Leuchtgas und wurde geräumt. Ein paar Tage später, als wir das einsam zurückgebliebene, aber wie immer lächelnde Empfangsfräulein um Post fragten, sahen wir einen Maueranschlag: «Wiedereröffnung morgen». Dass die Fussgänger und Autobusse unbekümmert weiterziehen, wenn man bei Tag Kanonen- und Bombenexplosionen hört, ist zwar auffallend, aber nicht weiter zu bewundern. Was bleibt ihnen anderes übrig?

In den Beispielen, die wir erzählt haben, offenbart sich aber etwas ganz anderes: Es ist eine bewusste und zugleich unbewusste Zähigkeit, deren wahrscheinlich keine andere Nation fähig ist. Es steckt darin ein verbissener, ein grimmiger Humor, der hie und da auch Worte findet. Ein Apotheker, dessen Auslage zerstört wurde, teilt durch einen Zettel mit, dass sein Laden «offen wie üblich» sei. Die Milchbar daneben, die weder Fenster noch Tür und Angel hat, übertrumpft den Apotheker durch die Mitteilung, sie sei «offener als üblich»!

Mit einem solchen Volk im Rücken kann die Regierung zuversichtlich erklären, dass die Bombardierung Londons den Kriegsausgang nicht beeinflussen wird. Darum bleibt dieses Mittel der deutschen Kriegführung nicht nur nach Ansicht der englischen Regierung, sondern auch nach Ansicht der in London stationierten neutralen Beobachter ein Fehler, durch den nichts anderes erreicht wird, als dass auch die ursprünglich ausgleicheneigten Leute erklären, es dürfe keinen Frieden geben, der nur ein Waffenstillstand wäre. Dr. F. K.

Der Artikel erschien am 26. September 1940 in der *Weltwoche*.



Essay

Die Plastikfrauen kommen

Mit ihrem Buch «Das Ende der Männer und der Aufstieg der Frauen» will Hanna Rosin die Mädchen zu weiblichen Kapitalismus-Maschinen erziehen. Die Visionen der US-Autorin lassen einen erschauern.
Von Regula Stämpfli

In ihrem gleichnamigen Buch verkündet die US-Autorin Hanna Rosin «Das Ende der Männer und den Aufstieg der Frauen». Rosins Frauenaufstieg besteht im Wesentlichen darin, dass sich Frauen den ökonomischen Widrigkeiten besser anpassen als Männer. Während die Männer ihren verlorenen Werten nachtrauern, rüsten die weiblichen Kapitalismus-Maschinen in einer Härte auf, die Männern – laut Rosin – abgeht. Frauen tun alles, Hauptsache, die Kasse stimmt: Sie ducken sich, sie benehmen sich wie graue Mäuschen oder passen sich Porno-Bunnys an, sie verwalten, ohne je auf die Idee zu kommen, etwas neu zu erfinden. Rosin sagt dazu: «Wir leben in einer Welt, in der Gewandtheit und Flexibilität ebenso belohnt werden wie die Bereitschaft, sich einer im Wandel begriffenen Wirtschaft anzupassen und auf gesellschaftliche Stimuli zu reagieren. Derzeit zeigt die Frau aus Plastik mehr von diesen Eigenschaften als der Mann aus Pappe.»

Die Plastikfrauen bei Rosin haben kein Leben, sondern ein Programm. Es heisst: «Denke nicht, handle immer härter, gemeiner und rücksichtsloser als ein Mann!» – Auch die Autorin lebt, was sie propagiert. Mir stockte der Atem, als ich las, wie Rosin ihre drei Kinder (zwei Söhne, eine Tochter) beschreibt. Dem älteren ihrer Söhne widmet sie das «Ende der Männer» mit dem Intro: «Für Jacob. Entschuldige den Titel!» – Jacob kommt im Buch mehrmals als Prototyp des Versagers vor, während seine ältere Schwester, Rosins Supertochter, als Paradebeispiel für die fähigen XX-Chromosomen herhalten darf: «Am Abend, bevor sie zu Bett geht, macht sie sich eine Liste, was sie am nächsten Tag oder im Lauf der Woche tun muss, und sie erinnert mich per E-Mail daran, was ich ihr für ihre Projekte kaufen muss. Ihre Aufgabenliste für die Woche ist manchmal länger als meine: Klavier üben, Blockflöte putzen, Aufsatz in Spanisch schreiben, Kuchen für den Backwarenverkauf glasieren und so weiter. Mir ist klar, dass ich sie wie das Klischee vom guten Mädchen aussehe lassen, aber diese Betrachtungsweise ist nicht fair. Warum sollte meine Tochter für ihre Sorgfalt und ihr Verantwortungsbewusstsein nicht Anerkennung erfahren? Mein Sohn dagegen ist von der immer komplizierter werdenden Schule zunehmend überfordert. Manchmal denkt er an seine Aufgaben, und manchmal vergisst er sie. [...] Ich

schreibe Checklisten, die er jeden Morgen anschauen kann, oder hänge einen Kalender auf, auf dem er Abgabefristen notieren soll, kurz, ich tue alles, damit er später einmal nicht der junge Mann wird, bei dem die Frau in der Zulassungsstelle sagt: «Was für einen tollen Essay seine Mama geschrieben hat.»»

Autsch! Was Rosin über ihre Familie erzählt, ist nicht nur deswegen so traurig, weil man Mitleid mit den Kindern kriegt, sondern weil sie alle Mädchen und Frauen zu widerlichen Streberinnen erziehen will und die Jungs zu



«Härter, gemeiner, rücksichtsloser»: Rosin.

Mädchen – und zwar zu braven – umfunktionieren will. Rosin verkennt, dass es für Frauen im falschen System (Pornografisierung des Alltags, Kinder als Karrierehindernis, «Pinkifizierung» der Kindheit, Waren-Werdung menschlicher Zusammenhänge) kein richtiges Frauenleben – und je länger, je mehr auch kein richtiges Menschenleben – geben kann.

Das Mitleid mit Rosins Kindern wandelt sich in nackte Wut, wenn Rosin ihre Frauenpuppen-Version als Erfolgsrezept der Zukunft propagiert: «Sie sprechen genauso gelangweilt über Oral- und Analverkehr wie die eine Frau in meinem Studentenwohnheim, bei der wir alle mit

einer frühen Heirat oder einer Kette von Abtreibungen gerechnet hatten.» Weibliches sexuelles Begehren und Erotik? Pustekuchen! Wer nach oben will, passt sich den Konsumpornos der Männer uneingeschränkt an oder tröstet sich mit einem Plastikdildo für die Plastikfrau. Die neuen Frauen sind gemäss Rosin deshalb erfolgreich, weil sie keine Werte und keine Prinzipien wichtig finden, die wir urteilskräftigen Menschen noch mit Menschsein verbinden.

«Herz aus Stahl»

Der Philosoph Peter Sloterdijk spürt diesen Wandel instinktiv schon in seinen «Zeilen und Tagen»: «Es sind jetzt mit einem Mal die erfolgreichen Frauen, die uns mit der These überraschen, dass Weiblichkeit und Sachlichkeit zwei Namen für ein und dasselbe sind», und: «Hätte der Neoliberalismus Titten aus Zement, er sähe aus wie Heidi Klum.» Rosin beschreibt den Aufstieg der Frankenstein-Frauen mit einer amerikanisch-naiven Leichtigkeit, die einen erschauern lässt. Sie würde wahrscheinlich sogar Kindesmissbrauch und Vergewaltigung als Aufstieg der Frauen interpretieren, wenn sich empirisch belegen liesse, dass diese als Karrierequalifikation postindustrieller Gesellschaften unabdingbar wären. Ihren Leserinnen empfiehlt Rosin ein «Herz aus Stahl»: «Hier in Amerika geben die Frauen Mund, Arsch und Titten her, bevor sie einen Kerl überhaupt kennen.» Sie zieht daraus den Schluss: «Aber vielleicht betrachten diese Frauen ein Herz aus Stahl als fairen Preis für ihren neuen hohen Rang in der sozialen Hierarchie des Milieus?»

Von Rosin lernen wir die Gebrauchsanweisung der Macht- und Finanzpolitik auswendig und verfeinern sie um etliche Gemeinheiten. Den Jungs geben wir Ritalin, lassen sie sinnlose Spiele spielen und versorgen sie mit Pornografie. Die Männer ohne «Titten aus Zement» und ohne «Herz aus Stahl» werden im Heer der Arbeitslosen entsorgt. Hätte ich 2005 ein Buch mit dem Titel: «Das Ende der Männer und der Aufstieg der Frauen» zu lesen bekommen, hätte ich mich wahrscheinlich gefreut. Heute beschleicht mich beim Satz: «Die Zukunft ist weiblich» das nackte Grauen.

Regula Stämpfli ist Historikerin und Politikwissenschaftlerin. Sie ist verheiratet und hat drei Söhne. Hanna Rosin: Das Ende der Männer und der Aufstieg der Frauen. Berlin-Verlag, 399 S., Fr. 31.90

Genosse Mussolini in der Schweiz

Der spätere faschistische Diktator entzog sich 1902 dem italienischen Wehrdienst und wanderte nach Lausanne aus. In den darauffolgenden zwei Jahren fand der diplomierte Lehrer Mussolini im linksextremen Milieu Anschluss und radikalisierte sich. *Von Hanspeter Born*

Der junge Mann, der, geschützt vor dem Regen, unter einem Bogen des Grand-Pont in einer Kiste die Nacht verbracht hatte, wurde um 4 Uhr 15 von dem die Runde machenden Polizisten Louis Emery zur Rede gestellt: «Was tun Sie da?» – «Sie sehen es ja», antwortete der Unbekannte mit starkem italienischem Akzent: «Ich ruhe mich einen Augenblick aus.» Der Polizist führte den Obdachlosen auf den Posten.

Im Lausanner Polizeiprotokoll vom 24. Juli 1902 steht zu lesen, dass der in Predappio, Provinz Forlì, geborene, in Gualtieri, Provinz Reggio Emilia, als Lehrer tätige Benito Mussolini wegen Landstreicherei verhaftet worden sei. Auf die Frage, was er in der Schweiz wolle, antwortete der kurz vor seinem 19. Geburtstag stehende Italiener, er suche Arbeit: «Er hat die Absicht», heisst es im Protokoll, «sich als Geschirrwäscher, Laufbursche etc. zu betätigen, statt als Lehrer in seinem Land zu sein und Fr. 1.40 bis 1.60 im Tag zu verdienen. Er ist krank und mittellos. Dennoch wünscht er nach Genf zu gehen, wo er Freunde zu finden glaubt, die ihm helfen werden.»

Guter Ruf

Der Mann, der in der Untersuchungshaft seinen Pass, eine Studienlizenz und 15 Rappen deponiert hatte, wurde dem Präfekten vorgeführt und tags darauf freigelassen. Er sollte über zwei Jahre in der Schweiz bleiben. Was der junge Mussolini in dieser Zeit trieb, lieferte Stoff für manche Legenden, aus denen die Wahrheit nur mühsam herauszufiltern ist. In den 1920er und 1930er Jahren erschienen zahlreiche Schriften über den von den einen bewunderten, von den andern gehassten Duce, die ein unterschiedliches Bild von dessen Schweizer Lehr- und Wanderjahren zeichnen.

Bis Mussolini 1935 Äthiopien angriff, um seine Träume von einem römischen «imperio» wahr zu machen, hatte der Diktator in der Schweiz einen guten Ruf – ausser bei den Sozialisten und Kommunisten, die ihren ehemaligen Genossen als Verräter verabscheuten. Sie durchschauten den faschistischen Terror, während die Bürgerlichen von Mussolinis wirtschaftlichen und sozialen Leistungen sowie seinem harten Durchgreifen gegen die Linke beeindruckt waren. Es schmeichelte Aussenminister Giuseppe Motta, dass ihn der Duce als «Bruder» begrüsst hatte. Der auf-

rechte Tessiner glaubte bis zuletzt an dessen Friedensliebe und Menschlichkeit. Für Paul Ruegger, Schweizer Gesandter in Rom, war der Diktator noch 1941 «un homme réellement très grand».

Sein Vorgänger Georges Wagnière, ein klügerer Diplomat als der Wichtigtuer Ruegger, hatte während vierzehn Jahren, von 1922 bis 1936, regelmässigen Kontakt mit Mussolini und sah die ungunstigen Seiten des Faschismus. Er focht mit dem Duce manch einen diplomatischen Strauss aus, aber schätzte ihn als Menschen: «Er ist zu mir gekommen und sass an meinem Tisch. Ich habe mit ihm ungezwungene Gespräche über Themen geführt, die weit von der Politik entfernt waren. Ich habe bei ihm immer eine ganz italienische Bonhomie vorgefunden, ein völliges Fehlen von Arroganz und Affektiertheit.» In der römischen Welt und in diplomatischen Kreisen habe man

wollen. Sein derart rasch erworbenes Prestige und seine derart weitreichende Autorität verdankt er der Tatsache, dass er die Gefühle ausgedrückt hat, die in der italienischen Jugend immer grössere Verbreitung finden. Er will ein sozial erneuertes Italien, das sich durch seine Arbeit und seine Tugenden bestätigt. Seit es als Staat besteht, hat kein Italiener eine derartige Popularität genossen.»

Der Weltkrieg hat dieses rosige Bild gründlich zerstört. Schon vorher sahen klarsichtige Beobachter, dass das neue Italien, das Mussolinis Propaganda-Apparat der Welt vorgaukelte, mit der Realität wenig zu tun hatte. Aber wenn der Duce selbst Churchill täuschen konnte oder den Schriftsteller Emil Ludwig, einen überzeugten Pazifisten und Schöngest, dann kann man es einer breiten Schweizer Öffentlichkeit nicht verübeln, wenn sie dem Demagogen auf den Leim kroch.

Wie so viele grosse (und auch kleine) Geister bemühte sich Mussolini, sobald er an der Macht war, seine eigene Vergangenheit in ein möglichst gutes Licht zu rücken. Zugute kam ihm, dass er die Kunst des Lügens perfekt beherrschte und dass viele Schriftsteller und Journalisten ihm gerne schmeichelten.

Die aus begütertem venezianischem Haus stammende Jüdin Margherita Saffatti, die in den von Mussolini geleiteten Zeitungen *Avanti!* und *Popolo d'Italia* das Feuilleton betreute und über Jahre hinweg seine Geliebte war, schreibt in ihrer vom Duce absegneten Biografie von 1926 über die «Tage des Hungers» in der Schweiz und malt das Bild eines tapferen Maurers, der mit harter körperlicher Arbeit sein karges Brot verdiente und immer wieder von Bürgern und Behörden gedemütigt wurde. Dem Leben in der Schweiz, schreibt die Hagiografin,

«hatte Mussolini manche Lehre zu verdanken, vor allem lehrte es ihn, sein Vaterland Italien zu lieben. So zu lieben, wie man es nur von «draussen» kann [...] Er lernte von diesem Leben, mit wie wenig sich der Mensch begnügen kann, wie wenig Hab und Gut er nötig hat, er erkannte die Last des Überflüssigen und die reizvolle Glückseligkeit der Freiheit [...] Man muss dem «Magutt», dem Steinträger von Lausanne, das Recht zubilligen, auch gegen andere hart, scharf und anspruchsvoll zu sein, denn er hat alles am eigenen Leibe erfahren; er kennt Elend, Hunger und Not.»



«Demütigend»: Berner Polizeibild von Mussolini, 1903.

seine «perfekte Höflichkeit» geschätzt: «Es kommt selten vor, dass er in Diskussionen über heikle Angelegenheiten die Stimme erhebt oder Zeichen von Nervosität zeigt. Er hat eine kostbare Gabe, er kann zuhören und dann in wenigen Worten das Wesentliche von dem, was man ihm gesagt hat, zusammenfassen.»

«Last des Überflüssigen»

Wagnières von 1936 datierende politische Wertung des Diktators: «Man hat in ihm nur den machthungrigen und vor allem auf seinen persönlichen Ruhm erpichten Politiker sehen



Die Kunst des Lügens: der «Duce», 1935.

Benito Mussolini, benannt nach dem mexikanischen Revolutionär Benito Juárez, war als Sohn eines Schmieds und einer Lehrerin im ländlichen Dovia in bescheidenen Verhältnissen aufgewachsen. In der einst vom Papst im fernen Rom regierten Romagna waren die Bauern freiheitsliebend und aufmüßig. Vater Alessandro, Atheist und Revolutionär, gehörte dem anarchistischen Flügel der Sozialistischen Partei an, propagierte die Enteignung der Grundbesitzer und des Klerus, organisierte die Landarbeiter in einer Kooperative und wurde in den Gemeinderat gewählt. Mutter

Rosa, Lehrerin und fromme Katholikin, hatte durchgesetzt, dass Benito ein katholisches Internat besuchte, wo er am Armentisch essen musste und durch Renitenz auffiel. Später, am Lehrerseminar in Forlimpopoli, gebärdete der Junge sich als Sozialist, verfasste revolutionäre Aufrufe, agitierte für besseres Brot am Esstisch und besuchte die Versammlungen und Feste der Sozialisten, wo er gelegentlich das Wort ergriff, aber weniger das Gespräch suchte als, wie er einmal schrieb, «die Musik, den Rhythmus der Tanzbewegungen, den Kontakt zu den Mädchen mit ihren duftenden Haaren,

deren Haut einen für den Geruchssinn herben Schweiß ausschied».

Mit dem Lehrerpapier in der Tasche kehrte er ins Elternhaus zurück und schrieb während eines halben Jahres unzählige erfolglose Bewerbungsschreiben. Er las Zeitschriften und Bücher («Les Misérables»), schrieb Gedichte, Prosa und Artikel, nahm Latein- und Musikstunden, harderte mit dem Schicksal, bis ihm eine Hilfslehrerstelle in Gualtieri in den Schoß fiel. Am Ende des Schuljahrs wurde seine Anstellung nicht erneuert, da seine skandalöse Liaison mit der Frau eines abwesenden Soldaten ihn selbst im «roten» Gualtieri unmöglich gemacht hatte.

Bei den Maurern

Weil er keine berufliche Zukunft erkennen konnte und nicht in die Muffigkeit von Dovia zurückkehren wollte, ließ er sich von der Mutter Geld, um wie unzählige seiner arbeitslosen Landsleute in die Schweiz auszuwandern. Am Bahnhof in Chiasso las er in einer Zeitung, dass sein Vater verhaftet worden sei. Unter seiner Führung hätten die Sozialisten in Predoppio die Wahlurnen zerschlagen. Benito entschloss sich gleichwohl zur Weiterfahrt nach Luzern, die der verhinderte Romancier in einem Brief an einen Schulfreund beschrieb: «Der Wagen war voll von Italienern. Ich stand fast während der ganzen Fahrt am Fenster. Die Nacht war herrlich. Hinter den himmelhohen Schneebergen stieg, vom silbernen Lachen der Sterne begleitet, der Mond auf. Der Luganer See lag magisch schimmernd wie eine glatte Metallfläche da, von unbekanntem, feenhaften Lichtstrahlen getroffen. Der Gotthard erschien meinem Blick als ein nachdenklicher, in sich gesammelter Riese, der die eilende Schlange, die mich in ihrem Bauch in schwindelndem Lauf unter neue Menschen entführte, auf ihrem blinden Weg segnete.»

Ein Reisegefährte stellte Mussolini eine Stelle bei einem Stoffhändler in Yverdon in Aussicht. Nach 36-stündiger Fahrt dort angekommen, ging er zu dem Kaufmann, der ihn zum Essen einlud, jedoch keine Stelle für ihn hatte. Am nächsten Tag «verbrachte ich eine Stunde vor dem Standbild Pestalozzis [...] und die übrigen 23 Stunden lag ich im Bett». Er hatte erfahren, dass es auf einem Bau im nahen Orbe Arbeit gebe. Am Montag früh fing er an, Arbeitszeit: 11 Stunden täglich; Lohn: 32 Centesimi die Stunde. «Am ersten Tag stieg ich 121-mal mit einer steinbeladenen Trage zum zweiten Stock eines Neubaus auf. Am Abend waren die Muskeln meiner Arme angeschwollen. Ich ass einige in Aschegebratene Kartoffeln und warf mich dann angekleidet auf mein Lager, einen Strohhafen.»

Nach einer Woche hatte er genug von der Plackerei und fuhr nach Lausanne, wo er herumstreunte, bis er vom Polizisten aufgegriffen wurde. Wieder auf freiem Fuß, fand er Anschluss bei Landsleuten. Anfang des Jahrhunderts erlebte die Schweiz, und vor allem die Genferseeregion, einen unerhörten Bau-

boom. 6000 Italiener lebten allein in Lausanne, meist Bauarbeiter, die sich wie ihre Genossen in anderen Schweizer Städten zum *Sindacato italiano muratori e manovali* zusammengeschlossen hatten, der wie auch die *Federazione socialista italiana* in Svizzerland in der Waadtländer Hauptstadt seinen Sitz hatte. Die Gewerkschaft, die Partei und das Parteiblatt *L'Avvenire del lavoratore* fanden Verwendung für den ehrgeizigen Lehrer, der mit Worten umzugehen wusste. Schon im August hielt er vor Gewerkschaftern seine erste Rede und schrieb seinen ersten Artikel, in dem er auf revolutionäre Härte pochte: «Wir haben keine Formel, aber wir wünschen uns, dass unsere Partei zu ihren alten Klassenkampfmethoden zurückkehrt, dass sie mit unerbittlichem Kampfgeist die bestehenden Mächte verfolgt, ohne je zu Päcklein und Feilschereien mit andern Parteien hinabzusteigen.»

In einem Artikel vom 22. November 1902 geht der 19-Jährige mit den rückständigen helvetischen Genossen ins Gericht: «Wenn man unter Sozialismus das Ziel und die Bewegung (Kollektiveigentum, Klassenkampf) der Mehrheit der Enteigneten (Proletarier) versteht, welche die Enteignung der gegenwärtigen Besitzer (Kapitalisten) anstreben, was im Interesse des menschlichen Wohlergehens liegt, dann sehen bloss die Blinden nicht, wie in dieser kuriosen Republik der Sozialismus erst noch geboren werden muss.» Die Italiener sollten in die Schweizer Gewerkschaften eintreten, nicht um das Programm und die Taktik der ängstlichen Schweizer zu übernehmen, sondern um ihr «einziges altes Programm» durchzusetzen. Es gebe keinen Waadtländer Sozialismus, nur einen internationalen.

«Ich wohnte damals im Mattenhof»

Mussolini, mittlerweile auch Sekretär und Protokollführer der Gewerkschaft (5 Lire pro Sitzung, plus gratis Essen und Trinken), hielt Vorträge in Montreux, Vevey und Nyon, wo die dortige Sektion nachher einstimmig eine Resolution guthieß, welche die auf der ganzen Welt vom Proletariat geführte antimilitaristische Kampagne begrüßte und dem Wunsch Ausdruck gab, dass die Streichung unproduktiver Ausgaben dazu dienen werde, das Bildungsniveau des italienischen Arbeiters zu verbessern.

Im März 1903 schickten die *muratori e manovali* ihren Sekretär zur Versammlung der westschweizerischen Gewerkschaften. Anschliessend ging er nach Bern, wo die dortigen Italiener in harte Arbeitskämpfe verwickelt waren und er eine Stelle als Handlanger antrat. Er sprach in Thun, Freiburg, Basel und verschiedentlich in Bern, so auch am 1. Mai. Am Tag der Arbeit druckte *L'Avvenire del lavoratore* ein schwülstiges Sonett ab, das Mussolini zu Ehren des Revolutionärs Babeuf gedichtet hatte, der sich 1797 auf dem Schafott erdolcht hatte:

Aber es lächelt Babeuf

*In den ersterbenden Augen leuchtet das Blitzen
der Idee auf*

Die Vision der kommenden Jahrhunderte

Am 7. Juni sprach er zu den Berner Zimmerleuten, die einen Stundenlohn von 50 Rappen forderten und in den Streik getreten waren. Mussolini rief zum Protestzug auf und riet zur Anwendung «gewalttätiger Mittel». In seiner 1911/12 im Gefängnis in Trient aufgezeichneten Autobiografie erzählt er, dass seine Rede der Polizei ausgeplaudert wurde und ihn sein Arbeitgeber darauf entliess: «Ich wohnte damals im Mattenhof an der Cäcilienstrasse. Am 18. Juni fand ich dort einen Anschlag vor, der mich aufforderte, ins Polizeihauptquartier zu gehen. Ich ging.» Dort wurde er wegen «Gewaltandrohung» angeklagt und von zwei Bullen in eine Kerkerzelle gejagt. «Ich blieb vierzehn Tage im Gefängnis, während denen ich nie meine Zelle verliess. Am 29. wurde ich zwei Stunden lang den demütigenden und nervenaufreibenden anthropometrischen Messungen unterworfen. Ich wurde von vorne und der Seite fotografiert und mein Bild, mit der Nummer 1751, ging in

**«Ich gebe Gott fünf Minuten,
um mich mit dem Blitz zu
erschlagen.»**

das Archiv der mit der Überwachung gefährlicher Individuen betrauten Polizei.»

Tags darauf wurde das gefährliche Individuum zum Bahnhof geführt. Dort eröffnete man ihm, dass er des Kantons verwiesen sei, und sperrte ihn zusammen mit andern Häftlingen in einen Gepäckwagen, wo er «vor Hitze und Gestank gestorben wäre», wenn nicht wohl-tätige Personen ihn mit «frischstem Bier» gelobt hätten. An der Grenze in Chiasso liess ihn die italienische Polizei laufen. Er ging nach Bellinzona, wo ihn der Direktor des *Avvenire del lavoratore* bei sich aufnahm und wo er die Zeitung «einige Wochen lang zu einem grossen Teil» allein zusammenstellte.

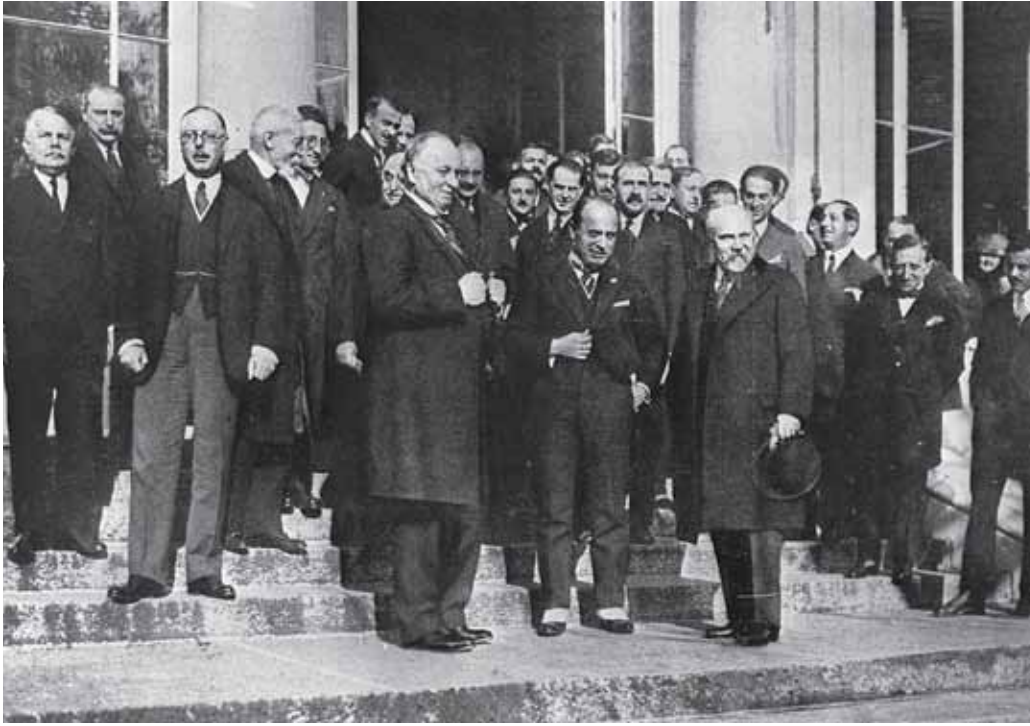
Zurück in Lausanne, arbeitete er beim Weinhändler Tedeschi als Flaschenfüller und Ausläufer, später auch bei einem Metzger, verschlang Zeitungen, Zeitschriften und Bücher, schrieb Artikel für das Milanese Wochenblatt *Avanguardia socialista*, das Sprachrohr des revolutionären Syndikalismus. Diese Parteiströmung, der sich Mussolini anschloss, befürwortete den durch einen Generalstreik provozierten Umsturz. Er verkehrte nun auch im Milieu der zahlreichen slawischen Emigranten und fing mit der schönen polnischen Medizinstudentin Eleonora H. eine Liebschaft an. In der russischen Bohème der Westschweiz, schreibt Biografin Sarfatti, «herrschte eine zigeunerhafte und überspannte Atmosphäre, erfüllt von Genialität und Wunderlichkeit, erhabener Philosophie und hoher revolutionärer Rhetorik; ein brodelnder Kochtopf

von trübem Schaum und reicher Lebensnahrung, der immer wieder aufgewärmt wurde, und in dem sich beim Aufkochen wieder alles durcheinander mischte. «Aller au fond des choses», den Dingen auf den Grund gehen, das war der Kehrreim.»

Ende Oktober 1903 wurde Benito ans Lager seiner schwerkranken Mutter gerufen. Er blieb zwei Monate in Italien. Noch vor Jahresende, die Mutter war genesen, verliess er Italien erneut, auch um der Wehrpflicht zu entgehen. Zusammen mit dem Anwalt Donatini wollte er in Genf ein sozialistisches Wochenblatt *I tempi nuovi* herausgeben. Weil Donatini aus Genf ausgewiesen worden war, ging auch Mussolini nach Annemasse. Das Projekt zerschlug sich, er kehrte zu Eleonora nach Genf zurück und brachte seine freien Stunden in der Universitätsbibliothek zu, wo er in den Schriften der Denker des 19. Jahrhunderts die philosophische und historische Rechtfertigung für seine revolutionäre Vision des Sozialismus suchte. Offenbar verdiente er nun von seiner Schreiberei und seinen Vorträgen genug, um nicht mehr körperlich arbeiten zu müssen. Am 18. März sprach er als Vertreter der Italiener an einer Tagung zur Erinnerung an die Pariser Kommune, an der auch Lenin teilnahm. Die beiden begegneten sich vermutlich nicht. Lenin meinte später zu einem italienischen Genossen: «Mussolini war der Einzige unter euch, der den Geist und das Temperament hatte, um sie zu machen, diese Revolution. Wieso habt ihr ihn entwischen lassen?» Tags darauf vertrat Mussolini die Genfer Sektion am Zürcher Kongress der *Unione socialista in Svizzera*. Die von ihm vorgeschlagene Tagesordnung, die jede Konzession an die Bourgeoisie ablehnte, weil damit der «Tag ihrer Enteignung» in die Ferne rücke, wurde mit 39 von 40 Stimmen angenommen.

Eine Woche später debattierte er vor 500 Personen mit dem evangelischen Pfarrer Tagliabata in der *Maison du Peuple* in Lausanne über die Existenz Gottes, wobei der überzeugte Atheist Mussolini die Religion als «Ausfluss menschlicher Unwissenheit» bezeichnete. Er verblüffte die Zuhörer, als er zu Beginn der Debatte seine Uhr auf den Tisch legte und sagte: «Ich gebe Gott fünf Minuten, um mich mit dem Blitz zu erschlagen. Wenn er mich nicht straft, heisst dies, dass er nicht existiert.»

Gott strafte nicht, aber der Kanton Genf tat es. Als Mussolini am 9. April seine provisorische Aufenthaltsbewilligung erneuern wollte, wurde ihm bedeutet, dass sein Pass ungültig sei. Der Schlaumeier hatte, um dem Militärdienst auszuweichen, eine 3 in eine 5 umgewandelt und den Pass von 1903 auf 1905 «verlängert». Nach sechs Tagen Haft eröffnete man ihm seine Ausweisung aus dem Kanton Genf und verfrachtete ihn in das Tessin. Dort hatte die linke Presse den «Fall Mussolini» aufgegriffen, und der Tessiner Grosse Rat billigte eine Motion, die seine Freilassung bewirkte, sobald er Tessiner Boden betrat. In Italien



Zurück in der Romandie: italienischer Ministerpräsident Mussolini (Mitte), 1923 in Lausanne.

hätte ihm wegen Dienstverweigerung eine einjährige Haftstrafe geblüht.

Nachher beschwerte sich Mussolini in einem Brief an den ihm bekannten Präsidenten der Genfer Sozialisten, Dr. Adrien Wyss, dass man ihn «wie einen räudigen Hund, der alle anstecken könnte, abgeführt» habe. Die Akten über ihn seien ein Haufen Lügen. Wyss reichte im Grossen Rat eine Interpellation ein, die Polizeidirektor Edouard Odier ausführlich beantwortete: Mussolini habe die Fälschung im Pass zugegeben, aber behauptet, sie sei «in Italien gemacht worden, als ich den Pass in der Hand von Drittpersonen liess». Zur Person Mussolinis sagte der Regierungsrat: «In einem Bundeszirkular vom 31. Juli 1903 hat man ihn uns als Anarchisten gemeldet. Ich glaube, Mussolini protestiert gegen diese Bezeichnung und akzeptiert diejenige eines revolutionären Sozialisten.» In einem Vortrag habe Mussolini seine Partei als «aufrührerisch und revolutionär» bezeichnet. Als Anhänger einer revolutionären Gruppe und wegen seiner Aktivität in Genf sei er aus dem Kanton ausgewiesen worden.

Das nächste halbe Jahr verbrachte Mussolini meist in Lausanne, wo er an der Universität an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät die Vorlesungen des Philosophen Maurice Milloud und vor allem des eminenten Nationalökonom und Soziologen Vilfredo Pareto besuchte.

Bei einer Veranstaltung in Zürich oder Lausanne (die Berichte widersprechen sich) war Mussolini die aus einer aristokratischen Familie stammende Russin Angelica Balabanoff begegnet, die als Doktorandin in Brüssel den Marxismus entdeckt hatte und die Rosa Luxemburg, Bebel, Lenin und Trotzki persönlich kannte. In ihrer wenig verlässlichen, von der Verachtung für den künftigen «Verräter» Mus-

solini gezeichneten Autobiografie beschreibt sie die erste Begegnung mit dem jungen Italiener, der ihr im Publikum durch seine verwahrloste und schmutzige Kleidung, die Bitterkeit und Unruhe in den schwarzen Augen und den Eindruck extremer Schüchternheit aufgefallen war: «Als er zuhörte und mit den Händen sein grosses schwarzes Haar niederdrückte, schien er mehr von seiner inneren Unruhe ergriffen als von dem, was ich sagte.» Sie ging nachher zu dem seltsamen *compagno* und fragte ihn, ob sie etwas für ihn tun könne. Mit hysterischer Stimme, ohne den Blick zu erheben, antwortete er: «Für mich kann nichts getan werden. Ich bin krank, unfähig zu arbeiten, ohne Kraft.» Ein Mailänder Verleger habe ihm angeboten, für 50 Franken die Schrift von Kautsky, «Am Tage nach der sozialen Revolution», zu übersetzen, aber er habe ablehnen müssen, weil er zu wenig Deutsch könne. «Aber ich kann Deutsch und wäre froh, dir zu helfen, Genosse.» So kam es, dass die bekannte Marxistin den jungen Italiener unter ihre Fittiche nahm. Er übersetzte mit ihrer Hilfe Kautsky. Unter ihrer Anleitung vertiefte er seine Kenntnisse von Marx, las aber auch Sorel, Fichte, Hegel, Nietzsche und vor allem Stirner, den Klassiker des Amoralismus und des ethischen Egoismus. Machiavelli und Schopenhauer waren ihm schon von früher vertraut. Mussolini sagte später: «Wenn ich sie nicht gekannt hätte, wäre ich ein kleiner Parteiaktivist geblieben, ein Sonntagsrevolutionär.»

Nach Semesterende betätigte sich Mussolini im Sommer und Herbst hauptsächlich als Vortragsredner. Er sprach gegen bescheidenes Entgelt zu Versammlungen italienischer Arbeiter in Basel, Lugano, Wädenswil, Thalwil, Frauenfeld, Kollbrunn, Feuerthalen, Arbon, Neuenburg,

Freiburg, St. Gallen, Winterthur, Uster und Chur. Auf eindringliches Bitten der Mutter gab er den Gedanken, in die USA auszuwandern, auf und kehrte nach Italien zurück. Die mit der Geburt des Kronprinzen Umberto verbundene Amnestie für Deserteure erleichterte ihm den Entscheid.

«Autorität eines Diktators»

Am 13. November 1904 fanden in der Lausanner Maison du Peuple ein Fest und eine ganztägige Konferenz statt. Der «bravo compagno» Mussolini hielt einen Vortrag über Neomarxismus, in dem er den revolutionären Kern der marxistischen Lehre verteidigte. Die wirtschaftliche Lehre Marx' «möge irrig sein», aber seine soziologischen Schlüsse seien «exakt». *Applauditissimo* wurde dem Redner zum Abschied («Es ist ein Verlust für alle italienischen Sozialisten in der Schweiz») eine Füllfeder geschenkt. Nachher wurde «gesungen, getanzt, getrunken und der schöne Abschieds- und Solidaritätsabend hinterliess in der Seele eines jeden eine dankbare, höchst dankbare Erinnerung». Ihrer Berichterstattung schloss *L'Avvenire del lavoratore* die Wünsche der gesamten Redaktion an, die sich sicher war, «dass sie die Gefühle des ganzen italienischen Proletariats in der Schweiz ausdrücke, dessen Entwicklung des politischen Bewusstseins von der äusserst intelligenten Propagandaarbeit» des Genossen Mussolini derart profitiert habe.

Die letzten sechs Wochen des Jahres 1904 verbrachte der Rückkehrer bei der Familie in Dovia, Anfang Januar 1905 trat er seinen Militärdienst beim 10. Regiment der Bersaglieri in Verona an. Seinen grossen politischen Durchbruch verdankte er dem Libyschen Krieg von 1911, den er nicht nur in Artikeln bekämpfte, sondern auch mit von ihm organisierten Sabotageakten gegen Telegrafendrähte und Eisenbahnlinien. 1912 wählten ihn die Sozialisten (zusammen mit Angelica Balabanoff) in die Parteieuxekutive und machten ihm zum Chefredaktor der Parteizeitung *Avanti!*. 1913, vor Ausbruch des Weltkriegs, war Mussolini der unbestrittene «Duce» der italienischen Linken. Der damals auf Antrag Mussolinis aus der Partei geworfene Reformler Ivanoe Bonomi sagte von ihm: «Dieser junge Revolutionär ist nun Herz und Hirn der sozialistischen Partei. Bei den Massen, insbesondere aber beim Funktionärsnachwuchs [...] ist er als Redner wie als Schreiber jener, den man am meisten schätzt, verehrt und nacheifert. Beim Sozialistenkongress in Ancona war sein Wille Gesetz und seine Autorität die eines Diktators [...]»

Nachdem *Avanti!* im August 1914 gross «Abasso la guerra» getitelt hatte, machte dessen Chefredaktor gegen Ende Jahre eine Kehrtwendung und befürwortete nun Italiens Eintritt in den Krieg an der Seite der Entente. Darauf schloss die Partei Mussolini aus.

Der Rest ist Geschichte.

○



«Fürchte den Steuereintreiber»

Der Geldhunger der Mächtigen hat Kriege und Revolutionen ausgelöst. In der Schweiz waren die Steuerzahler bis jetzt vergleichsweise respektiert. Das Ende des Bankgeheimnisses ist Vorbote einer weniger friedlichen Zeit.

Von Tito Tettamanti und Jakob Krattiger (Illustration)

Die Geschichte der Menschheit lässt sich auf vielerlei Arten erzählen. Eine der Erzählformen mit dem höchsten Erkenntniswert besteht darin, sie als einen unaufhörlichen Kampf zwischen Steuereintreibern und Steuerzahlern, zwischen Obrigkeit und Untertanen darzustellen. «Du kannst einen Herren haben, du kannst einen König haben, aber der Mann, vor dem du dich wirklich fürchten musst, ist der Steuereintreiber» – dieser Satz steht schon auf einer Lehntafel aus der Zeit der Sumerer, einige Jahrtausende vor Christus.

Von Cäsar bis Cromwell

Die Gebühren- und Steuerlast hat oftmals den Gang der Weltgeschichte in die eine oder andere Richtung beeinflusst, jedenfalls seitdem es Staaten gibt: Denken wir an den Untergang des Römischen Reiches, der mit dem unlöschbaren Durst Roms nach den Ressourcen seiner Provinzen zusammenhing, oder an die Revolution von Cromwell in England, die zur Enthauptung von Karl I. führte, oder an die Französische Revolution. Es gibt auch andere lehrreiche, wenn auch weniger bekannte Beispiele: Der spanische Konquistador Hernán Cortés hätte trotz seinen unbestrittenen taktischen Fähigkeiten, seinen 508 Soldaten, 16 Pferden und 14 Kanonen niemals mehrere tausend aztekische Kämpfer zu besiegen vermocht, wenn er nicht auf die Unterstützung der mexikanischen Städte hätte zählen können, die seit Jahr und Tag von den Azteken drangsaliert wurden und sich von der schweren Steuerlast befreien wollten.

Der amerikanische Bürgerkrieg wird aufgrund der Auseinandersetzung um die Abschaffung der Sklaverei als edler Kampf gegen hinterwäldlerische Sklaventreiber dargestellt. In Wirklichkeit waren die Konfliktparteien allerdings bereits vor Ausbruch des Bürgerkriegs im Begriffe, sich in der Frage der Sklaverei zu einigen. Der wahre Streitpunkt und Grund des Krieges waren vielmehr die hohen Zollgebühren, die der Norden erhob – eine protektionistische Massnahme der bereits stärker industrialisierten Nordstaaten mit dem Zweck, die Südstaaten wirtschaftlich von den Industriellen des Nordens abhängig zu machen und die Wettbewerbsfähigkeit der Südstaaten-Exporte zu hemmen. Diese und andere interessante Geschichten finden sich im lesenswerten Buch «For Good and Evil: The

Impact of Taxes on the Course of Civilization» von Charles Adams (Madison Books, 2001).

Daraus folgt, dass der Widerstandswille des Steuerzahlers nichts anderes ist als Ausdruck des ewigen Streites zwischen der Macht von wenigen und der gefährdeten Freiheit von vielen. Dabei handelt es sich um einen Konflikt, in dem leider auch in unseren Zeiten die Kraft und die Logik der Herrschaft den Ton angeben. Die Besteuerung beruht letztlich auf einem Zwangsakt, dessen unfreiwilliger Charakter zwar zeitweise veredelt, aber auf die Dauer nicht verborgen werden kann.

Der Einwand gegen solche Überlegungen ist leicht zu erahnen. Man wird darauf hinweisen, dass wir heutzutage, zumindest in den USA und in Europa, in demokratischen Staaten leben. Die Steuern werden also nicht von Despoten auferlegt, so wird man hinzufügen, sondern von Parlamenten beschlossen, die die Interessen der Wähler und Bürger vertreten. Und die Staatsausgaben haben nicht den Zweck, den Hofprunk, die Geldgier oder die Eroberungskriege einer Minderheit an der Macht zu finanzieren. Vielmehr bezwecken sie, so geht die Entgegnung weiter, die Finanzierung eines Netzes staatlicher Leistungen, die allen zugutekommen, insbesondere den Minderbegüterten, und die dazu dienen, den Reichtum umzuverteilen (wenn auch bei hohen Verwaltungskosten). Zusammengefasst: Steuern und Abgaben seien heutzutage nun mal der gerechte Beitrag für eine gerechte Gesellschaft und Ausdruck eines zivilisierten Bürgersinns.

Diese Argumentation beruht auf drei Annahmen, die man genauer betrachten muss. Erstens: Die Höhe und Art der Besteuerung sei angemessen, was das Parlament gewährleiste. Zweitens: Die Höhe und Art der Staatsausgaben sei angemessen, wofür die Regierung Sorge. Und drittens: Der Staat schaffe über Besteuerung und Transfers eine angemessene Umverteilung des Reichtums.

In einer idealen Welt könnte dies sogar zutreffen. Nur leider entspricht es nicht der Realität.

Gefährliche Kluft

In den parlamentarischen Demokratien, die wir kennen, hat sich längst eine gefährliche Kluft zwischen der politischen Klasse mit ihren eigenen Interessen und Privilegien einerseits und den Bürgern andererseits gebildet. Die Be-

steuerung hat in zahlreichen Ländern die rote Schwelle überschritten (über fünfzig Prozent). Die beliebige Erhöhung der öffentlichen Ausgaben hat fast alle westlichen Länder in eine unhaltbare Schuldensituation geführt. Was vorherrscht, sind Klientelismus, Partikularinteressen gut organisierter Gruppen, Ineffizienz der Verwaltung. Dem utopischen Versuch, durch eine extreme Besteuerung der Reichen die gleichmässige Verteilung des Vermögens zu erzwingen, war geschichtlich gesehen nie Erfolg beschieden. Der Grund ist einfach: Solche Gesellschaftsformen sind demotivierend für all jene, die hart arbeiten, produzieren und investieren. Aber vor allem: Sie höhlen die sozialen Bindungen und das Verantwortungsgefühl aller Menschen aus. Kurz: Der Staat nimmt zu viel



Die Macht ist Spieler und Schiedsrichter zugleich.

ein, gibt noch mehr aus und versagt in der Umverteilung. Von der angesprochenen Angemessenheit kann in unseren Gesellschaften in allen drei erwähnten Punkten keine Rede sein.

Wie also sieht die Realität aus? Politiker, Parlamente, Regierungen und Parteien sind Teilnehmer eines hemmungslosen Wettbewerbs um öffentliche Ausgaben: je mehr, desto besser! Der Zweck heiligt die Mittel – nämlich die Wahl-Kundschaft zu befriedigen und Utopien zu verfolgen, deren Realisierungskosten bitte schön die kommenden Generationen zu be-rappen haben. Was zählt, sind die guten Absichten. Dabei reicht ein wenig Common Sense, um zu begreifen: Die Bürger von der Wiege bis zur Bahre zu umsorgen, um im Gegenzug ihre Entscheidungs- und Verantwortungsspielräume einzuschränken, ist eine kostspielige, ja eine in unserer nichtparadiesischen Welt schlicht nicht zu finanzierende Illusion.

Die politische Macht legt den Steuersatz fest, treibt mit zuweilen inquisitorischem Auftreten die Steuern ein, entscheidet über Steuerreurse und verfügt darüber hinaus über die Hoheit in der Auslegung der entsprechenden Gesetze und Reglemente. Das ist eine komfortable Lage: Die Macht ist Spieler und Schiedsrichter zugleich.

So erstaunt es nicht, dass die Haltung der Machtvertreter in den letzten Jahrzehnten

(angesichts des stets wachsenden Bedürfnisses nach neuen Geldquellen) immer willkürlicher und rücksichtsloser geworden ist. Der Steuerzahler gilt bloss noch als potenzieller Steuerhinterzieher; er steht stets unter Verdacht, zu wenig zu bezahlen, und wird nach allen Regeln der Kunst überwacht und verfolgt. Peter Sloterdijk bringt es in einem Interview mit dem *Schweizer Monat* auf den Punkt: «Dies entspricht dem vorherrschenden Missverständnis der Steuern als Schulden der Bürger beim

Die Bürger von der Wiege bis zur Bahre zu umsorgen, ist eine nicht zu finanzierende Illusion.

Fiskus. Hierin ist nichts anderes zu sehen als ein verfestigtes Relikt des Absolutismus, in dem man den Staat als Allgeber verklärte.» In Wahrheit ist der Steuerzahler kein Schuldner, sondern ein Gebender – das ist ein himmelweiter Unterschied. Aber eben: ein vergessener. Wer heute in Italien ein Geschäft verlässt, muss damit rechnen, von einem Steuerfahnder überrascht zu werden. Der unbedarfte Kunde hat den Kassenbon vorzuweisen, wenn er keine Busse bezahlen will, und er muss darlegen, woher die paar hundert Euro stammen,

mit denen er ein Weihnachtsgeschenk bezahlt hat (bei grösseren Beträgen ist Bezahlung in bar wegen Verdunkelungsgefahr selbstverständlich nicht mehr zulässig).

«Keine Hemmungen mehr»

Da ist es nur folgerichtig, wenn Staaten, um mögliche Steuerhinterzieher zu verfolgen (und das ist ja potenziell letztlich jeder Steuerzahler), keine Hemmungen haben, selbst zum Hehler zu werden. Sie kaufen nicht nur CDs mit Kundendaten, sie stiften Mitarbeiter von Banken zu kriminellen Handlungen an, wobei sie die Diebe grosszügig belohnen, und sie schrecken auch nicht davor zurück, Spionageoperationen aufzugleisen.

Mit einem Bonus von hundert Millionen Dollar wurde ein Vorbestrafter für seine wertvolle Arbeit als Denunziant der Kunden einer Schweizer Bank in den USA belohnt. Regierungen und Politiker dieser Staaten realisieren nicht (mehr), dass sie für ein paar Milliarden rechtsstaatliche und elementare moralische Prinzipien über Bord werfen. Ihr Verhalten erinnert immer mehr an despotische Könige und geldgierige Diktatoren längst vergangener glaubter Zeiten. Merke: Gesetze gelten für den Bürger, aber nicht für die Vertreter des Staates. Angesichts der notorischen Geldnot und Verschuldung der Staaten sind auch die mit diesen fragwürdigen Methoden eingetriebenen Milliardenbeträge nur eine Nachkommastelle.

Der Steuerzahler ist immer weniger geschützt vor dem Zugriff des Staates, aber auch vor plötzlichen Neuinterpretationen der Gesetze. Er bewegt sich fast schon in einer Art rechtsfreiem Raum – was heute gesetzeskonform ist, gilt morgen vielleicht schon als Vergehen. Die Schweiz, dank direkter Demokratie bis vor kurzem ein Bollwerk gegen solche Verirrungen, denkt mittlerweile laut darüber nach, den Unterschied zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung auch im Inland abzuschaffen. Ein weiteres Mal beweisen die Regierenden, dass sie käuflich sind – für wenig Geld wollen sie eine bewährte juristische Institution abschaffen, die das Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat und den sozialen Zusammenhalt stärken half. Bald wird auch in der Schweiz die Zahlung von Steuern nicht mehr als Akt bürgerlicher Verantwortung betrachtet werden. Damit beschreiten wir mit einigen Jahren Verspätung denselben Pfad, den die USA, Deutschland und andere europäische Länder unumkehrbar eingeschlagen haben. Das ist konsequent – wo jeder ein potenzieller Verbrecher ist, hat Vertrauen nichts mehr zu suchen. Die Reaktion der Bürger wird ebenso konsequent sein und heisst schlicht: Widerstand. Dies bedeutet Steuerhinterziehung und Schattenwirtschaft. Leider.

Der Financier **Tito Tettamanti** ist ehemaliger Tessiner Regierungsrat und Gründer des Vereins Zivilgesellschaft. Er war von 2002 bis 2006 Hauptaktionär der Jean Frey AG, in dieser Zeit Herausgeberin der *Weltwoche*.







Instinkt für Qualität: Elizabeth Taylor, fotografiert vom amerikanischen Fotografen Mark Shaw in Los Angeles, 1956.

Stil & Kultur

Stilvoll, warm, hell

Von *Daniela Muscionico*

Jennifer Lawrence gewann ihn dieses Mal. Jennifer wer? Die schöne Unbekannte, die bei der Verleihung des Oscars für die beste Hauptdarstellerin vor der Bühne stolperte, während ihre Karriere eben so richtig auf die Füße kam. Ein Mädchen von irgendwo erhielt den begehrlichen Filmpreis und machte damit schmerzlich bewusst, dass Hollywood seit zwei Jahren in Sachen Vollblutskandale

eine Schlafstadt ist. Ihr Glamour verstarb mit dem Tod von Elizabeth Rosemond Taylor. Sie war Hollywoods Bestes und Schlechtestes.

Am 27. Februar ist Elizabeth Taylors Geburtstag. Man wird ihn eingedenk besserer Zeiten in einem Reprisen-Kino feiern, mit dem Film «Giganten» («Giant», 1956) und Liz als Ostküsten-Schönheit. Kein Film vor diesem und wenige nach ihm versammeln in 196 Minuten so viele Legenden wie er. Es spielten, in der Reihenfolge ihrer Verweildauer auf der Erde: James Dean, der Hengst Fury alias Highland Dale, Rock Hudson sowie Liz Taylor, die wie Dean eben erst zarte 23 Jahre jung war. «Giganten» war Deans letzter Film, Regisseur George Stevens konnte ihm das Sport-

autofahren während der Dreharbeiten verbieten, danach war er machtlos. Dean erlebte die Premiere von «Giant» nicht mehr.

Dieses Standbild aus «Giganten» stammt vom amerikanischen Fotografen Mark Shaw. Dass ihn auf dem Set die Taylor und ihre Kostüme von Marjorie Best in Bann zogen, zeigt seinen Instinkt für Qualität. Bests Leistung wurde ein Jahr nach Entstehen dieser Aufnahme für den Oscar vorgeschlagen. Shaw war erfahren, hatte sein Auge bei Shootings für Dior, Chanel und Balenciaga geschärft; und in wenigen als zehn Jahren seiner Karriere erschienen seine Bilder auf 27 Covers des Magazins *Life*.

Nach seinem jähen Tod im Alter von 47 Jahren harrte sein Archiv bis vor kurzem sei-

ner Entdeckung. Fast vierzig Jahre blieben Zehntausende von Filmrollen vergessen. Dass nun seine Erben und der Galerist Andrew Wilder in Los Angeles den Schatz gehoben haben und in einer Dauerausstellung dem Publikum zur Verfügung stellen, ist das eine. Das andere stimmt mindestens so froh. Andrew Wilder: «Dieses Bild wurde kürzlich vom Elizabeth Taylor Trust gekauft. Es hängt jetzt in Beverly Hills, über dem Schreibtisch der Diva.» Shaw und Taylor haben sich postum gefunden. Und gäbe es dafür einen Oscar, wer weiss.

www.andrewwildergallery.com

Bestseller

Belletristik

- 1 (2) **Jonas Jonasson: Der Hundertjährige ...** (*Carl's Books*)
- 2 (1) **Jussi Adler-Olsen: Das Washington-Dekret** (*DTV*)
- 3 (4) **Eveline Hasler: Mit dem letzten Schiff** (*Nagel & Kimche*)
- 4 (3) **Paulo Coelho: Die Schriften von Accra** (*Diogenes*)
- 5 (6) **Vina Jackson: 80 Days – Die Farbe der Lust** (*Carl's Books*)
- 6 (5) **Thomas Meyer: Wolkenbruchs wunderliche Reise ...** (*Salis*)
- 7 (7) **Timur Vermes: Er ist wieder da** (*Eichborn*)
- 8 (8) **Sandra Brown: Blinder Stolz** (*Blanvalet*)
- 9 (10) **Martin Suter: Die Zeit, die Zeit** (*Diogenes*)
- 10 (–) **Andrea Camilleri: Die Sekte der Engel** (*Nagel & Kimche*)

Sachbücher

- 1 (–) **Jacky Gehring: Body Reset – Das Kochbuch** (*Weltbild*)
- 2 (4) **Jacky Gehring: Body Reset – Das Erfolgsprogramm** (*Weltbild*)
- 3 (10) **Joshua Clark, Mark Lauren: Fit ohne Geräte für Frauen** (*Riva*)
- 4 (–) **Joshua Clark, Mark Lauren: Fit ohne Geräte** (*Riva*)
- 5 (2) **Isabelle Neulinger: Meinen Sohn bekommt ihr nie** (*Nagel & Kimche*)
- 6 (–) **Frank Schirmmacher: Ego** (*Blessing*)
- 7 (1) **Thomas Jaenisch, Felix Rohland: Myboshi – Mützenmacher** (*Frech*)
- 8 (–) **Wilfried Meichtry: Verliebte Feinde** (*Nagel & Kimche*)
- 9 (6) **Rolf Dobelli: Die Kunst des klaren Denkens** (*Hanser*)
- 10 (7) **Rolf Dobelli: Die Kunst des klugen Handelns** (*Hanser*)

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband SBVV/Mediacontrol

Apropos: Jede Seite zahlt

Wieviele Bücher finden zwar einen Käufer, werden aber nicht (fertig) gelesen? Wahrscheinlich mehr als vermutet. Gemäss einer britischen Umfrage kaufen 55 Prozent der Erwachsenen Bücher nicht in erster Linie, um sie zu lesen, sondern als Dekoration für das Bücherregal. Für diese Klientel ist das neue E-Book-Angebot der israelischen Firma Total Boox nicht gedacht. Aber für jene, die häufig Bücher nach ein paar Seiten wieder weglegen: Bei Total Boox bezahlt man nur für die Seiten, die man wirklich gelesen beziehungsweise angeklickt hat. Sollte sich dieses Angebot durchsetzen, so dürfte dies auch Auswirkungen auf die Inhalte haben: Autoren, die Geld verdienen möchten, müssen vom ersten Satz an so viel Spannung erzeugen, dass Aufhören nicht mehr möglich ist. (rb)

Kunstgeschichte

Kriminalfall gelöst

Die Autorenschaft der Esther-Rolle war 200 Jahre lang eines der grössten Rätsel der deutsch-jüdischen Buchkunst.

Von *Daniele Muscionico*



«Antwort auf das E-Book»: die Esther-Rolle von 1746.

Die Unvernünftigen sterben nicht aus. Denn es gibt ja noch immer die Buchverleger. Und solange in der Gilde der letzten Benedikt Taschen marodiert, besteht Hoffnung. Im Verlagsprogramm des kölschen *bad boy of books* finden sich pornografische Fotografie, Enzyklopädien über Picasso und Caravaggio und die Luther-Bibel. Taschen hat mit seinem wilden Mix den Buchmarkt aufgemischt. Der 52-Jährige gilt als einer der tollkühnsten, aber auch erfolgreichsten Kunstbuchverleger der Welt.

Visionäre Unvernunft steht auch für sein neues Husarenstück, das in Zürich vorgestellt wird. In penibler Detektivarbeit hat der Historiker Falk Wiesemann im Auftrag von Taschen einen 200-jährigen Kriminalfall der deutsch-jüdischen Buchkunst gelöst. Der Professor an der Universität Düsseldorf hat in Stilvergleichen in Archiven und Bibliotheken weltweit eine der bekanntesten Schriftrollen der Geschichte, die Esther-Rolle von 1746, ihrem Verfasser zuordnen können. Der Autor ist der jüdische Schriftgelehrte und Buchmaler Wolf Leib Katz Poppers aus Hildesheim. Sein Werk, so Wiesemann, war möglicherweise ein Geschenk für die Kaiserin Maria Theresia, denn der Bibeltext ist nicht wie üblich in hebräischer, sondern in deutscher Sprache abgefasst und also für Nichtjuden und zum Privat-

gebrauch bestimmt. Dies und weitere Indizien zur Einzigartigkeit dieser Schrift erläutert der Historiker in seinem Begleitband zu dem Faksimile der Rolle, die der Taschen-Verlag jetzt veröffentlicht.

Technischer Coup

Eine Reproduktion eines 6,5 Meter langen, üppig illustrierten Pergaments, das die Geschichte der Königin Esther erklärt und an Purim in der Synagoge vorgelesen wird: Ein solches Schriftstück in einer aufklappbaren Holzschatulle auf den Markt zu bringen, ist finanzieller Irrsinn. Neue Druckverfahren wurden entwickelt, Techniken erfunden, die die Handhabung des endlosen Papierbandes ermöglichen, zahllose Prototypen gingen dem Ergebnis voran. Der innere, kunst- und kulturgeschichtliche Wert aber wird unschätzbar durch Wiesemanns Kommentarband zum technischen Coup. Der Autor ist überzeugt: «Das ist die Antwort auf das E-Book!» Damit hat er wohl recht. Die emotionale Qualität von Leidenschaft ist durch nichts zu ersetzen.

The Esther Scroll: Schriftrolle in Holzschatulle mit Kommentarband von Falk Wiesemann. Taschen. 642 × 33,5 cm, 194 S., ca. 600 Franken

Präsentation im Landesmuseum Zürich, 7. März, 19 Uhr, in Anwesenheit von Historiker Falk Wiesemann.

Alle so nett

Franz Hohler, der in diesen Tagen siebzig Jahre alt wird, besang vor 34 Jahren das wahre Dilemma der Schweiz.

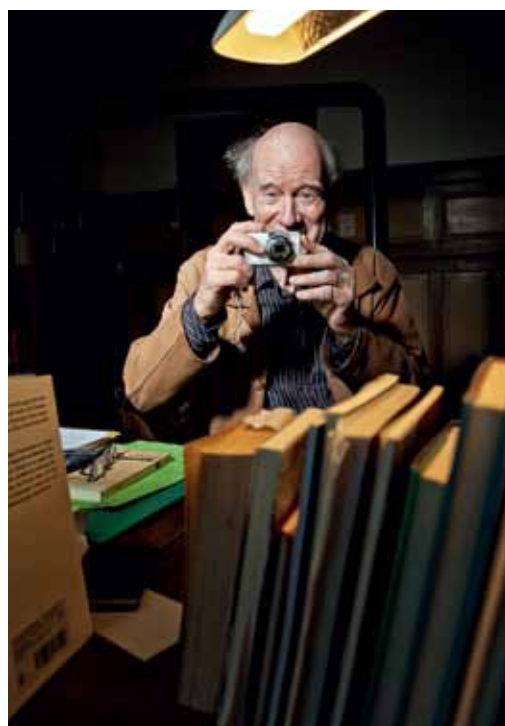
Von Rico Bandle

*I bi z Gösge go demonschriere
Will i gäge d Atomchraft bi
Druf lade mi d Chärnchrafttherre
Zunre chlyne Besichtigung y
Si zeige mir ihre Tämpel
Denn sitze mer zämen a Tisch
Üsi Meinig isch komplett verschide
Aber was s verrücktischten isch –
Es si alli so nätt*

Ja, es si alli so nätt. Auch jene, von denen man gar nicht möchte, dass sie nett sind. So ist das in der Schweiz.

Das Lied «Es si alli so nätt» ist neben dem «Totemügerli» eine von Franz Hohlers bekanntesten Kabarettnummern. 34 Jahre alt ist das Stück – doch es könnte von heute stammen. Strophe für Strophe besingt Hohler die immerwährenden linken Themen: die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, den Kampf gegen die Atomenergie, die kleine Wirtschaftselite, die das Land heimlich regiert. Zu einem Klassiker des politischen Kabarets wurde das Lied aber durch etwas anderes: dass der Refrain in fünf Worten ein Charakteristikum des zur Konkordanz verdamnten Landes auf den Punkt bringt: «Es si alli so nätt.» Dies, singt Hohler, sei «würklich zum Wahnsinnigwärde».

Als Hohler das Lied 1979 in seinem Programm «Schubert-Abend» erstmals vorführ-



Zensur als Gütesiegel: Liedermacher Hohler.

te, konnte er noch nicht ahnen, welche Karriere der Begriff der «Netten» noch machen würde. Wohl unbewusst übernahm die Zürcher SVP 1993 in abgewandelter Form sein Lied: Die Partei machte die «Linken und Netten» für alles Übel im Land verantwortlich. Hohler sah plötzlich sich und seine politischen Mitstreiter mit demselben Attribut konfrontiert, das er zuvor den Bürgerlichen angehängt hatte.

Es si alli so nätt – die eigentlich sympathische Schweizer Eigenschaft, im Ausland oft auch als niedlich empfunden, war endgültig in Verruf geraten.

Auch der Gegner applaudiert

Was hatte Hohler gegen die Schweizer Nettigkeit? Die Antwort findet sich in der letzten Strophe des Lieds. Diese handelt von seinem Traum, dass er zum Tode verurteilt worden sei, weil er eine «z grossi Gfohr» darstelle. Doch selbst jene Leute, die ihn ans Schafott lieferten, seien alle *so nett* mit ihm gewesen. Der kämpferische Polit-Kabarettist offenbarte in diesen Zeilen seine heimliche Sehnsucht, als Märtyrer wahrgenommen zu werden. Er wusste: Jeder Protest ist nur so stark wie die Reaktionen, die er hervorruft.

Noch heute betont Hohler gerne, dass das Schweizer Fernsehen 1983 seine Satiresendung «Denkpause» wegen militärkritischen Inhalts zensuriert hat. Auch der Satiriker Andreas Thiel, ein politischer Antipode Hohlers, brüstet sich damit, vom Fernsehen zensuriert worden zu sein. Die Zensur dient den Kabarettisten als Gütesiegel für ihre Schärfe. Denn sonst erfahren ihre satirischen Angriffe selten negative Reaktionen. Egal, ob bei Thiel oder Hohler: Der politische Gegner besucht ebenfalls ihre Vorstellungen, und anstatt sich zu entrüsten, applaudiert er höflich. Das ist die Schweiz. *Es si alli so nätt*.

Einerseits beklagte Hohler die Nettigkeit im Land, andererseits gehörte er zu jenen Künstlern, die sich heftigst etwa über eine SVP empörten, als die Partei in den 1990er Jahren plötzlich nicht mehr so nett war. Dieses Dilemma ist weit verbreitet: Man möchte gerne etwas weniger Harmonie – aber wehe, jemand schlägt tatsächlich eine härtere Tonart an.

All das kommt in diesem kleinen Lied wunderbar zum Ausdruck – und deshalb sticht es aus dem äusserst vielfältigen Gesamtwerk Hohlers heraus.

Die allgemeine Verunsicherung

Von Peter Rüedi

Die Artisten in der Zirkuskuppel: ohne Netz. «Without a Net» heisst das jüngste Album von Wayne Shorter. Das so deklarierte Höchststrisiko mag bei einem Mann mit Jahrgang 1933 kühn, wenn nicht kokett erscheinen – bei einem zudem, der nicht ohne Grund im Ruf des grössten lebenden Jazzkomponisten steht. Die zahllosen grossen Erfindungen aus seiner Zeit bei Miles Davis und den Jahren als Co-Leader von Weather Report würde ein anderer bequem bis an sein Lebensende bewirtschaften. Nicht so der grosse, immer ernste Shorter. Er geizt mit seinen Publikationen. Dies ist seine erste CD nach sieben Jahren, und mit ihr kehrt er nach fast einem halben Jahrhundert zu Blue Note zurück, dem Label seiner legendären LPs aus den sechziger Jahren.

Der neue Live-Mitschnitt enthält gerade mal zwei seiner Hits, «Orbits» und «Plaza Real», und die sind keineswegs auf Wiedererkennungapplaus angelegt. Wayne Shorter entwickelt mit seinem Quartett, den langjährigen Partnern Danilo Pérez (Piano), John Patitucci (Bass) und dem überwältigenden Brian Blade am Schlagzeug, einer Gruppe von telepathisch verflüssigter Interaktion, einen staunenswerten Altersradikalismus. Seine Souveränität äussert sich nicht in Fraglosigkeit, sondern darin, dass er alle Fragen zulässt. Und doch einem Plan folgt, nur keinem prästabilierten. Er wächst organisch im Kollektiv, wird verworfen, wieder aufgenommen. Eine Musik der allgemeinen Verunsicherung. Sie streift Momente von grosser Schönheit, demontiert sie, schafft sich wieder neu. Das ist aufregend, aber ungemütlich: Hinter all den Brüchen im Kontinuum muss der Zuhörer den Zusammenhang selber finden. Selten habe ich *instant composing* so sinnfällig erlebt. Pianist Pérez braucht dafür das schöne Wort «comprovisation». Im Zentrum der fast achtzig Minuten (!) Musik steht übrigens ein längeres Stück («Pegasus»), das ein Hybrid aus geschriebenen und improvisierten Teilen ist, eine Auseinandersetzung des Quartetts mit den Imani Winds, einem fünfköpfigen Kammerensemble. Riskant auch dies. Abstürze drohen immer, *without a net*.



Wayne Shorter Quartet:
Without a Net. Blue Note 79516

Top 10

Knorr's Liste

1	The Master Regie: Paul Thomas Anderson	★★★★★
2	Jagten Regie: Thomas Vinterberg	★★★★★
3	Django Unchained Regie: Quentin Tarantino	★★★★★
4	Lincoln Regie: Steven Spielberg	★★★★★
5	Life of Pi Regie: Ang Lee	★★★★★
6	Les Misérables Regie: Tom Hooper	★★★★☆
7	Zero Dark Thirty Regie: Kathryn Bigelow	★★★★☆
8	Warm Bodies Regie: Jonathan Levine	★★★☆☆
9	Quartet Regie: Dustin Hoffman	★★★☆☆
10	A Good Day to Die Hard Regie: John Moore	★★★☆☆

Kinozuschauer

1 (1)	A Good Day to Die Hard Regie: John Moore	28 366
2 (2)	Kokowääh 2 Regie: Til Schweiger	23 265
3 (-)	Les Misérables Regie: Tom Hooper	12 451
4 (-)	Warm Bodies Regie: Jonathan Levine	10 237
5 (3)	Django Unchained Regie: Quentin Tarantino	10 182
6 (5)	Lincoln Regie: Steven Spielberg	5655
7 (4)	Parker Regie: Taylor Hackford	5561
8 (-)	Verliebte Feinde Regie: Werner Schweizer	4914
9 (8)	Fünf Freunde 2 Regie: Mike Marzuk	4428
10 (6)	Flight Regie: Robert Zemeckis	3662

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Skyfall (Fox)
2 (1)	Madagascar 3 (Rainbow)
3 (-)	Looper (Ascot Elite)
4 (2)	Step Up 4 (Rainbow)
5 (3)	The Expendables 2 (Impuls)
6 (4)	Savages (Universal)
7 (5)	Intouchables (TBA)
8 (6)	Fire with Fire (Impuls)
9 (7)	The Bourne Legacy (Universal)
10 (8)	Ted (Universal)

Quelle: Media Control



Am zweiten Weihnachtsfeiertag bricht die Tsunami-Hölle los: «The Impossible».

Kino

Bitte melde dich!

«The Impossible» benutzt die Tsunami-Katastrophe als Hohelied auf die Familie.

Von Wolfram Knorr

Was an den Tankstellen das Benzin, ist in der Filmbranche das Disaster-Gewerbe: Beide werden immer teurer, sind aber unverzichtbar. Benzin steigert die *motion*, Taifune und Co. heben die emotionale Stimmung. Pulverisierungs-Kunststücke erregen die Gemüter, seit die Bilder laufen lernten. Kein Erdbeben kann zu monströs sein, kein Pyromannen-Inferno zu teuflisch. Einstürzende Neubauten («Earthquake»), ausbrechendes Magma («Dante's Peak») oder abstürzende Boeings («Airport») tosen herrlich durchs Gemüt, und wenn die Protagonisten im Wirbel der Windhosen noch die Zeit finden, ihre Scheidungsprobleme zu diskutieren, ist alles paletti.

Ärgerlich aber, wenn die entfesselten Naturgewalten zum Alibi fürs Menscheln werden wie in «The Impossible» von Juan Antonio Bayona («Das Waisenhaus»). Da dient die Katastrophe, die wie ein böser Riese über eine schnuckelige fünfköpfige Familie herfällt, erst dazu, die feste Burg Familie zu schleifen, um dann – tränenreich – den Wiederaufbau abzuarbeiten. Ein Drama à la «Bitte melde dich!». Dass es sich um eine wahre Geschichte aus der Tsunami-Katastrophe von Weihnachten 2004 handelt, kann an diesem Befund nichts ändern. Bennett heissen die Urlauber, die in Thailands Ferienparadies unbeschwerte Zeiten verbringen wollen. Dem Zuschauer wird ein

Hochglanzidyll aus Sonne, Meer, Palmen, exotischer Kulinarik und flauschigem Kuschelwohlgefühl geboten. Die Innenwelt von Henry Bennett (Ewan McGregor), seiner Frau Maria (Naomi Watts) und ihren drei Söhnen wird zur Aussenwelt, bis eben am zweiten Weihnachtsfeiertag die Tsunami-Hölle losbricht und das Familienidyll der Bennetts sprengt. Maria kämpft sich, schwer verletzt, mit einem ihrer Jungens durch eine kaputte Landschaft aus Holz-, Metall- und Plastikschnitt im brackigen Wasser, und Henry findet die anderen Söhne in den Trümmern der Hotelanlage.

Das Tsunami-Desaster forderte seinerzeit etwa 230 000 Todesopfer, über 1,5 Millionen Menschen wurden obdachlos. Allein an Thailands Küste starben etwa 8000 Einheimische und Touristen. Zu den Überlebenden gehörte auch eine spanische Familie, und Bayona machte aus ihr eine britische (weil Briten mehrheitsfähiger sind?). Befremdlich ist dagegen, Leid und Elend nur auf die Bennetts zu beschränken. Bald wird klar, warum und weshalb «The Impossible» in Spanien zum Kassenshit wurde. Die Katastrophe ist eine ideale Folie für ein Hohelied auf die Familie. In Zeiten von Bankenpleiten, des wirtschaftlichen Niedergangs, steigender Schulden und Arbeitslosenzahlen ist sie der letzte sichere Hafen, der letzte Halt. ★★☆☆☆

Weitere Premieren

Hansel & Gretel: Witch Hunters — «Knusper, knusper, Knäuschen, wer knuspert an meinem Häuschen?» Nicht nur Hollywood, auch US-Networks knuspern eifrig an den Märchen der Brüder Grimm und rüsten sie für Erwachsene auf. Nach dem «Harry Potter»-«Narnia»-und-Co.-Fantasy-Hype wühlt das US-Entertainment im Fundus europäischer Märchen und hat, jedenfalls auf der Mattscheibe, Erfolg damit. Serien wie «Grimm» und «Once Upon a Time» sind Quoten-Hits, Kinofilme wie «Red Riding Hood», «Snow White and the Huntsman», «The Brothers Grimm: Snow White» dagegen weniger. Dabei gehen beide Varianten weit über die Originale hinaus und dopen die Ursprungs-Handlungen mit martialischer Mystery und wüstem Horror. Grimms Märchen sollen nicht mehr mit Kinderkram assoziiert werden. Vielleicht funktioniert das als Serie, im Kino scheinen höllische Hexen, auch in 3-D, keine Kassenmagnete zu sein. Jeremy Renner in «Witch Hunters» als Hänsel und Gemma Arterton als seine Zwillingschwester Gretel gebärden sich wie mittelalterliche Ghostbuster. Ein Einfall ist hübsch: Weil Hans als Kind am Pfefferhaus zu viel Süßes naschte, rennt er als Hexenjäger nicht nur mit Bolzengewehr durchs verwunschene deutsche Giebel-Fachwerk-Wald-und-Wiesen-Fantasy-Land, sondern auch mit Insulinspritzen. ★★☆☆☆



Mit Insulinspritzen: «Hansel & Gretel».

Fragen Sie Knorr

2010 brachte Jens Neubert Webers «Freischütz» als aufwendige Filmoper in die Kinos. War das etwas Einmaliges, oder bekommen wir bald die Filmversion von Wagners «Ring» zu sehen? M. D. S., Samstagern



Das war nichts Einmaliges. Opern werden verfilmt, seit es das Medium gibt. Zu den frühesten Opernverfilmungen gehört ein Arien-Bouquet aus «Romeo und Julia», «Don Juan» und «Falstaff». Am 8. Juni 1900 wurde der Film in Paris nach dem Ton-auf-Schallplatte-

Like Someone in Love — Der Kunde einer Studentin, die als Prostituierte arbeitet, ist der greise Professor Watanabe, der in der gemeinsamen Nacht statt Sex lieber das Gespräch sucht. Am Tag darauf fährt Watanabe die Studentin in die Uni, wo beide an den cholerischen und eifersüchtigen Freund der Studentin geraten. Abbas Kiarostamis Filme («Copie con-



Ratlose Kritiker: «Like Someone in Love».

forme»), hochgelobt, sind nicht jedermanns Sache. Der 73-Jährige, der gerne die Beziehungskonflikte seiner Personen-Konstellationen aus der Realität herauschält und als Minimalist den Kern der jeweiligen inneren Handlung visuell umsetzt, verlangt Geduld und Einfühlungsvermögen. «Like Someone in Love» ist der erste Film, den er in Tokio drehte und der manche gutmeinenden Kritiker ratlos machte. ★★☆☆☆

In the Fog — Während des Kriegs, 1942, gerät der politisch unbedarfte Sushenya zwischen alle Fronten, bis er zum Verräter gestempelt wird und hingerichtet werden soll. Widerstandslos folgt er den ihn flankierenden Partisanen Burov und Voitik eines Nachts in den Wald. Aus dem Trip wird eine bizarre Reise durch russische Wälder, bis sich die Protagonisten buchstäblich im Nebel auflösen. Eine magische Odyssee mit skurrilen Einfällen in gespenstischen Bildern; aber auch eine Geduldprobe. ★★☆☆☆

Verfahren aufgeführt. 1932 verfilmte Max Ophüls «Die verkaufte Braut». Ein Klassiker der Opernverfilmung – nicht zu verwechseln mit abgefilmten Operaufführungen! – ist Ingmar Bergmans «Zauberflöte» (1975). Für renommierte Regisseure, etwa Joseph Losey («Don Giovanni», 1979) oder Francesco Rosi («Carmen», 1984), gelten Opern als Herausforderung. Hans-Jürgen Syberberg verfilmte 1982 Wagners «Parsifal». Den «Ring» gibt es nur als abgefilmte Version.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Radio-Kritik

Kapitalistische Verschwörung

Von Rico Bandle

Was hat uns nicht schon alles dumm gemacht: Groschenromane, Comics, Rockmusik, Internet, Computerspiele. Als besonders gefährlich für den Fortbestand unserer Zivilisation galten vor zehn Jahren die Castingshows. 2002 startete Dieter Bohlen mit «Deutschland sucht den Superstar» auf RTL, in der Folge verlangten Jugendämter ein Verbot, Feuilletonisten und Pädagogen hoben besorgt den Mahnfinger. Mittlerweile ist das Unterhaltungsformat breit akzeptiert, von einer «Gefahr» spricht niemand mehr. Niemand? Nein! Ein unbeugsamer Radiosender leistet noch immer Widerstand.

Der Sender heisst SRF 2 Kultur und gehört zu jenem gebührenfinanzierten Medienkonzern, der mit «The Voice of Switzerland» zurzeit selbst eine Castingshow produziert. Die These in der Sendung «Kontext» über Castingshows war von Anfang an klar: Das Singen vor einer prominenten Jury sei ein «zweifelhaftes Prozedere», es gehe «unumwunden autoritär zu und her», und – «da wird es brisant!» – Castingshows «tun nur so, als ob sie gesellschaftliche Wirklichkeit spiegeln».

Als Zeuge eingeladen war der Medienexperte Bernd Gäbler. Den Jugendlichen werde eingebläut, die Entfaltung ihrer Identität und ihrer Gefühlswelt sei «identisch mit der Anpassung an Marktmechanismen», sagte er. Die Moderatorin Angelika Schett fühlte mit: «Dieses Glattschleifen für die Gesetze des Marktes mit autoritärem Gestus und entwertenden Sprüchen lässt einen frösteln.»

Das System werde durch die Shows unterwandert: Die Telefonabstimmung über das Weiterkommen von Kandidaten sei eine «Art Demokratieersatz, eine Kompensation für die Unlust an der staatlichen Demokratie». Wie die Philosophen Adorno und Horkheimer schon meinten, sei die Freizeit eine Verlängerung der Arbeitszeit – und selbst die Unterhaltung diene «der Zurichtung der Arbeitskraft».

Dank SRF 2 Kultur wissen wir endlich: Castingshows sind Teil einer kapitalistischen Verschwörung; dafür geschaffen, konsum- und arbeitswütige Menschenmassen herzurichten.

Kontext: Donnerstag, 21. Februar 2013, 9 Uhr, Radio SRF 2 Kultur

Freude und Trauer im Engadin

Karl Lagerfelds Kurzauftritt in St. Moritz, eine Küchenparty und eine willensstarke Schweizer Bergsteigerin. *Von Hildegard Schwaninger*



Verspätung: Karl Lagerfeld mit Krystyna Gmurzynska und Mathias Rastorfer.

Die Pariserinnen sind berühmt für ihre Unpünktlichkeit. (Ein Klischee, das meistens stimmt.) Unschlagbar ist die Diva aller Diven, **Karl Lagerfeld**, Pariser Modeschöpfer mit Hamburger Wurzeln. Er erschien zu seiner eigenen Vernissage mit drei Stunden Verspätung, der Superstar war an den Modewochen in Mailand megabeschäftigt. Das war in St. Moritz, wo die Galerie Gmurzynska die Ausstellung «Fire Etchings» eröffnete. Lagerfeld hat alle paar Monate eine neue Muse. Die neuesten: Rapper **Theophilus London** und die Models **Freja Beha Erichsen** und **Aymeline Valade**. Sie sind in den neuen Werken Lagerfelds (Fotografie) verewigt. Der Meister war in Eile beim späten Brunch im Engadin. Kaum in der Galerie angekommen, verschwand er wieder Richtung Flughafen Samedan.

St. Moritz: im Februar Mittelpunkt der Welt. So kam zu **Nina Frühs** Party im «Badrutt's Palace» ganz Zürich, mittendrin **Shawne Fielding** als Glamourfaktor. **Uta Herz**, die Frau des Tchibo-Erben **Günter Herz**, gab eine kleine Party für etwa siebzig Gäste, auf der man Dirigentenwitwe und Malerin **Eliette von Karajan** sah. Gesprächsthema war **Roland Kovac**, der Komponist, der seit Jahrzehnten eine Wohnung in St. Moritz hat und der auf der Piste neben der «Alpinahütte» tot zusammengebrochen war. Es war sein Lebenswunsch, auf der Piste zu sterben.

Im November wäre er 86 Jahre alt geworden. Jeder kannte den älteren Herrn im knallgelben Skianzug, der schwungvoll die Pisten hinunterwedelte. Er war dreimal verheiratet, gern ging er mit jüngeren Damen Skilaufen, bei älteren Damen war er beim Bridgespielen begehrt. Fast täglich sass er auf der Terrasse der «Alpinahütte».

Im Hotel «Baur au Lac» in Zürich findet demnächst die dritte «Kitchen Party» statt, erstmals unter der Führung des neuen General



Küchenparty: Hoteldirektor Luxem.

Manager **Wilhelm Luxem**. Die Partys, in Zürich initiiert von Gastro-Consultant **Wolf Wagschal**, sind mittlerweile ein wichtiger Termin für VIPs. Prominente Köche zeigen ihr

Können (diesmal sind **Beat Caduff** von «Caduff's Wine Loft», Zürich, **Reto Mathis** von «Mathis Food Affairs», St. Moritz, und **Rudolf Pellkofer** vom «Brenners Park-Hotel» in Baden-Baden dabei). In der Küche marschieren die Gäste auf, die mit Genuss verzehren, was die Köche auf die Teller zaubern.

Zum siebzigsten Geburtstag des Schriftstellers **Franz Hohler** am 1. März gibt es ein Fest im «Kaufleuten», Zürichs Langzeit-Trendlokal. Unter den Gästen wird auch Dokumentarfilmer **Felice Zenoni** erwartet (Film über den Komponisten Paul Burkhard). Aus dem Stift Einsiedeln reist sein Bruder **Gerold Zenoni** an, der Benediktinermönch ist und Journalist bei der Klosterzeitschrift *Salve*.

Andreas Durisch, früher Chefredaktor der *Sonntagszeitung* und heute Senior Partner des Kommunikationsdienstleisters Dynamic Group, hat wieder einen Job mit Ausstrahlung. Er wird, als Nachfolger von **Hans Ulrich Schweizer** (Ehrenpräsident Art Directors Club), Präsident des Hauses Konstruktiv in Zürich. Seinen ersten Auftritt hat er bei der Ausstellung von **Alex Katz** und **Joachim Grommek**. Als erstes Schweizer Museum widmet das Haus Konstruktiv dem grossen amerikanischen Maler Katz (geboren 1927) eine umfangreiche Solo-Show, und **Dorothea Strauss**, die das Museum acht Jahre erfolgreich leitete, gibt



Abschied: Museumschefin Strauss.

ihren Abschied. Ihre Zukunft: Sie wird bei der Versicherung Mobiliar eine Abteilung für kulturelle und gesellschaftliche Verantwortung aufbauen. Ihre Nachfolgerin ist **Sabine Schaschl**, bisher Direktorin im Kunsthaus Baselland.

Erneut auf den Weg macht sich **Evelyne Binsack**, die Bergführerin, Abenteuerin und Extremsportlerin aus der Innerschweiz. In drei Wochen ist Abflug in den Himalaja. Diesmal mit Kamera. Sie sucht Antwort auf die Frage: Was ist Willenskraft, und wo kommt sie her? – «Vielleicht finde ich sie auf dem höchsten Riesen.»

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Vom Lügen und Betrügen

Die Seminarleiterin und Buchautorin Maya Onken, 44, über die Freuden und Tücken eines Seitensprungs. Frauen seien beim Fremdgehen im Vorteil.



«Momentaner Hochgenuss»: Autorin Onken.

Der Nachteil: Eine Affäre torpediert beim Betroffenen zwei wichtige Bedürfnisse: den Wunsch nach Einmaligkeit und emotionaler Sicherheit. Die beiden oft genannten Voraussetzungen für eine funktionierende Beziehung – ich kann mich auf den Partner verlassen, man sagt sich stets die Wahrheit – geraten bei einem Seitensprung natürlich ins Wanken.

Frauen im Vorteil: Aus meiner Beratungspraxis weiss ich: Es gibt bei den Fremdgängern und Fremdgängerinnen keine Prototypen, und eine Typologie lässt sich nicht erstellen. Ich staune immer wieder, wenn unscheinbare Hausfrauen die wildesten Affären unterhalten und schicke, sehr selbstbewusst auftretende Männer grausam unter einem Betrug leiden. Bei einer Affäre gilt es, ein Zweitleben aufzugleisen, das funktioniert und das niemand bemerkt. Die Frauen sind leicht im Vorteil, wenn es um die Geheimhaltung der Affäre geht. Sie sind auch im übrigen Leben oft in verschiedenen Rollen unterwegs und können aufgrund ihres Einfühlungsvermögens die Reaktionen des Partners eher einschätzen. Allerdings werden Frauen mit steigender Begeisterung für die Aussenbeziehung auch gerne fahrlässig, weil sie keine Grenzen mehr kennen, sich das ganze Tun und Denken nur noch um das Wunschobjekt dreht.

Die verschiedenen Phasen: Die Phasen einer Aussenbeziehung verlaufen jedoch grundsätzlich ähnlich wie in einer Partnerschaft: Der Start beginnt mit einem Feuerwerk der Hormone, danach folgt die Stabilisierung, und in einem späteren Stadium nutzt sich eine Affäre ab, bis einer einen Schlusstrich ziehen will. Grundsätzlich basiert eine Aussenbeziehung auf der Vereinbarung, dass keiner von beiden mehr will: mehr Verbindlichkeit, mehr Aufmerksamkeit, mehr Zeit. Solange diese Symmetrie eingehalten wird, kann der Seitensprung eine ausgesprochen belebende Angelegenheit und oft ein momentaner Hochgenuss sein. Sobald sich einer von beiden ernsthaft verliebt, lauern jedoch Gefahren. Dem anderen wird das zu viel oder zu gefährlich, woraus der Wunsch nach dem Affärenende resultiert. Was dem Verliebten oder der Verliebten natürlich nicht passt. Das einstige Wunschobjekt wieder loszuwerden, ist nicht immer einfach: denn diese Person hat Beweismaterial in den Händen und kann somit denjenigen, der aussteigen will, bedrohen oder erpressen. Das ist die unangenehme Variante vom Ende einer Affäre.

Verzeihen oder nicht? Wie der Betrug verarbeitet wird, hängt natürlich von der Persönlichkeit des betroffenen Menschen ab. Die Zeit nach einer aufgefliegenen Aussenbeziehung ist nie einfach und stellt meist beide Parteien vor ziemliche Herausforderungen. Aufgrund dieser Umstände biete ich eine entsprechende Soforthilfe an, die sich an alle Betroffenen in Dreiecksbeziehungen richtet: die Fachstelle SOS-Affäre. Meiner Erfahrung nach steht am Schluss meist eine Frage im Raum: «Was will ich wirklich?» Es gibt zwei Antworten darauf. Entweder: «Ich will dich. Lass uns also einen Weg finden, wie wir mit dem Seitensprung umgehen.» Oder die Antwort lautet: «So will ich nicht weiterleben, ich möchte mich und mein Leben verändern und will die Zukunft ohne dich gestalten.»

Maya Onken: Nestkälte – Vom Lügen, Betrügen und Verzeihen. Xanthippe

Fachstelle für Betroffene: www.sos-affaere.ch

Selbstbeauftragte

Von Andreas Thiel —
Richtigstellung der Gleichstellung.

Thiel: Frau Sylvie Durrer, Sie sind die Direktorin des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann. Ihr Amt wurde kürzlich trotz Ausbleiben sichtbarer Resultate von Bundesrat Berset massiv aufgestockt. Das Büro verfügt nun über zwölf Vollzeitstellen und operiert mit einem luxuriösen Budget von acht Millionen Franken. Wenn man den schlichtweg nicht vorhandenen Leistungsausweis des Gleichstellungsbüros betrachtet, kommt man nicht um die Feststellung herum, dass hier wieder einmal eine Behörde den puren Selbsterhalt zum Zweck hat. Um nicht in den Verdacht zu kommen, im Grunde genommen völlig überflüssig zu sein und somit reine Steuergeldverschwendung zu vollziehen, betreiben Sie offensichtlich als einziges sichtbares Tätigkeitsfeld das Herausgeben von Broschüren, welche keinem anderen Zweck dienen, als denn, das eigene Dasein zu rechtfertigen. Auf das Ausbleiben greifbarer Auswirkungen Ihres Tuns reagieren Sie mit der Klage über angeblich beschränkte Mittel und mit der darauf unweigerlich folgenden Forderung nach einer Aufstockung derselben. Und dabei ist es ja nicht nur so, das Sie hier Millionen von mühsam erarbeiteten Steuerfranken verschwenden. Sie binden damit auch noch Arbeitskräfte, welche der Wirtschaft in der Wertschöpfungskette nicht nur fehlen, sondern die dann von dem an der Wertschöpfung beteiligten Teil der arbeitenden Bevölkerung auch noch ohne Gegenleistung durchgefüttert werden müssen. Dass die umtriebige Inhaltslosigkeit auch noch mit stattlichen Beamtenlöhnen belohnt wird, verspottet jeden arbeitenden Menschen, ob Frau oder Mann, gleichgestellt oder nicht gleichgestellt. Ich frage mich, wann endlich ein vernünftiger Mensch kommt, der einsieht, dass das alles Quatsch ist und dass man das Gleichstellungsbüro ohne jegliche negative Folgen für die Gleichstellung von Mann und Frau schliessen beziehungsweise auflösen kann. Es ist doch ein Witz, dass...

Durrer: Äh, Herr Thiel, darf ich auch mal...

Thiel: Oh, ah ja, nächstes Mal vielleicht... Diesmal haben wir hier leider keinen Platz mehr.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.



Anders, als Sie denken.

Mehr Durchblick

Mehr Recherche

Mehr Vielfalt



Einmalig Fr. 5.-

Neu



Bestellen Sie jetzt ein Probe-Abonnement für nur Fr. 40.-. Sie erhalten 10 Ausgaben der Weltwoche und kostenlosen Zugang zur Weltwoche-Online sowie den Apps (einmaliger Download Fr. 5.-).
Telefon: 043 444 57 01, Mail: kundenservice@weltwoche.ch, oder unter www.weltwoche.ch/abo.

DIE WELTWOCHEN
80 JAHRE QUALITÄT

Mit den Augen eines Kindes

Fabio Cattaneo hat die Weinhandelsfirma Arvi aufgebaut und mit technischen Innovationen perfektioniert.



«Verbindung von Tradition und Moderne»: Weinhändler Cattaneo, 29.

Herr Cattaneo, wie kommt man mit 21 Jahren dazu, eine Firma für Weinhandel aufzubauen?

Passion ist das Wichtigste überhaupt. Schon mein Grossvater produzierte Wein, und mein Vater war ebenfalls im Weingeschäft tätig, er kaufte und verkaufte Wein. Und er produzierte – Merlot del Ticino und Ratafià.

Wie war Ihr Berufseinstieg?

Mit siebzehn schloss ich die Handelsschule ab. Weil mir die Lust zum Weiterstudieren fehlte, begann ich im Buchführungsbereich bei einem Regalhersteller zu arbeiten. Die emotionale Bindung zum Produkt fehlte mir aber komplett. Also machte ich mich auf nach London, das immer schon ein Handelszentrum für gute Weine gewesen ist. Mit meinen Fremdsprachenkenntnissen konnte ich mir einen Job im Verkauf ergattern. Schon

nach einem Monat wusste ich: Das will ich machen.

Für den Erfolg von Arvi mitverantwortlich sind die Software und der Online-Auftritt. War Ihnen das von Anfang an bewusst?

Der Broker, bei dem ich in Grossbritannien arbeitete, pflegte einen modernen Stil: Computer, Supersystem, Telefon, das war alles. Es war genial, denn so mussten erst die Kunden gefunden werden, ehe man für sie den Wein einkaufte, den man ebenfalls selbst finden und empfehlen musste. Nach zweieinhalb Jahren stand für mich fest: Ich muss dieses Geschäft alleine machen. Und verbessern.

Was war Ihre zündende Idee?

Das Verbinden von Tradition und Moderne. Es galt, einen Mittelpunkt zu finden und jene Probleme, die es in London gab, auszumergen; die Wartezeiten zu verkürzen etwa oder dafür zu sorgen, dass es mit dem Service nie haperte. Das wollte ich versuchen.

2010 wurde Ihnen als Jungunternehmer der Swiss Economic Award überreicht. Wie wichtig war das für Arvi?

Sehr! Erst die Auszeichnung verhalf uns in der Schweiz zur nötigen Bekanntheit. Und mir wurde bewusst, dass wir den Schweizer Markt von Anfang an zu wenig in Betracht gezogen hatten. Was zählte, waren Europa, Asien und Amerika. Damit erlangten wir zwar ein Wachstum, aber keine Stabilität. Russland war 2008 für fast zwanzig Prozent des Gesamtumsatzes verantwortlich. In den Jahren 2009, 2010 war es noch ein Prozent, vielleicht zwei. Deswegen haben wir unsere Investitionen in Werbung, Events und so weiter in der Schweiz seither drastisch erhöht, um verlorenen Boden wieder wettmachen zu können.

Überwiegt die Freude an Ihren operativen Aufgaben, oder erfüllt Sie der Kontakt mit Verkäufern und Käufern mehr?

Beides ist schön und wichtig. Aber es gibt Situationen, in denen erfahre ich am Telefon von einer bestimmten Weinsammlung, so dass ich eine Stunde später am Flughafen stehe, um sie mir ansehen zu können, mit Augen, gross wie jene eines Kindes. Das ist für mich und auch für mein Team das Schönste, dass die gemeinsame Passion am Produkt Wein verbindet und Freundschaften entstehen lässt – das kann so weit gehen, dass man Ferientage miteinander verbringt.

Wie stark ist der Austausch mit der Familie?

Mein Vater ist mein Mentor. Er hilft mir oft. Besonders in Erinnerung bleibt mir mein achtzehnter Geburtstag. Ich sass am Tisch mit zwanzig Freunden, wir assen gut, als plötzlich mein Vater einen Portwein von 1875 einzuschicken beginnt. Seine Aufgabestellung: Jeder musste etwas erwähnen, das in der Zwischenzeit, in den vergangenen rund 120 Jahren, geschehen ist. Es erschien uns unglaublich, dass der Wein all das überleben konnte – und dabei die ganze Zeit geniessbar blieb.

Sie haben auch die Artrust S.A. aufgebaut, eine Firma, die mit Kunst und Antiquitäten handelt. Eine weitere Leidenschaft?

Fast. Aber sie kommt ebenfalls aus der Familie. Meine Schwester hat Kunstgeschichte studiert, und die Synergien zum Weinhandel sind gross, zum Beispiel in der Nutzung der Kunden-Datenbank. Übrigens war diese Weiterentwicklung von Anfang an geplant: Arvi steht schliesslich für *arte e vino*.

Fabio Cattaneo, 29, ist CEO von Arvi S. A., die er 2004 gegründet hat. Die Firma ist spezialisiert auf den Handel von Weinen (überwiegend Bordeaux) und bietet als Swiss Bank of Fine and Rare Wines auch eine Art Schliessfach für Weinflaschen an. Am Firmensitz in Melano TI sind rund 400 000 Flaschen eingelagert, 2012 wurde ein Zweitsitz in Hongkong eröffnet. www.arvi.ch

Die Fragen stellte **Oliver Schmuki**.

Das schlanke Wunder

Von Peter Rüedi



Vorige Woche war hier das Glück in der Nische zu feiern, die Kuriosität eines Tessiner Sauvignons (desjenigen von Mauro Ortelli), der nicht nur sehr selten ist, sondern auch sehr eigenwillig. Heute ist, nun ja: nicht Gewöhnlicheres, aber Gewohnteres angesagt. Obwohl, der Teufel steckt bekanntlich im Detail und also der liebe Gott auch, und je näher man sich so einen Sauvignon aus dem Bordelais, aus dem Graves, ansieht und an ihm riecht, ihn über die Zunge rollen lässt, ihm nachschmeckt und darüber nachdenkt, desto weniger gleicht einer dem andern. Und *hélas*, tatsächlich ist am Ende dieser Clos Floridène von Denis Dubourdieu auf seine Art mindestens so weit ab vom Kanon wie die Tessiner Schönheit vom Lande.

Geht es in Bordeaux um Weisswein, ist Dubourdieu ein Kardinal, und zwar einer aus dem innersten Kreis der Papabili. Eine der unfraglichen Autoritäten. Professor an der dortigen Universität, Besitzer von fünf Weingütern – darunter das für seine süssen Sauternes hochrenommierte Château Doisy-Daëne –, ist Hochwürden in seinen Familienangelegenheiten (der Name Floridène setzt sich aus dem Vornamen seiner Frau und seinem eigenen zusammen: Denis und Florence) auf seine eigenste Handschrift bedacht. Anders als viele weisse Zelebritäten der Zone (Domaine de Chevalier, Smith Haut Lafitte etc.) achtet er beim Floridène auf Schlankheit und knackige Mineralität. Er will ihn nicht «überinszenieren», ist, bei aller Sauvignon-Sémillon-Typizität, auf ein sozusagen klassisch-humanes Mass aus. Auch im Holz. (Was das Gegenteil ist von fad, nämlich besonders aufregend.) 2011 (wie oft gelingen die weissen Graves/Pessac-Léognan in schwierigen Jahren besonders gut, siehe den legendären Fieuzal 1992 oder auch 2007) ist dies eine fabelhaft nach Pfirsich, Birne, Minze, Thymian duftende, langatmige, aber höchst beschwingte und inspirierende Angelegenheit. Kaum habe ich den ersten rechten Schluck genossen, sehe ich den Boden der Flasche. Ein Wein, bei dem man sich regelrecht anstrengen muss, die Hände davon zu lassen.

Clos Floridène (Dubourdieu) Grand Vin de Graves 2011.
13 %. Riegger, Birrhard. Fr. 25.40. www.riegger.ch

Bleiben Sie auf dem Teppich

Von Jürg Zbinden

1 — In jüngerer Zeit machte er leider in anrühigem Zusammenhang von sich reden – sogenannte Teppichluder erhielten mehr Aufmerksamkeit als der unschuldige Teppich. Dabei ist ohne ihn das Interior-Design nicht mal die Hälfte wert. Die Teppichmanufaktur Ruckstuhl aus Langenthal hat sich im Bereich von hochwertigen textilen Bodenbelägen international einen Namen geschaffen. Dem Credo «Teppiche aus Naturfasern – Qualitätsanspruch und Materialästhetik seit 1881 in ökologischer Konsequenz» entsprechend, verarbeitet Ruckstuhl natürliche, nachwachsende Rohstoffe zu kulturellen Werten. Das Familienunternehmen mit Showrooms in Mailand, Paris und New York vertreibt seine Produkte in Europa, in den USA und im Fernen Osten. «Time Scanning», ein Entwurf des zweimaligen «British Designer of the Year» Hussein Chalayan, kostet um Fr. 2080.–, und das bei einer Grösse von 2 m × 3 m (erhältlich in sechs Grössen).

2 — Sonniges Gelb verbreitet «Balance» von Victor Carrasco, Produktdesigner und Kommunikationsmanager aus Valencia. Er berät seine Klientel auch in der Entwicklung von Marketingstrategien. Für «Balance» gilt eine unverbindliche Preisempfehlung von Fr. 1690.– inkl. MwSt., bei einer Grösse von 2,4 m × 1,70 m (dieser Teppich ist in vier Grössen erhältlich).

3 — Arik Levy versteht sich nicht nur auf Technik und Design, sondern auch auf die Fotografie, und er ist Filmemacher. Für seinen Teppich «Crack» gilt eine Preisempfehlung von Fr. 1460.–, bei einer Grösse von 2,7 m × 1,50 m. «Crack» ist in fünf Grössen lieferbar.

Abgesehen vom vorgegebenen Thema des Musters und von der Voraussetzung, nur natürliche und nachwachsende Rohstoffe einzusetzen, liess Ruckstuhl sämtlichen Designern freie Hand in der Gestaltung ihrer Entwürfe. So entstand die vielschichtige und abwechslungsreiche «Edition Ruckstuhl 2013», die verschiedenste kulturelle und gestalterische Einflüsse in sich vereint. Wer wieder oder neu auf den Geschmack kommt – nicht allein auf dem Boden sieht der Teppich klasse aus, auch an der Wand oder gar den Wänden dürfte das dekorative Comeback im Zuge der Vintage-Trends nur mehr eine Frage der Zeit sein. Bezugsinfo: www.ruckstuhl.com.

1



2



3





Auto

Was Frauen wollen

Man kann über einen Wagen streng urteilen oder ihn grossartig finden. Am Ende zählt nur eine Meinung. *Von Mark van Huisseling*

Es gibt Autos für Männer und Autos für Frauen. Der Maserati Gran Turismo S Automatik ist ein Auto für Männer. Weil er ein Wagen ist, der gross, breit und stark ist wie die Schulter eines Mannes (idealerweise). Ein Wagen mit zwei Türen – vier Plätzen dennoch – und einer Haube über dem Motor, die so lang ist wie der Esstisch, für den die Frau des Hauses das Geld lieber ausgegeben hätte. Doch für einmal hat der Mann des Hauses den Entscheid, den er fällte, durch- und umgesetzt.

Ein Männerauto also. Aber nur, natürlich, bis zu dem Zeitpunkt, in dem die Frau das

Auto sieht. An einem Freitagnachmittag zum Beispiel, als der Mann damit zum ersten Mal vor das Haus fährt. Die Frau, natürlich, interessiert sich wenig für Autos. Doch als sie den Klang des Motors (acht Zylinder, 4691 ccm, 440 PS) hört, ist sie neugierig genug, um aus dem Fenster zu schauen. Sie sieht zuerst ihren Mann, der aus dem Maserati steigt, dann den Maserati. Und in diesem Augenblick fällt ihr auf, dass ihr Mann eigentlich aussieht wie Don Draper aus «Mad Men», falls der im Jahr 2013 leben würde und nicht in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Und das Auto, findet sie, sieht aus wie das Auto, das Don Draper fahren würde, falls der im Jahr 2013 leben würde.

Ein Angebot, das sie nicht ablehnen kann

Mit anderen Worten, sie kann nichts anderes sagen als: «Einverstanden, gib mir zwanzig Minuten», nachdem er gesagt hat, sie solle packen, was sie brauche für ein Wochenende im Süden, den Rest (Kreditkarte und die Reservierungsbestätigung des Hotels) habe er dabei. Der Weg führt über St. Moritz, weil es bereits

zu spät ist, um die ganze Strecke zurückzulegen. Und weil der Weg das Ziel ist.

Am Samstagnachmittag treffen der Maserati und das Paar im Grandhotel «Villa d'Este» in Cernobbio am Comersee ein (nach Halt in Bellagio, wo es im «Ristorante Bilacus» zu Mittag ass. In der Zwischenzeit hatte die Frau den Maserati näher kennengelernt. Sie wusste Bescheid über die Beschleunigung (5 Sekunden von 0 auf 100 km/h) und Durchzugskraft (490 Nm). Und sogar über die Höchstgeschwindigkeit, nach der sie sich erkundigte (295 km/h; nicht erreicht an diesem Nachmittag). Und sie hatte das unterschiedliche Verhalten des Wagens im «Normal Mode» respektive «Sport Mode»/«Manual Sport Mode» erfahren. Am besten, fand sie, beschrieb folgender Satz, den ihr Mann während des Abendessens sagte, den Wagen: «Nachdem man in der «Villa d'Este» war, wird man die Bezeichnung «Grandhotel» für andere Hotels zurückhaltend gebrauchen. Und nachdem man den Maserati Gran Turismo gefahren ist, wird man diese Bezeichnung für andere Autos ebenfalls zurückhaltend brauchen.»

Beim Kaffee auf der Terrasse (Blick über den See) sagte sie: «Ich bin froh, dass wir den Esstisch nicht gekauft haben, sondern den Maserati.» Das überraschte den Mann. Doch richtig überrascht war er, als sie sagte: «Zurück möchte ich fahren.»

Maserati Gran Turismo S Automatik

Leistung: 440 PS, Hubraum: 4691 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 295 km/h
Preis: Fr. 144 180.–





«Mit 21 bekam ich Nestlé-Aktien»: Unternehmer Liotard-Vogt, 28.

MvH trifft

Patrick Liotard-Vogt

Von Mark van Huisseling — Unser Kolumnist findet, fast als Einziger, vieles gut an dem Unternehmer (ausser seinen Frauengeschmack).

Ein Haftungsausschluss zum Anfang: Heute wieder einmal ein Gespräch mit einem jungen Mann. Doch über PLV, wie er genannt wird, erschienen bereits mehr Spaltenzentimeter in Zeitungen, Zeitschriften und im WWW als über das ganze Leben der meisten Alten. Vieles, was man lesen konnte über ihn beziehungsweise die Unternehmen, an denen er sich beteiligt hat, war streng urteilend, um es wohlmeinend zu beschreiben – ich gebe die Vorwürfe, die man ihm macht, nicht wieder, weil sie zum Teil nicht stimmen respektive, weil die Quellen unzuverlässig sind («Inside Paradeplatz» etwa), sowie weil ich befreundet bin mit ihm und finde, wie ich bereits geschrieben habe in dieser Zeitschrift: «Er macht wenigstens was mit seinem Geld, das er geerbt hat [sein Grossvater war Nestlé-Präsident]. Und, bevor ich es vergesse, Patrick ist 27 [das war damals, jetzt ist er 28].» Wir trafen uns in der Halle des «Park Hyatt» in Zürich.

«Für welches Unternehmen arbeitest du zurzeit am meisten?» – «Für A Small World, und zwar schon eine Zeitlang, ich war CEO, jetzt bin ich Chairman.» (ASW gehört ihm zu achtzig Prozent.) «ASW ist ein soziales Netzwerk; das heisst, es geht darum, im World Wide Web eine Frau zu finden oder einen Mann, nicht wahr?» – «Es geht um *to share the good life*. Aber wenn ein Mann alleine in, sagen wir, Shanghai ist, schaut er vielleicht, wer aus dem Netzwerk sonst noch in der Stadt ist, und was für Events stattfinden.» – «ASW hast du Harvey und Bob Weinstein abgekauft. Was kannst du besser als die beiden Produzenten, deren Filme Academy Awards gewinnen?» – «Ihr Unternehmen war in Geldschwierigkeiten, darum konnten sie keine Zeit mehr einsetzen für eine kleine Firma, die eigentlich nicht zu ihrem Geschäftsmodell passt. Ausserdem hatte ich von Students.ch und Usgang.ch, die ich an Axel Springer verkauft hatte, bereits Erfahrungen

mit Online-Netzwerken. Harvey dagegen weiss nicht mal, wie man E-Mails schreibt.»

«Am ASW-Wochenende vor Weihnachten im «Gstaad Palace» waren einige Berühmtheiten und viele B-Prominente [Carey Mulligan, Harvey Weinstein, Arizona Muse, Poppy Delevingne, Tali Lennox oder Teresa Missoni], wie viel hast du für die bezahlt?» – «Wir haben niemandem mehr bezahlt als die Anreise und einigen Gästen das Zimmer offeriert.» (Enttüllung: Mein Zimmer war ebenfalls *complementary*.) «Dir gefallen Xenia Tchoumitcheva, Liliana Matthäus oder Angela Martini [Nomi Fernandes kennt er nicht, denke ich] – *Glamour models* sind nicht gut für das Bild in der Öffentlichkeit, würde ich sagen, wenn ich dein Berater wäre.» – «Ich bin bloss der Vermittler, für Freunde tue ich fast alles [Tim Vögele lernte Angela an einer ASW-Veranstaltung kennen, seither sind sie ein Paar; zuvor lernte er Liliana durch Patrick kennen].» – «Wieso lachst du?» – «Ich bin schon lange nicht mehr mit ihnen aufgetreten.» – «Hast du die wenigstens alle auf ASW kennengelernt?» – «Xenia war tatsächlich Mitglied, bevor wir uns kennenlernten.»

«Definitiv positiv, massiv positiv»

«Woher kommt das Geld, das du aus gibst und investierst?» – «Die laufenden Ausgaben meiner Firmen sollen durch Einnahmen bezahlt werden, und meine Kosten zahle ich mit meinem Einkommen. Für Investitionen brauche ich Private Equity [Beträge, die Anleger Unternehmen als Eigenkapital zur Verfügung stellen], das ich grösstenteils selber stemme. Da man nie weiss, wann genau ein Unternehmen profitabel wird, habe ich früh angefangen, Liegenschaften zu kaufen, das ist die einzige Anlage, die ich kenne, die regelmässige, sichere Erträge bringt.» – «Hast du viel Geld von den Eltern bekommen?» – «Als ich siebzehn war, haben sie mir 40 000 Franken gegeben, damit startete ich «The World's Finest Clubs» [ein Nachtclub-Netzwerk] und war zum ersten Mal unabhängig. Mit 21 bekam ich Nestlé-Aktien, mit denen ich Investments machte.»

«Wie sieht die Kostenwahrheit von PLV aus?» – «Wie meinst du das, wie viel ich ausgegeben habe für Beteiligungen und wie viel reingekommen ist? Okay. Definitiv positiv, massiv positiv.» – «Dann bist du erfolgreich als Unternehmer?» – «Ja, das trifft im Moment zu, aber die Zukunft wird es zeigen; Private-Equity-Investments dauern Jahre. Ich sage aber auch, wenn man Private-Equity-Anteile hat, ist die Bewertung manchmal schwierig – wenn man zum Beispiel in eine Firma investiert ist, die nicht gut läuft, serbelt sie nicht sofort ab, weil die Chefs die Firma noch refinanzieren können.» – «Wie viel kostet dein Leben im Jahr?» – «Frag' Freunde von mir.»

Sein liebstes Restaurant: «Acme», 9 Great Jones Street, New York, USA, Telefon +1 212 203 2121



CERTINA
swiss time maker 1888

GRACEFUL & MYSTERIOUS
Precisely you ...



DS PODIUM Lady

Saphirglas •

Wasserdicht bis zu einem Druck von 10 Bar (100 m) •

Edelstahl • **Swiss Made**

WWW.CERTINA.COM